

ANSPRÜCHE DER BADISCHEN ANILIN- UND SODA-FABRIK AG
LUDWIGSHAFEN AM RHEIN AN DEN RAUM

INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs 24 Geowissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Sigrun Hölzner
aus Berlin
1971

ANSPRÜCHE DER BADISCHEN ANILIN- UND SODA-FABRIK AG
LUDWIGSHAFEN AM RHEIN AN DEN RAUM

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung der Doktorwürde

des

Fachbereichs 24 Geowissenschaften

der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Sigrun Hölzner

aus Berlin

1971



1. Gutachter: Prof. Dr. Dr.J.H. Schultze

2. Gutachter: Prof. Dr. A. Kühn

Tag der mündlichen Prüfung: 12. 7. 1971

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

VORWORT

7

1.	UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND UND UNTERSUCHUNGS- GEBIET	8
11.	Aufgabenstellung und Aufbau der Arbeit	8
12.	Materialbeschaffung	9
13.	Natürliche Grundlagen des Untersu- chungsgebietes	10
14.	Anthropogeographische Grundlagen im Untersuchungsgebiet	12
2.	DIE BADISCHE ANILIN- UND SODA-FABRIK AG LUDWIGSHAFEN AM RHEIN	16
21.	Heutige Größe und dazugehörige Werke	17
211.	Stammwerk und inländische Tochter- und Beteiligungsge- sellschaften	17
212.	Ausländische Gesellschaften und Niederlassungen	24
22.	Produktionsentwicklung der BASF	28
221.	Einteilung in Epochen	29
222.	Einteilung nach Ressorts und Sparten	32
23.	Belegschaft der BASF	36
231.	Zahlenmäßige Entwicklung	37
232.	Herkunft der Arbeitnehmer	40
233.	Soziale Differenzierung	45
3.	GELÄNDEANSPRÜCHE DER BADISCHEN ANILIN- UND SODA-FABRIK FÜR WERK UND ABFALLBESEITIGUNG	48
31.	Die BASF heute	48
311.	Werksgrundriß	49
312.	Werksaufriß	50

32. Entwicklung von 1865 bis 1939	52
321. Werk Ludwigshafen	52
322. Werk Oppau	56
323. Beide Werksteile ab 1914	58
324. Landwirtschaftliche Versuchs- anstalt Limburgerhof	61
33. Entwicklung von 1939 bis 1969	63
331. Kriegseinwirkungen	64
332. Wiederaufbau	65
333. Ausbau	67
34. Die BASF morgen	71
341. Ausdehnungsmöglichkeiten	71
342. Landbedarf	73
35. Müllbeseitigung bei der BASF	74
351. Müllmengen und Müllzusammen- setzung	75
352. Müllanlieferung und Müllverbrennung	77
353. Ablagerungsmöglichkeiten	79
354. Landbedarf	81

4. GELÄNDEANSPRÜCHE DER BADISCHEN ANILIN- UND SODA-FABRIK FÜR DEN WOHNUNGSBAU	82
41. Betriebliche Wohnungsfürsorge	83
411. Werkswohnungsbau	84
412. Werkgeförderter Wohnungsbau	85
42. Heutige Bestände werkseigenen und werkgeförderten Wohnungsbaus	85
421. Bestände im Stadt- und Land- kreis Ludwigshafen	87
422. Bestände im übrigen Unter- suchungsgebiet	88
43. Entwicklung der betrieblichen Wohnungs- fürsorge von 1865 bis zum Beginn des 2. Weltkrieges	90
431. Werkswohnungsbau in Ludwigshafen	90
432. Werkswohnungsbau in Limburgerhof	97

433.	Werksgeförderter Wohnungsbau der "GEWOGÉ" und der "GESIEGE"	100
434.	Die "GAG"	106
44.	Weiterentwicklung des gesamten Wohnungs- baus von 1939 bis einschließlich 1969	107
441.	Zerstörungen durch Kriegsein- wirkungen	107
442.	Wiederaufbau	117
443.	Ausbau auf die heutigen Kapazi- täten	117
444.	Sonderformen der betrieblichen Wohnungsfürsorge: Jugenddörfer und Erholungsheime	123
45.	Siedlungsprojekte des werksgeförderten Wohnungsbaus	126
451.	Siedlungsvorhaben Pflingstweide	127
452.	Siedlungsvorhaben Birkenheide	138
453.	Vorratsgelände	139
5.	Z U S A M M E N F A S S U N G	141
6.	L I T E R A T U R - U N D Q U E L L E N N A C H W E I S	145
61.	Bücher und Zeitschriften	145
62.	Statistiken, Karten und Atlanten	154
7.	A B B I L D U N G E N	157

Verzeichnis der Tabellen

Seite

1.	Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der BASF AG in Europa und Übersee (1969)	24
2.	Belegschaft der BASF von 1865 bis 1970	39
3.	Herkunft der Belegschaft (1938)	42
4.	Belegschaft nach Bundesländern (1965)	43
5.	Belegschaftsmitglieder im Regierungsbezirk Pfalz wohnhaft nach Landkreisen (1965)	43
6.	Verhältnis Angestellte zu Arbeitern in der BRD und bei der BASF	46
7.	Grundbesitz der BASF von 1865 bis 1969 in Hektar	55
8.	Abfallmengen der BASF 1960 bis 1969	76
9.	Wohngemeinde der BASF (1969)	86
10.	Eigenheime und Siedlerstellen (Verkaufsgrundstücke der GEWOGE in Ludwigshafen (1968)	87
11.	Eigenheime und Siedlerstellen (Verkaufsgrundstücke) der GEWOGE im Landkreis Ludwigshafen (1968)	88
12.	Eigenheime und Siedlerstellen (Verkaufsgrundstücke) der GEWOGE in den anderen Landkreisen der Vorderpfalz	88
13.	Siedlungsprojekt Pfingstweide in Zahlen (1968)	129
14.	Zu erwartende Neueinstellungen 1968 bis 1973	135
15.	Benötigte Wohnungen 1968 bis 1973	135
16.	Unbebaute Grundstücke (Vorratsgelände) der GEWOGE in der Pfalz (1968)	139

Verzeichnis der Abbildungen

Die BASF stellte alle Fotografien zur Verfügung. Bei den Abbildungen 3, 17, 37 und 40 handelt es sich um Luftbildaufnahmen der Firma Lossen, Heidelberg. Eine Erlaubnis zur Veröffentlichung aller Bilder liegt vor.

1.	Belegschaft der BASF 1865 bis 1970	158
2.	Hauptwohngebiete der BASF-Mitarbeiter (1965)	159
3.	Luftaufnahme der BASF (1964)	160
4.	Der geplante Standort in Mannheim und der endgültige Standort in Ludwigshafen	161
5.	Der Raum der Stadt Ludwigshafen 1869	161
6.	Lageplan der Fabrik 1866	162
7.	Fabrikansicht 1866	162
8.	Lageplan der Fabrik 1873	163
9.	Fabrikansicht 1873	163
10.	Grundbesitz der BASF von 1865 bis 1969 in Hektar	164
11.	Lageplan des Werkes Oppau 1914	165
12.	Fabrikansicht 1914	165
13.	Lageplan des Werkes Ludwigshafen 1914	166
14.	Fabrikansicht Ludwigshafen 1924	167
15.	Fabrikansicht Oppau 1924	167
16.	Lage der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Limburgerhof und des Gutsbetriebes	168
17.	Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Limburgerhof 1964	169
18.	Schema der Abfallbeseitigung der BASF	169
19.	Müllablagerungsflächen am Feuerberg (1969)	170
20.	Müllinsel Flotzgrün (1969)	171
21.	Lage der ersten Werkswohnungen im Fabrikplan von 1866	172
22.	Arbeiterwohnhaus mit Werkswohnungen in der Kolonie Hemshof um 1906	172
23.	Beamtenwohnhäuser (1913)	173

24.	Kolonie Hemshof gegen BASF (1934)	173
25.	Luftaufnahme der Kolonie Hemshof (1929)	174
26.	Arbeiterwohnblock (1914)	175
27.	"Intelligenzblock" (1931)	175
28.	Beamtenwohnhäuser im Aschantidorf (1926)	176
29.	Beamtenwohnhäuser im Aschantidorf (1926)	176
30.	Arbeiterwohnungen (1928)	177
31.	Arbeiterwohnhaus in Limburgerhof (1904)	177
32.	Übersichtsplan Arbeiterkolonie Limburgerhof	178
33.	Siedlungshaus Form 1	179
34.	Siedlungshaus Form 2	179
35.	Siedlungshaus Form 3	180
36.	Siedlungshaus Form 4	180
37.	Luftaufnahme eines Teils der Gemeinde Limburgerhof (1964)	181
38.	GEWOGÉ-Hochhäuser an der Froschlache	182
39.	Grundriß eines Stockwerkes in einem GEWOGÉ-Hochhaus an der Froschlache	182
40.	Luftaufnahme der Siedlung Edigheim (1964)	183
41.	Planungsgebiet Birkenheide	184
42.	Vorratsgelände der GEWOGÉ in den Gemeinden der Vorderpfalz (1968)	185

Verzeichnis der Karten

1.	Die BASF in Europa	23
2.	Die BASF in der Welt	27
3.	Fabrik- und Wohnungsbaugelände der BASF in Ludwigshafen	<i>Beilage</i>
4.	BASF-Werkswohnungen in Ludwigshafen	93
5.	Gesamtplan Wohngebiet Pfingstweide	132

V O R W O R T

Die Anregung, die Badische Anilin- und Soda-Fabrik im Hinblick auf Ansprüche an den umgebenden Raum zu untersuchen, erhielt ich durch meinen verehrten Lehrer Herrn Professor Dr. Dr. J. H. Schultze, dem ich für sein reges Interesse am Fortgang der Arbeit, seine stete Hilfsbereitschaft und seine wertvollen Hinweise großen Dank schulde.

Im Laufe der Untersuchung ergaben sich mannigfache Schwierigkeiten, die nur durch das freundliche Entgegenkommen einiger Abteilungen der BASF, verschiedener Behörden und durch die verständnisvolle Hilfe vieler Privatpersonen überwunden werden konnten. Besonders zu nennen ist Herr Direktor Reg.-Baumeister Haisch, der mich in die verschiedenen Abteilungen des Werkes einführte und mich mit den leitenden Herren bekannt machte.

Die Materialsammlung wurde mir durch die großzügige Hilfe der Damen und Herren des Firmenarchivs und der Schriftleitung der Hauszeitschrift "Die BASF" erleichtert. Durch praktische Hinweise in zahlreichen Gesprächen förderte Herr Dr. Wolf die Arbeit.

Ihnen allen sei an dieser Stelle ebenso gedankt wie den im Text namentlich aufgeführten Behörden, Verbänden und Ämtern, die mir Einsicht in Unterlagen gewährten.

Das Manuskript wurde im Mai 1970 abgeschlossen.

Berlin-Tegel, im Dezember 1970

Sigrun Hölzner

1. UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND UND UNTERSUCHUNGSGEBIET

In der Kulturlandschaft haben industrielle Werke nur einen geringen Flächenbedarf. Sie prägen jedoch den umliegenden Raum und nehmen Einfluß auf seine Entwicklung durch ihre spezifischen Ansprüche.

Die Ansiedlung eines Chemiebetriebes im Zuge der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts führte dazu, daß sich die Stadt Ludwigshafen am Rhein in relativ kurzer Zeit zu einer der größten Städte auf der Westseite des Flusses zwischen Straßburg und Köln entwickelte. Diesem Wirtschaftsunternehmen, der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik A G. (BASF), die für Ludwigshafen stadtschichtbestimmend wurde, besonders der starken Raumwirkung dieses Betriebes gilt nachfolgende Untersuchung. Es werden einige der Ansprüche der BASF an den umgebenden Raum aufzuzeigen sein.

11. Aufgabenstellung und Aufbau der Arbeit

Der prägende Eingriff der BASF in die umliegende Kulturlandschaft der nördlichen Oberrheinischen Tiefebene wird durch das Werk und seine Produktion gegeben. Wie aus einem kleinen Farbenproduzenten ein Industriekomplex mit weltweiten Geschäftsverbindungen wurde, der viele Niederlassungen im Ausland gründete, wird einleitend dargestellt.

Eine stetige Forschungstätigkeit, die wesentliche Impulse für die Entwicklung der Chemiewirtschaft brachte, führte zu Produktionsausweitungen, die einen zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften erforderten. So stellt sich die Aufgabe, den quantitativen und qualitativen Stand der Werksbelegschaft zu ermitteln und ihre Verteilung auf die Gemeinden im engeren und weiteren Umkreis der Fabrik festzustellen.

Die BASF als geschlossener Industriekomplex von heute beträchtlicher Ausdehnung hat eine eigene Physiogno-

mie und Struktur, die auf das engste miteinander verknüpft sind.

Aufriß und Grundriß des Werkes beeinflussen das Landschaftsbild entscheidend. Nach der Umsiedlung der Fabrik von Mannheim nach Ludwigshafen im Jahre 1865 beanspruchte die BASF fortlaufend Gelände zur Vergrößerung der Produktionsstätten. Wie sich die Fabrik parallel zum Rhein entwickelte und welche Flächen im Laufe der Jahre zur Erweiterung der Anlagen hinzugekauft werden mußten, gilt es zu ermitteln. Das gleiche trifft auf die Raumansprüche zu, die sich für die Beseitigung des chemischen Abfalls ergeben.

Eine weitere auffällige und charakteristische Erscheinung in der Kulturlandschaft sind die durch die BASF und ihre Wohnungsbaugesellschaften errichteten Siedlungen in der Umgebung und die Wohnungsbauten im Stadtgebiet. Ein Überblick wird die Anforderungen an den Raum für den Wohnungsbau darstellen und die Leistungen der Fabrik auf diesem Gebiet aufzählen. Die verschiedenen Möglichkeiten und die Problematik der betrieblichen Wohnungsfürsorge, wie sie sich für die stetig wachsende Belegschaft des Werkes ergaben, werden zu nennen sein. Außerdem gilt es die Projekte zu beschreiben, die die BASF in Aussicht genommen hat und die zukünftige Entwicklung zu umreißen.

12. Materialbeschaffung

Um einen Überblick über die BASF und den das Werk umgebenden Raum zu gewinnen, wurden in Berlin die zur Verfügung stehenden einschlägigen Veröffentlichungen durchgearbeitet. Entscheidende und themenabgrenzende Einblicke konnten jedoch erst durch Reisen ins Untersuchungsgebiet gewonnen werden.

Die Materialbeschaffung in Ludwigshafen und bei der BASF gestalteten sich oft schwierig. Viele Erhebungen, die das Werk für interne Zwecke benötigt und

durchführt, sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt und daher nicht greifbar.

Städtische Untersuchungen ließen sich vielfach mit denen der Fabrik nicht vergleichen. Mitunter gab es keine aktuellen Daten, z. B. keine neueren Zahlen über die Herkunft der Arbeitskräfte. Umfangreiche Archivstudien wurden zu den einzelnen Themenbereichen nötig. Die Bearbeitung und Auswertung alter Akten nahm viel Zeit in Anspruch. Als Beispiel sei hier die Rekonstruktion der flächenmäßigen Ausdehnung des Werkes zu bestimmten Zeitabschnitten genannt. Sie konnte nur mit Hilfe alter Lagepläne, deren Fragmenten und deren Fotografien in mühseliger Kleinarbeit erfolgen.

Erkundigungen bei den städtischen Ämtern oder bei regionalen Einrichtungen, Befragungen leitender Herren in der BASF, ihrer Wohnungsbaugesellschaften und anderer Wirtschaftsverbände ergänzten diese Arbeit.

Wiederholte Besuche, persönliche Gespräche und eigene Beobachtungen in den Gemeinden des Untersuchungsgebietes erleichterten die Ermittlungen, rundeten das Bild ab oder gaben neue Impulse zum Fortgang der Untersuchung. Ein umfangreicher Schriftverkehr war neben den einzelnen Erhebungen notwendig.

13. Natürliche Grundlagen des Untersuchungsgebietes

Die Koordinaten der BASF werden mit $49^{\circ} 30' 19''$ nördlicher Breite und $8^{\circ} 25' 32''$ östlicher Länge angegeben.¹ Das Werk liegt an der Ostgrenze des Stadt- und Landkreises Ludwigshafen im sechstgrößten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, in Rheinland-Pfalz. Der durch das Werk beeinflusste Raum erstreckt sich weitgehend auf den südlichen Teil des Bundeslandes,

¹ BASF 1/1963, S. 30

der mit den pfälzischen Stadt- und Landkreisen Ludwigshafen, Frankenthal, Worms, Neustadt a.d. Weinstraße und Speyer seine Abgrenzung hat.

Naturräumlich liegt er in der breiten Oberrheinischen Tiefebene zwischen den Bergen der Haardt im Westen und dem Odenwald im Osten. Die Haupteinheiten werden durch die Rheinniederung, das leicht ansteigende vorderpfälzische Tiefland, den Haardtrand und die Haardt gegeben. Der größte Teil des Untersuchungsgebietes gehört dem rheinischen Grabenbruch an, in dem bis in die jüngste Zeit Vertikalbewegungen stattfanden, wodurch der wechselvolle geologische und petrographische Aufbau erklärt wird.

Dem Bereich der neozoischen (geologisch jungen) Becken und Senkungsfelder schließt sich im Westen des Flusses als mesozoisches Deckgebirge der Pfälzer Wald an. Der dem Rhein zugewandte Teil des Gebirges wird durch Störungs- und Zerrüttungszonen stark gegliedert.

Das Untersuchungsgebiet genießt die Gunst des Oberrheinischen Binnenklimas mit hoher Sommerwärme und relativ geringen Niederschlägen. Es ist von rauhen Winden geschützt und hat unter günstigen Expositionsbedingungen ein noch spezifisches Weinbauklima.

Das Frühjahr kommt zeitig, die Niederschläge liegen mit 450-600 mm im Jahresmittel niedrig. Die Sommer sind mit einem Julimittel von 18 - 19°C recht sonnig und teilweise schwül.² Bei 59 Frosttagen und 13 Eistagen, die für die Stadt Ludwigshafen angegeben werden, sind die Winter als milde zu bezeichnen (Januarmittel bis 1°C).³ Im Bereich des Berg- und Hügellandes herrschen ebenfalls milde ausgeglichene Winter (Januarmittel um den Gefrierpunkt und darüber), die durch föhnige Erwärmung kalter Nordwinde gekennzeichnet sind.

² Klimaatlas v. Rheinland-Pfalz, Karte I/7 bis I/9
³ Klöpfer, 1957, S. 26

Sonnige Sommer bedingen bei einem Julimittel um 17°C bis 18°C und einem Jahresniederschlag zwischen 600 bis 700 mm noch ausreichende Möglichkeiten für Ackerbau und Grünlandkultur.⁴

Für die Tiefebene und insbesondere das Stadtgebiet von Ludwigshafen ist häufig mangelnder Luftaustausch festzustellen. Das führt zur "Dunstglockenbildung" durch starke industrielle Luftverschmutzung. In der Nähe des Rheins treten häufig Nebellagen auf. Sie beeinflussen ebenso wie die Dunstlagen die Ein- und Ausstrahlung und führen mitunter zu Belästigungen durch die Industrieausdünstungen. Die vorherrschenden Nord- und Südwinde führen zur Verbreitung des Industriequalms über das ganze Stadtgebiet.

14. Anthropogeographische Grundlagen im Untersuchungsgebiet

Zu den umliegenden Bundesländern und benachbarten Staaten steht das Gebiet in unmittelbarer verkehrlicher, wirtschaftlicher und kultureller Verbindung. Hier sollen nur kurz Verkehr, Landwirtschaft und Industrie behandelt werden.

Der Hauptstrom des Verkehrs verläuft in Nord-Süd-Richtung durch das Rheintal. Die hier angelegten Schienenwege, Straßen und der Strom haben nicht nur für den Verkehr innerhalb des Untersuchungsgebietes Bedeutung, sondern für die gesamte Bundesrepublik und ihre Nachbarstaaten. Besonders wichtig ist die Verbindung mit den Häfen im Mündungsgebiet des Rheins.

Auf beiden Seiten wird der Fluß von Haupteisenbahnlinien begleitet. Von Frankfurt und Mainz bis Karlsruhe fährt die Bundesbahn rheinparallel sechsgleisig. Rechtsrheinisch dienen die Strecken mehr dem Personen-, linksrheinisch dem Güterverkehr.

⁴ Klimaatlas v. Rheinland-Pfalz, Karte I/7 bis I/9

In west-östlicher Richtung ist die über Kaiserslautern führende Strecke Saarbrücken - Ludwigshafen zu nennen, die Bedeutung für den internationalen Fernverkehr nach Luxemburg und Frankreich hat. Diese Strecke kreuzt den Nord-Süd-Verkehr und findet über eine zweigleisige Eisenbahnbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim Anschluß an das rechtsrheinische Netz.

Die Rhein-Haardt-Bahn, eine Privatbahn zwischen Ludwigshafen und Bad Dürkheim sowie nicht bundeseigene Schnellstraßenbahnen vervollständigen das Schienennetz dieses Raumes.

Das linksrheinische Straßennetz ist mit dem rechtsrheinischen nicht vergleichbar. Eine Autobahn auf der Westseite des Flusses gibt es noch nicht, sie ist im Bau und kann nur auf Teilabschnitten im Zuge der Bundesstraße 9 befahren werden.

Die Bundesstraße 9 von Mainz über Worms, Ludwigshafen nach Speyer und Straßburg ist die einzige Nord-Süd-Verbindung. Sie hält keinem Vergleich mit der rechtsrheinischen Autobahn stand, die zu den wichtigsten und am stärksten benutzten Straßen innerhalb des europäischen Raumes gehört. Eine weitere in nord-südlicher Richtung verlaufende Verbindung ist die Bundesstraße 271 (Weinstraße). Da sie durch viele Orte des Weinbaugebietes führt, läßt sie keinen zügigen Verkehr zu.

Der Ost-West-Verkehr wird durch die Autobahn nach Kaiserslautern ins Saarland und die folgenden Bundesstraßen sichergestellt:

- B 37 Ludwigshafen - Bad Dürkheim,
- B 38 Ludwigshafen - Neustadt a.d. Weinstraße,
- B 39 Speyer - Neustadt a.d. Weinstraße,
- B 272 Speyer - Landau.

Das übrige Netz der klassifizierten Straßen ist nicht immer gut. Es wird im Rahmen einer Verbesserung der Infrastruktur Veränderungen erfahren.

Große Bedeutung kommt dem Rhein als frachtgünstigem Wasserweg zu. In erster Linie werden Massengüter als Roh- und Hilfsstoffe zur Deckung des Bedarfs der Industrie transportiert. Dieser billige Weg wird auch für die An- und Abfuhr industrieller Ausgangs-, Zwischen- und Endprodukte genutzt. Der Hafen Ludwigshafen dient außerdem als Umschlags- und Lagerplatz für Güter im Verkehr mit dem Saarland zur Versorgung der dortigen Industrie.

Die wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung und ihre weitgehend davon abhängige soziale Differenzierung stellt einen der Indikatoren dar, der für die Erfassung und Beurteilung der wirtschaftlichen und räumlichen Grundstrukturen eines Gebietes wichtig sind. Die Bevölkerung hat mit zunehmender Entfernung vom Industrieschwerpunkt Ludwigshafen ihre Existenzgrundlage im agrarischen Wirtschafts- und Erwerbsbereich. Es bestehen gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den industrialisierten Städten und dem mehr landwirtschaftlich orientierten Hinterland. In den meisten Gemeinden des Untersuchungsgebietes ist die Struktur kleinstbetrieblich. Über 50% aller Betriebe haben eine landwirtschaftliche Nutzfläche unter 10 ha, unter diesen überwiegen wiederum die Betriebe unter 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.⁵ Sie werden als Nebenerwerbsstellen geführt oder sind bäuerliche Familienbetriebe. Die Inhaber von Nebenerwerbsstellen beziehen mehr als 50% ihres Einkommens aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit. Hier liegen die intensivsten landwirtschaftlichen Anbauzonen in Rheinland-Pfalz. Unter teilweise sehr guten Boden- und Klimaverhältnissen werden Sonderkulturen bevorzugt. Gemüseanbau, Obst- und Weinbau sind die wichtigsten Einnahmequellen.

Den umfassendsten Ausdruck findet die Wirtschaftskraft eines Gebietes in seinem Bruttosozialprodukt (Bruttoinlandsprodukt). Es stellt den Wert aller innerhalb

⁵ Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen,
Ludwigshafen 1968

seiner Grenzen erzeugten Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen dar.

Wirtschaftskraft und Wohlstandsniveau basieren heute entscheidend auf den Leistungen des produzierenden Gewerbes.

Im Untersuchungsgebiet kommt der chemischen Industrie einschließlich der Mineralölverarbeitung überragende Bedeutung zu. Da sie zu den ausgesprochenen Wachstumsindustrien zählt, beeinflußt ihre Aufwärtsentwicklung wesentlich die Wirtschaft des ganzen Bundeslandes. Rheinland-Pfalz hatte 1966 in dieser Industriegruppe 71.254 Beschäftigte, das waren in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten fast 19% aller Industriearbeitnehmer (383.954) des Bundeslandes⁶. An der Spitze aller industriellen Verdichtungsräume in Rheinland-Pfalz steht das vorderpfälzische Industriegebiet mit dem Zentrum Ludwigshafen. Einige Zahlen sollen die Bedeutung dieser am stärksten industrialisierten Raumordnungseinheit verdeutlichen. Mit 52.849 Chemieindustrieeschäftigten stellte die Stadt Ludwigshafen 1966 allein 74,2% der in dieser Branche Tätigen⁷. Hauptarbeitgeber innerhalb der Stadt war mit davon 48.148 Personen, also über 90% die BASF⁸.

Der Chemieumsatz Ludwigshafens von 5,1 Mrd. DM betrug 28% am gesamten rheinland-pfälzischen Industrieumsatz (18,4 Mrd. DM)⁹, damit erbrachte das Industriegebiet um Ludwigshafen bereits 1966 mehr als ein Viertel der wirtschaftlichen Wertschöpfung (Nettoproduktionswert) der gesamten Industrie des Bundeslandes Rheinland-Pfalz.

⁶ Statistik v. Rheinland-Pfalz, Band 89, S. 62 ff

⁷ Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, Ludwigshafen

⁸ BASF-Firmenarchiv

⁹ Statistik v. Rheinland-Pfalz, Band 89, S. 62 ff

2. DIE BADISCHE ANILIN- UND SODA-FABRIK AG LUDWIGSHAFEN AM RHEIN

Aus einer Leuchtgas ("Portativgas") herstellenden Kommanditgesellschaft, der Firma "Engelhorn & Comp." (1848 gegr.), über die "Badische Gesellschaft für Gasbeleuchtung" (1851 gegr.), die die Stadtbeleuchtung Mannheims einrichtete, die Farbenfabrik "Dyckerhoff, Clemm & Co." (1861 gegr.) und die Anilinfabrik "Sonntag, Engelhorn & Clemm" kam es schließlich 1865 zur Gründung der BASF. Im Laufe der Jahre entwickelte sich diese zu einem chemischen Großunternehmen mit weltweiten Interessen. Sie unterhält heute Produktionsstätten und Vertriebsgesellschaften in aller Welt.

Den aus der Leuchtgasfabrik anfallenden lästigen Teer verwertete der Unternehmer und Gründer der BASF, ENGELHORN, bei der Herstellung von Teerfarben, u.a. von Anilin. Die Abhängigkeit vom "Verein chemischer Fabriken" in Mannheim, der die anorganischen Hilfsstoffe für die Anilinherstellung lieferte, führte schließlich zur Notwendigkeit, diese Vorprodukte selbst herzustellen. Eine ständig wachsende Nachfrage nach den erzeugten Produkten verlangte, die in räumlicher Enge begonnene Produktion in freies Gelände zu verlegen. Das Überwechseln der BASF aus der städtischen Begrenztheit Mannheims nach Ludwigshafen und die zunehmende Ausdehnung der Fabrik ließen auch die Produktionsbreite und -stärke fortlaufend anwachsen. Heute stellt die BASF über 5.000 Erzeugnisse her ¹⁰.

Analog zu dieser Entwicklung verlief auch die der Belegschaftsstärke. Von 30 Mitarbeitern im Jahre 1865 stieg sie in wechselndem Auf und Ab bis auf einen vorläufigen Höchststand von 49.624 (1969) im Ludwigs-

¹⁰ BASF-Firmenarchiv, 1970

hafener Werk ¹¹. Seit dem 6. Februar 1970 hat die BASF zum erstenmal in ihrer Geschichte mehr als 50.000 Mitarbeiter ¹². Sie kommen aus dem ganzen Bundesgebiet, hauptsächlich jedoch aus dem pfälzischen Raum. Der Personalstand der BASF-Gruppe, d.h. der BASF in Ludwigshafen und aller Gesellschaften, an denen sie mittelbar oder unmittelbar mit mindestens 50 Prozent beteiligt ist, belief sich zu Beginn des Jahres 1969 auf 94.685; davon arbeiteten etwa 80.000 Tätige in der Bundesrepublik und 15.000 im Ausland ¹³.

21. Heutige Größe und dazugehörige Werke

Die BASF gehört zusammen mit den Farbenfabriken Bayer AG in Leverkusen und den Farbwerken Hoechst AG in Frankfurt/Main zu den drei größten Chemiebetrieben Deutschlands. Wie die beiden anderen I.G. Farbenindustrie-Nachfolger hat auch sie im Inland, in Europa und der übrigen Welt zahlreiche Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und Handelsvertretungen. Produktionsanlagen und Absatzorganisationen werden mit großer Energie weiter ausgebaut, um die wichtigsten Abnehmergebiete auf möglichst kurzem Wege zu erreichen.

211. Stammwerk und inländische Tochter- und Beteiligungsgesellschaften

Der weitaus wichtigste und größte Bestandteil des BASF-Konzerns ist das Werk Ludwigshafen; es ist das Stammwerk, der Kern des Ganzen. Von hier aus regelt die Konzernspitze den Produktionsverlauf und die Investitionspolitik. Forschung und Entwicklung haben in Ludwigshafen ihren Standort für die ganze BASF-Gruppe.

¹¹ Geschäftsbericht 1969, Einband innen

¹² BASF information 2/70, S.2

¹³ BASF-Firmenarchiv, 1969

"Stützpunkt der Produktion" ¹⁴ im Inland ist neben dem Hauptwerk auch noch die Rheinische Olefinwerk GmbH in Wesseling bei Köln, die ein vollständiges Programm für alle wesentlichen Polyäthylentypen hat. Zusammen mit der Shell-Gruppe (50% Beteiligung) arbeitet hier die BASF auf einem Teilgebiet der Kunststoffherzeugung und bei der Beschaffung petrochemischer Rohstoffe. Alle anderen dezentralen Produktionsstätten sind so ausgelegt, daß sie jeweils begrenzte Sortimente herstellen, die für die lokalen Marktverhältnisse benötigt werden. Mitunter kommen noch einige wenige Spezialprodukte dazu, mit denen dann solche Marktbe-
reiche beliefert werden, für die die Einstellung eigener Fabrikationsanlagen nicht rentabel wäre. Eine derartige Gruppierung der Produktionsstätten mit einander ergänzenden Funktionen hat wirtschaftliche Vorteile. Große Mengen einfacher Typen werden unter optimalen Verhältnissen kontinuierlich über längere Zeiträume produziert; dadurch werden so große Kostenvorteile erzielt, daß auch entfernt liegende Märkte versorgt werden können. Die Unternehmensstruktur ist so angelegt, daß die einzelnen Fabrikationsstätten durch ständige Investitionen auf dem neuesten Stand der chemischen Produktionstechnik gehalten werden. Es wird angestrebt, vom Rohstoff über das vielfältige Sortiment der Zwischen- und Veredelungsprodukte bis zu den Fertigerzeugnissen alles selbst herzustellen.

"Die BASF ist auf Grund ihrer Struktur ein Juwel unter den Chemieunternehmen", betonte der Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Timm in einem Interview, "zumindest nimmt sie eine Sonderstellung innerhalb der deutschen Chemiewerke ein."¹⁵ In der Beteiligungspolitik handelt die BASF weitgehend pragmatisch. Den Wert eines Beteiligungsgeschäftes mißt sie nicht nur nach dem Umsatz,

¹⁴ BASF information 10/1968, S.8

¹⁵ Die Welt, 19.10.1968 (Wirtschaftsteil)

der Technologie und der Marktstellung, sondern auch nach der Zeit, die dadurch bei eigenen Entwicklungen eingespart werden kann. Unter bestimmten technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten kann so die Anlehnung kleiner und mittlerer Unternehmen an ein Großunternehmen zur Verbesserung der Marktstruktur sinnvoll sein.

Eine Demonstration unternehmerischer Weitsicht war die Zusammenführung zweier Unternehmen mit weitreichenden volkswirtschaftlichen und unternehmenspolitischen Konsequenzen: BASF und die Wintershall AG stellten ihre Zusammenarbeit ab 1. Januar 1969 sicher.

In zwei großen Bereichen der industriellen Betätigung berühren sich die beiden Unternehmen eng. Es sind dies die Arbeitsgebiete Düngemittel und Mineralöl.

Wintershall hat eine führende Stellung in der Förderung von Kalisalzen und der Erzeugung von darauf beruhenden Düngemitteln. Das Zusammengehen bedeutet auf diesem Sektor gesicherte Geschäftsverbindungen im Kalibereich, insbesondere hinsichtlich bestimmter Spezialsorten.

Die Wintershall hat der außerordentlichen Bedeutung und Entwicklung von Mineralöl und Erdgas als Energieträger und Rohstoff für die chemische Industrie durch Exploration und Weiterverarbeitung Rechnung getragen. Das Zusammenwirken beider Unternehmen und die Koordinierung der von den Raffinerien her gegebenen Möglichkeiten mit den Anforderungen, die die chemische Industrie als Weiterverarbeiter an ihre Rohstoffe stellt, wird ein Höchstmaß an wirtschaftlichem Nutzeffekt gewährleisten. Die Ergebnisse dieser sinnvollen Ergänzung werden beschleunigtes Wachstum und beträchtliche Stärkung der Ertragskraft sein.

Zu den hundertprozentig mit der BASF konsolidierten Werken gehören die folgenden:

Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl i.W.

BASF-Beteiligung seit 1907, 1953 erneuert -
Belegschaft: 5.214.

Die Zeche dient auch heute noch der Steinkohlenförderung zur Rohstoff- und Energiegewinnung.

Chemische Düngefabrik Rendsburg

BASF-Beteiligung seit 1965 - Belegschaft: 242.

Düngemittel und Spezialleime sind die Haupterzeugnisse.

Dr. Beck & Co. AG, Hamburg

BASF-Beteiligung seit 1967 - Belegschaft: 274.

Für die Elektroindustrie werden hier Kunstharze und Isolierlacke hergestellt.

BASF-Kraftwerk Marl GmbH

BASF-Beteiligung seit 1962 - Belegschaft: 216.

Das Kraftwerk dient der Stromversorgung über das Netz der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) und liefert etwa ein Viertel des Strombedarfs des Werkes Ludwigshafen (rund 1300 Millionen Kilowattstunden). Außerdem werden noch etwa 95 Millionen Kilowattstunden anderweitig abgegeben.

Glasurit-Werke M. Winkelmann AG, Hamburg

BASF-Beteiligung seit 1965 - Belegschaft: 3.001.

Produktionsschwerpunkte sind Speziallacke für die Auto-, Holz- und Möbelindustrie sowie weitere Anstrichmittel.

Nordmark-Werke GmbH, Hamburg

BASF-Beteiligung seit 1968 - Belegschaft: 975.

Die BASF betätigt sich damit auf dem Gebiet der Chemotherapie und eröffnet sich neue Erfolgsaussichten auf einem Sektor, der bis zum Jahre ihrer Beteiligung noch im BASF-Bereich fehlte.

Über 98% des Aktienkapitals erwarb die BASF der

Herbol-Werke Herbig-Haarhaus AG, Köln

BASF-Beteiligung seit 1968 - Belegschaft: 1.470.

Das Werk rundet damit die Lackinteressen, insbesondere das Industrielackprogramm, ab.

Außerdem besitzt die BASF etwa 95% des Aktienkapitals der

Wintershall AG, Kassel

BASF-Beteiligung seit 1968/69 - Belegschaft der Gruppe: 13.138.

Zum Teil ist die BASF an den folgenden Werken beteiligt:
Zu 50% bei

Rheinische Olefinwerke GmbH, Wesseling, (ROW)

Beteiligung seit 1953 - Belegschaft: 2.909.

Zusammen mit der Shell-AG arbeitet die BASF auf dem Kunststoffsektor.

Phrix-Werke AG, Hamburg

BASF-Beteiligung seit 1967 - Belegschaft der Gruppe: 8.500

Als Produzent von Chemiefasern, Zellstoff und Zellsulfoxid erschließen sie der BASF Teile des Fasermarktes.

Ultraform GmbH, Ludwigshafen

Elastogran GmbH, Lemförde

BASF-Beteiligung seit 1969 - Belegschaft der Gruppe Elastomer AG: 1.326.

Das Betätigungsfeld der Firmengruppierung liegt auf dem Sektor der Polyurethane. Mit dieser Transaktion hat sich die BASF in das dritte große Kunststoffgebiet, das der "Polyurethan-Chemie", eingeschaltet.

Mit anderen Gesellschaften liegen Beteiligungsverhältnisse an anderen Werken vor:

Zu gleichen Teilen mit den anderen I.G. Farbenindustrie AG-Nachfolgern, Farbenfabriken Bayer AG und Farbwerke Hoechst AG, (Rest Sonstige), ist die BASF mit rund 31% an der

Duisburger Kupferhütte, Duisburg

seit 1876, erneuert 1953 beteiligt. Belegschaft: 4.122.

Eine 46%ige Beteiligung unter Berücksichtigung von Gesellschaftsdarlehen besteht bei

Chemische Fabrik Holten GmbH, Oberhausen-Holten

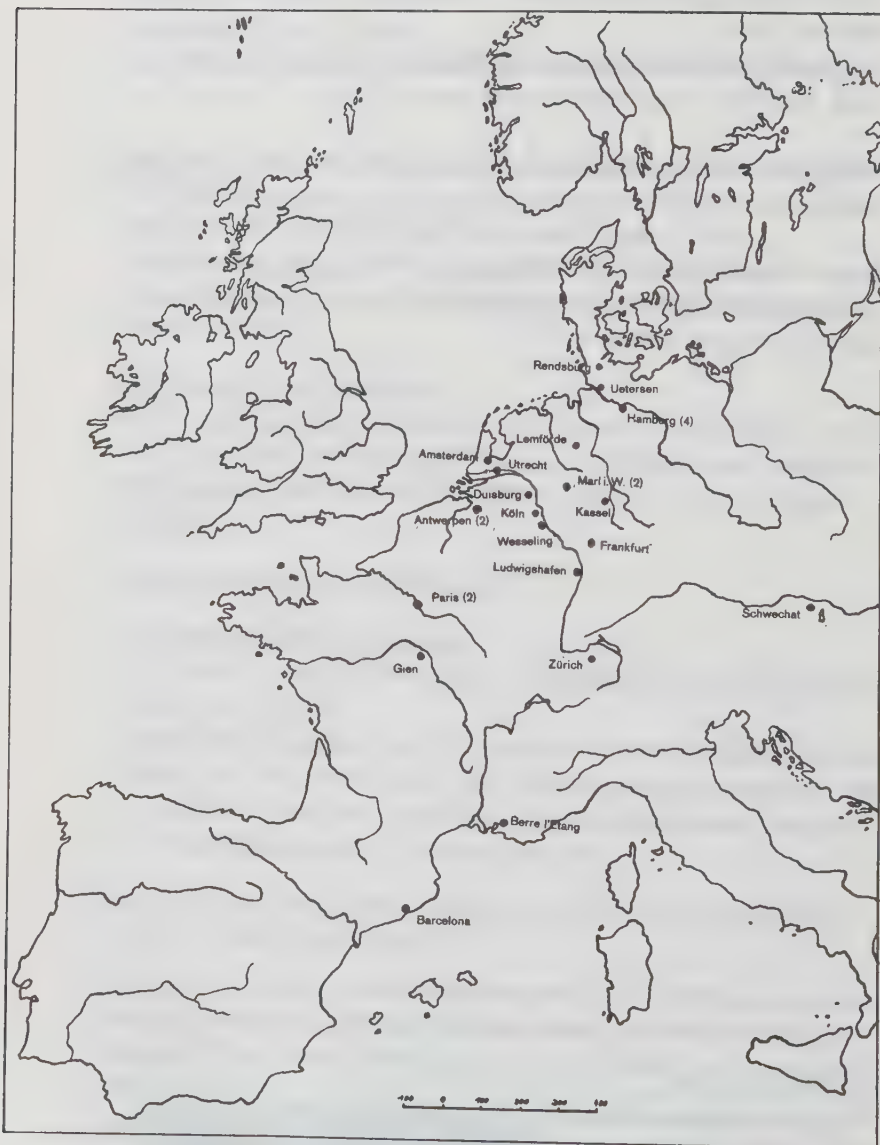
BASF-Beteiligung seit 1930, Erneuerung 1953 - Belegschaft: 130.

Die Gesellschafter haben die Stilllegung der Produktion zum 30. Juni 1970 beschlossen ¹⁶.

Alle genannten Unternehmen ergänzen und vervollständigen das Angebot der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik.

Einen Überblick über die räumliche Verteilung dieser Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa gibt Karte 1 .

¹⁶ Alle Angaben über die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind folgenden Quellen entnommen:
BASF-Geschäftsbericht 1967, S. 46-53,
BASF-Geschäftsbericht 1969, S. 44-51



• Tochter- und Beteiligungsgesellschaften (Stand: 1970)
 (2) Anzahl der Gesellschaften

Entwurf: Sigrun Hölzner Quelle: BASF-Firmenarchiv

212. Ausländische Gesellschaften und Niederlassungen

Aus handelspolitischen und rein kommerziellen Erwägungen heraus waren die drei großen Nachfolgegesellschaften der I.G. Farbenindustrie gezwungen, in Europa und Übersee Fabrikationsstätten zu errichten und Handelsniederlassungen zu gründen. Der Wiederaufbau der entflochtenen Unternehmen aus eigener Kraft, die Konzentration von Forschung und Entwicklung auf jeweils bestimmte Sparten und letztlich der Kampf um die Märkte haben die drei großen deutschen Chemiewerke im internationalen Geschäft zu autonomen Einheiten werden lassen. Bruder- oder Schwesterbeziehungen im Sinne eines alten I.G.-Bewußtseins, wie sie vielleicht noch bei den inländischen gemeinsamen Beteiligungsgesellschaften bestehen, sind auf dem internationalen Markt ausgeschlossen. Unsensimentale Konkurrenz, hartes Verhandeln um Positionen und Beteiligungen mit vollem Ausnutzen der eigenen Macht- und Marktstellung haben der BASF über die Grenzen Ludwigshafens hinaus in Europa und Übersee schlagkräftige Einheiten geschaffen. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, über die vielen Unternehmen in aller Welt zu berichten, an denen die BASF beteiligt ist. Einen Überblick über die wichtigsten soll folgende Aufstellung geben:

Tabelle 1: Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der BASF AG in Europa und Übersee ¹⁷

Land	Name der Gesellschaft	Beteiligung
Belgien	BASF Antwerpen N.V., Antwerpen	100 %
	Badische Phillips Petroleum N.V., Antwerpen	50%

¹⁷ BASF-Geschäftsbericht 1969, S. 52-60

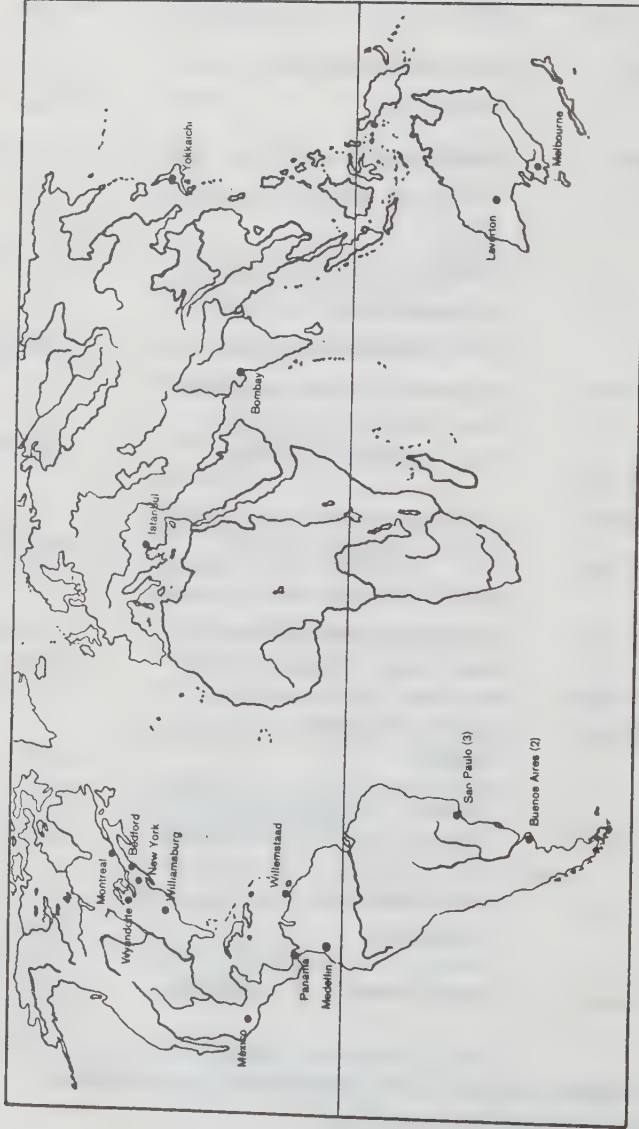
Land	Name der Gesellschaft	Beteiligung
Frankreich	Suma S.A., Gien/Loiret	100 %
	Compagnie Chimique de la Méditerranée, Berre l'Etang	50 %
	Dispersions Plastique S.A., Paris	50 %
Niederlande	Ammoniak Unie N.V., Utrecht	50 %
	Lurex N.V., Amsterdam	50 %
Österreich	Danubia Olefinwerke GmbH, Schwechat bei Wien	50 %
Schweiz	BASF Chemiewerte AG, Zürich	100 %
Spanien	BASF Española S.A., Barcelona	75 %
Türkei	BASF-Sümerbank Türk Kimya Sanayii AS, Istanbul	60 %
Kanada	BASF Canada Ltd., Montreal	100 %
U S A	BASF-Corporation, New York	100 %
	BASF Systems Inc., Bedford	100 %
	Wyandotte Chemicals Corporation, Wyandotte	99 %
	Dow Badische Company, Williamsburg	50 %
Mexiko	BASF Mexicana S.A., Santa Clara	100 %
Panama	BASF Transatlantica S.A., Panama	100 %

Land	Name der Gesellschaft	Beteiligung
Niederländische Antillen	BASF Overzee N.V., Willemstad	100 %
Kolumbien	Química Proco S.A., Medellín	100 %
Brasilien	BASF Brasileira S.A. Indústrias Químicas, São Paulo	100 %
	Suvinil S.A. Indústrias e Comércio de Tintas, São Bernado do Campo	60 %
	Glasurit Combilaca S.A. Indústrias de Tintas São Bernado do Campo	60 %
Argentinien	BASF Argentina S.A.I.C.F. y M., Buenos Aires	100 %
	Sulfisud Fábrica Argentina de Hidrosulfito y Afines S.A., Buenos Aires	50 %
Australien	BASF Australia Ltd., Melbourne	100 %
	Pigment Manufacturers of Australia Ltd., Laverton	50 %
Japan	Yuka Badische Company Ltd., Yokkaichi	50 %
Indien	BASF India Ltd., Bombay	50 %

Karte 2 zeigt die weltweite Verteilung der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.

Karte 2

Die BASF in der Welt



- Tochter- und Beteiligungsgesellschaften (Stand: 1970)
- (2) Anzahl der Gesellschaften

Entwurf: S. Holzner Quelle: BASF-Firmenarchiv

Die BASF betreibt mit ihrer Gruppen-Investitionspolitik den Ausbau und die Modernisierung der Primärstufen der chemischen Produktion (vor allem für Grundstoffe und Zwischenprodukte), wobei die Petrochemie zumindest in Europa im Vordergrund steht. Weiterhin stärkt die BASF all diejenigen Bereiche, auf denen die Ertragskraft des Unternehmens strukturell basiert. Im Rahmen dieser Politik bejaht man Partnerschaft überall da, wo die Partner gleichwertige, sich ergänzende Leistungen einbringen. In fachlicher Hinsicht sind nur starke Partner erwünscht, weil sie die Zusammenarbeit befruchten und fördern. Ein Unternehmen, das seine Kapazitäten nicht kontinuierlich erweitert, würde im Kampf um Märkte und Tonnen schnell zurückfallen. Am deutlichsten wird das von der BASF-Leitung formuliert: "Von der Forschung und Entwicklung führt über die Investitionen zum Umsatz und zum Ertrag ein Weg, der nur in einer Richtung, nämlich nach vorwärts, beschritten werden kann - hier¹⁸, in Europa, in aller Welt" ¹⁹.

22. Produktionsentwicklung der BASF

Die Geschichte der BASF und ihrer Produktionsentwicklung ist gleichzeitig ein Teil der Geschichte der Chemie. Das Unternehmen hat sich im Laufe seiner Entwicklung immer wieder großen Aufgaben gestellt und ist für ihre Durchführung neue Wege gegangen, die richtungsweisend für die weitere Entwicklung der Chemiewirtschaft wurden. Die Aufeinanderfolge wissenschaftlicher Erkenntnisse, ihre technische und wirtschaftliche Auswertung führten in vielen Fällen zur Brechung des Rohstoffmonopols der Natur, u.a. bei der Synthese von Alizarin und Indigo, bei der Bindung des atmosphärischen Stickstoffs (Haber-Bosch-Verfahren) und bei der Druckhydrierung

¹⁸ Gemeint ist die Bundesrepublik Deutschland

¹⁹ BASF-Firmenarchiv, 1968

von Kohle, Teeren und Ölen zu Farbstoffen (Bergius-I.G.-Verfahren). Es würde den gesetzten Rahmen überschreiten, wollte man die Produktionsentwicklung der BASF abhandeln; dazu ist sie zu vielfältig und zu umfangreich. Es lassen sich jedoch bis heute vier große Abschnitte in der Gesamtentwicklung feststellen, die sich teilweise auseinander entwickelten, einander in Teilgebieten verdrängten, nebeneinander herliefen, sich überlagerten oder über Jahrzehnte nebeneinander produzierten. Die in diesen vier großen Epochen entwickelten Produkte und Verfahren nehmen auch heute noch den wesentlichsten Teil der BASF-Fabrikation ein und umfassen den größten Teil des Sortiments.

221. Einteilung in Epochen

Die Herstellung künstlicher Farbstoffe und die dazu benötigten Grundchemikalien bildeten den Ausgangspunkt der Produktion. Die Farbenepoche, die zu Beginn dieses Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte, ist deshalb der erste und älteste dieser Abschnitte.

"Der Betrieb der Fabrik geht aus von den Ergebnissen der Theerdestillation und verwandelt diesselben in die Zwischen- und Endprodukte der Farbenindustrie.... Dabei verfolgt die Fabrik das Princip, auch für ihren Betrieb erforderliche chemische und zum Theil sogar die mechanischen Hilfsmittel selbst zu fabriciren." ²⁰

"Der erste bedeutende Erfolg der BASF auf dem Gebiet der organischen Farbstoffe war die in die Technik eingeführte künstliche Darstellung des wichtigen und unentbehrlichen Krappfarbstoffs, des Alizarins" (1870).²¹

20 Aus dem Katalog zur Weltausstellung zu Paris 1900

21 Sammelausstellung der deutschen chemischen Industrie (BASF 4/1964, S. 172 ff)

Das erste deutsche Teerfarbstoffpatent erhielt die BASF 1877 für Methylenblau auf Grund des kurz zuvor in Kraft getretenen deutschen Patentgesetzes. Über die künstlich hergestellten Farbstoffe Rhodamin (1887), Indigo (1897), Indanthren (1901)- um nur einige bekannte Namen zu nennen - spannte sich ein weiter Bogen von den Metallkomplex-Farbstoffen (1913) bis zu den modernen Basacryl-Farbstoffen zum Färben von Kunststoffen. 1925 schlossen sich die deutschen Teerfarbstoff-Fabriken zur I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft zusammen mit dem Sitz der Verwaltung und Leitung in Frankfurt am Main. Im Zuge der Arbeitsteilung gab die BASF mehrere Farbenproduktionen an andere Werke ab, um selbst neue Arbeitsgebiete zu erschließen.

Die Herstellung der für die Farbstoffgewinnung notwendigen Grundsubstanzen führte zur Auffindung einer Reihe wertvoller, technisch brauchbarer Verfahren. R. KNIETSCH gelang 1888 die fabrikmäßige Produktion von verflüssigtem Chlor. In der Folgezeit war er mit seinen Arbeiten noch erfolgreicher. Mit dem Kontaktverfahren zur preiswerten Herstellung von Schwefelsäure jeder gewünschten Konzentration gelang ihm einer der wichtigsten Fortschritte in der chemischen Großindustrie. Er schuf damit den Prototyp eines modernen Fabrikationsprozesses, der in der Gasphase kontinuierlich an Katalysatoren abläuft. Mit diesem Verfahren, das noch heute die Schwefelsäurewirtschaft der Welt bestimmt, begann die BASF auf dem völlig neuen Gebiet der katalytischen Verfahren in der anorganischen und organischen Chemie zu arbeiten. Die physikalische Chemie mit der Lehre von den Gasgleichgewichten rückte immer mehr in das Blickfeld der Technik, und die Epoche der grossen Synthesen trat neben die der Farben. Immer größere und kompliziertere Apparaturen führten schließlich zur Hochdrucktechnik, die es ermöglichte, bei hohen Temperaturen ablaufende Gasreaktionen unter sehr hohen Drucken vorzunehmen. Damit waren alle verfahrenstechnischen

Voraussetzungen für die katalytische Synthese von Ammoniak aus seinen Elementen Stickstoff und Wasserstoff geschaffen, die unter dem Namen HABER-BOSCH-Synthese eine weltweite Industrie zur Erzeugung künstlicher Düngemittel ins Leben rief. Die Haber-Bosch-Synthese wurde nach gewissen Modifikationen in den zwanziger Jahren nahezu standardisiert und erfolgreich auf andere chemische Reaktionen übertragen. Hochdrucksynthesen waren lange Zeit ein Privileg der BASF.²² Sie wurden und werden verwendet zur Hydrierung von Kohle, Teeren und Ölen zu flüssigen Kohlenwasserstoffen bis zum Wirbelschicht-Röstverfahren, in dem der zerkleinerte Schwefelkies mit Luft in einer Wirbelschicht kontinuierlich zu Schwefeldioxid und Eisenoxid abgebrannt (geröstet) wird.

Die katalytische Synthese von Kohlenwasserstoffen aus Kohlenoxid und Wasserstoff bei hohem Druck zu Methanol führte zum raschen Aufblühen der auf Formaldehyd basierenden Zweige der Kunststoffherzeugung. Auf den einschlägigen Forschungen aufbauend begann 1929 die BASF ihre technischen Arbeiten auf dem Gebiet der Hochpolymeren.²³ Eine Reihe dieser Verbindungen wurde für die Kunststoffproduktion erschlossen. Erfolgreiche Entwicklungsarbeiten führten vom Polystyrol (1930) über Polyäthylen (1932) zur Lupolen-Herstellung der ROW (Rheinische Olefin-Werke) und zu den modernen Werkstoffen auf Kunststoffbasis. Die neue Epoche der Kunststoffe - die BASF ist der größte europäische Kunststoffproduzent - ist durch viele neue Fabrikate gekennzeichnet. Grundsätzlich neue Wege beschriftet die BASF unter Prof. REPPE bei der Herstellung von Kunststoffprodukten auf der Grundlage von Azetylen und Äthylen. Reppe gelang es, Reaktionen mit komprimiertem Azetylen gefahrlos durchzuführen und in den großtechnischen Maßstab zu übertragen. Die "Reppe-Chemie" er-

²² BASF 3/1964, S.117

²³ BASF 4/1964, S.186

möglicht den Aufbau zahlreicher organischer Verbindungen aus einfachen Bausteinen und zählt zu den aussichtsreichsten Zweigen der modernen technischen Chemie.

Zu den besonderen Vorzügen der organischen Chemie gehört es, eine bestimmte Verbindung, von unterschiedlichen Stoffen ausgehend, auf verschiedenen Wegen darstellen zu können. Die Lösung derartiger Probleme läßt sich sinnvoll und wirtschaftlich nur in einem grossen und vielseitig orientierten Unternehmen erreichen. So hat die gerade begonnene Epoche der Petrochemie, die neben der der Kunststoffe läuft, zu einem großen Strukturwandel geführt. Das Schwergewicht der petrochemischen Verfahrensforschung liegt bei der Entwicklung neuer Herstellungsverfahren für bereits bekannte Chemikalien, besonders für die beiden Basisprodukte Äthylen und Azetylen. Um die künftige Versorgung mit diesen Produkten auf petrochemischer Basis zu sichern, wird bereits auf andere Erdöllderivate umgestellt, da eine Verknappung des bisherigen Einsatzstoffes, Rohbenzin, abzusehen ist.

Die Voraussetzungen zum Bezug des Erdöls und der Erdöldestillate sind durch die nahe gelegenen Raffinerien im Oberrheintal gegeben. Die direkten Pipeline-Verbindungen zu den Raffinerien in Mannheim (auf der Friesenheimer Insel) und in Godorf bei Wesseling kommen dem Unternehmen zugute. Durch die Übernahme der zur Wintershall-AG-Gruppe gehörenden Raffinerie auf der Friesenheimer Insel gestaltet sich die Entwicklung noch günstiger.

222. Einteilung nach Ressorts und Sparten

Das Großgebilde BASF ist schwer überblickbar. Das Werk gliedert sich seit 1966 in sieben große Ressorts. Sie umfassen:

1. Produktion
2. Ingenieurwesen

3. Forschung
4. Vertrieb
5. Finanzen
6. Rechtsabteilung
7. Personal- und Sozialabteilung

Das größte Ressort, die Produktion, gliedert sich weiter in fünf Sparten, die sich wiederum in Abteilungen, Betriebsgruppen und Einzelbetriebe aufteilen. Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Abteilungen der einzelnen Sparten und die wichtigsten Tätigkeiten und Produkte.

Gliederung der Produktion ²⁴

SPARTE I:

Anorganische Abteilung:

Schwefelsäure, Chlor, Natronlauge, Katalysatoren, Sulfite, Hydrosulfite.

Niederdruck-Abteilung:

Luftzerlegung, chemische Grundstoffe

Hochdruck-Abteilung:

Ammoniak, Methanol, Butyl- und Isobutylalkohol, Essigsäure, Propionsäure, Formamid.

Stickstoff-Abteilung:

Salpetersäure, Harnstoff, Düngemittel, Ameisensäure.

Energie-Abteilung:

Kraftwerke, Wasserversorgung.

Meß- und Regelabteilung:

Instrumentation und Prozeßkontrolle.

Landwirtschaftliche Abteilung:

Prüfung von Düngemitteln, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel.

²⁴ Nach Angaben des BASF-Firmenarchivs, Stand 1.1.1968

SPARTE II:

Zwischenprodukte-Abteilung:

Zwischenprodukte aller Art zur Weiterverarbeitung im eigenen Werk und zum Verkauf z.B. aliphatische Amine, Zwischenprodukte auf Azetylenbasis.

Plastopal-Abteilung:

Harnstoff-Formaldehyd-Harze, Textilhochveredlungsmittel, Polyesterharze, Weichmacher.

Oxid-Abteilung:

Äthylenoxid und Folgeprodukte, Textil-, Färberei- und Papierhilfsmittel.

SPARTE III:

Olefin-Abteilung:

Polyolefine und Mischpolymerisate, Polyäthylenwachse.

Dispersionsabteilung:

Polymerisate und Mischpolymerisate und deren Dispersionen für Anstriche und Lacke sowie zur Beschichtung von Textilien, Leder und Papier.

Styroplast-Abteilung:

Äthylbenzol, Styrol, Polystyrole.

Anwendungstechnische Abteilung II:

Anwendungstechnische Bearbeitung von Kunststoffen und Kunststoff-Dispersionen, Lack- und Faserrohstoffen.

Monomeren-Abteilung

Schaumstoff-Abteilung

SPARTE IV:

Spezialprodukte-Abteilung:

Farbstoffzwischenprodukte, Gerbstoffe, Wachse, Hilfs- und Veredlungsprodukte für die Leder- und Textilindustrie.

Anwendungstechnische Abteilung I:

Anwendungstechnische Bearbeitung von Farbstoffen, Hilfs- und Veredlungsmittel für die Textil-, Leder/Pelz-, Papier/Zellstoff- und chemisch-technische Industrie sowie für spezielle Industriezweige.

Farben-Abteilung:

Farbstoffe zum Färben und Drucken von Textilien, wie Baumwolle, Wolle, Synthese-Fasern und Mischgewebe. Farbstoffe und Pigmente für die Leder-, Papier-, Kunststoff- und Lackindustrie.

SPARTE V:

Textilrohstoffe-Abteilung

Faserrohstoffe-Abteilung:

Caprolactam für Perlon, AH-Salze für Nylon, Polyamide für Kunststoffe.

Da die BASF während der letzten Jahre ihre Auslandskapazitäten stark erweitert hat und zu einem multinationalen Unternehmen geworden ist, beabsichtigt sie, noch im Jahre 1970 durch eine neue Organisation des Werkes Ludwigshafen dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Es soll bei den Vorstandsaufgaben unterschieden werden zwischen funktionalen Ressorts, die der ganzen Gruppe Dienste leisten, und operativen Ressorts, in denen sich das geschäftliche Geschehen abwickelt. Administratives Gerüst sollen nach wie vor die Abteilungen bilden. Sie können unmittelbar zu einem Ressort gehören oder aber auch in gewissen Gruppen zusammengefaßt werden. Neue Gruppen von Abteilungen übernehmen in den operativen Ressorts die Produktion und den Vertrieb. Sie werden weiterhin Sparten genannt und stellen die Ertragszentren dar. Innerhalb der Ressorts nimmt das neue Ressort "Technik und Logistik" eine Sonderstellung ein, in ihm bildet die Werksleitung Ludwigshafen eine neue Einheit. Durch eine Zusammenfassung der Service-Betriebe und

der für die Betriebsordnung und Sicherheitsbestimmungen im Werk verantwortlichen Abteilungen, soll sie besonders allen Mitarbeitern der BASF in Ludwigshafen dienen. Voraussichtlich werden sechs operative Ressorts mit etwa 25 Sparten vier funktionalen Ressorts gegenüberstehen. ²⁵

23. Belegschaft der BASF

Die Belegschaft eines spezialisierten industriellen Unternehmens von der Größe der BASF hat sowohl im quantitativen als auch im qualitativen Bereich ihre eigenen Physiognomien. Seit Gründung des Werkes hat die BASF von Jahr zu Jahr neue Belegschaftsmitglieder in ihren Dienst gestellt, denn mit zunehmendem Ausbau der Fabrikanlagen und stetigem Anwachsen der Produktion stieg auch der Bedarf an Arbeitskräften. Gelegentliche Rückgänge hatten entweder konjunkturelle oder politische Gründe und waren nur von kurzer Dauer. Diese Entwicklung wäre ohne das Vorhandensein eines großen Reservoirs an Arbeitskräften im pfälzischen Raum undenkbar. Zwischen der vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Rheinpfalz und dem neuen Industriestandort löste ein starkes wirtschaftliches Gefälle eine zunehmende Wanderungsbewegung zur Rhein-Neckar-Mündung aus, denn die geringere Rentabilität der Landwirtschaft unterlag gegenüber der Industrie im Wettbewerb um die Arbeitskräfte. Diese Bevölkerungsverschiebung griff im Laufe der Zeit tiefer in den pfälzischen Raum hinein, wobei die seit der französischen Revolution übliche Realerbteilung diese Entwicklung intensivierte. In den Anfangsjahren des Betriebes suchten sich jeden Morgen die Meister und Aufseher die benötigten Arbeitskräfte aus den vor dem Werk Wartenden aus. Später erfolgte die Auswahl durch eine Annahmestelle der Fabriksverwaltung, ab 1903

²⁵ Nach Angabe des BASF-Firmenarchivs, April 1970

durch eine industrielle Arbeitsnachweisstelle, ab 1919 durch die Arbeitsämter.

Nach dem 2. Weltkrieg bis in die heutige Zeit waren und sind die hauptsächlichsten Formen der Personalbeschaffung folgende: Zuweisungen von den Arbeitsämtern, Bewerbungen, persönliche Vorsprachen, Empfehlungen, Stellenanzeigen und Verbindungen des Werkes zu Schulen, Verbänden und Organisationen.

Die BASF bietet heute für Arbeitnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet einen großen Anreiz durch hohe freiwillige Sozialleistungen, eine günstige betriebliche Altersversorgung, übertarifliche Löhne und zusätzliche Ausschüttungen, z.B. Jahresprämien und materielle Anerkennung von Dienstalter und Leistungen.

Charakteristisch für die chemische Industrie ist der ungewöhnlich rasche Produktionswechsel. Das Tempo der technischen Entwicklung, der Automation und der Strukturwandel in der Wirtschaft erfordern von den Menschen, die in diesem Industriezweig arbeiten, eine ständige Anpassung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Der echte "Chemiewerker" trat als ungelernter Arbeiter in das Werk ein. In einem eng begrenzten Bereich erwarb er unter Anleitung die erforderlichen Befähigungen, wurde angelernter Facharbeiter und konnte nach mehrjähriger Berufspraxis den gelernten Facharbeitern gleichgestellt werden. Erst seit kurzem gibt es eine Chemiearbeiter-Lehre. Die Mitarbeiter der BASF nennen sich mit einem gewissen Stolz "Aniliner" und bringen damit eine alte Tradition und eine enge Bindung zum Werk zum Ausdruck.

231. Zahlenmäßige Entwicklung

Bei der zahlenmäßigen Entwicklung der BASF-Belegschaftshöhe von 1865 bis einschließlich 1970 lassen sich vier große Phasen erkennen, die hier kurz beschrieben werden sollen. Die tabellarische Übersicht und die Darstellung

der Belegschaft verdeutlichen diese Abschnitte.

Die erste Phase von 1865 bis zum 1. Weltkrieg zeigte einen kontinuierlich steigenden Arbeiterbedarf. Der Beginn des Weltkrieges zog zahlreiche Arbeitskräfte durch Einberufungen ab. Sie wurden jedoch bald wieder ersetzt. 1923 erreichte die Mitarbeiterzahl mit 26.409 Personen einen vorläufigen Höhepunkt.

Die Umstellungen nach dem Zusammenschluß zum I.G. Farbenindustrie-Konzern und vor allem die Weltwirtschaftskrise kennzeichneten die zweite Phase. Sie brachten ein erneutes Absinken der Werkszugehörigen. Die Entlassungen wegen Arbeitsmangel versuchte das Werk aufzufangen; ein Teil der Belegschaft wurde nicht endgültig entlassen, sondern abwechselnd für 6 Monate ohne Lohnzahlungen beurlaubt.

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft brachten in der Folgezeit erneut die Voraussetzungen zur Produktionsentwicklung, die sich auf den Mitarbeiterstand positiv auswirkten. In dieser dritten Phase bis zum Ende des 2. Weltkrieges steigerte sich die Zahl der "Gefolgschaftsmitglieder" ständig. Die Anziehungskraft des Werkes war so groß, daß trotz Einberufungen 1943 ein Höchststand von 36.676 Personen erreicht wurde; darin sind allerdings die ausländischen Arbeitskräfte enthalten, die zum Einsatz kamen. Das Jahr 1945 beendete diesen Abschnitt mit einem nachhaltigen Rückschlag. Nach der Kapitulation arbeiteten im zerstörten Werk noch 840 Personen, darunter sehr viele Frauen. Ende des gleichen Jahres konnten wieder rund 17.000 Personen beschäftigt werden, deren wichtigste Aufgaben die Aufräumung und Energiesicherung waren.

Die Maßnahmen zur Herauslösung der Werke Oppau und Ludwigshafen aus dem I.G. Farbenindustrie-Verband leiteten die vierte, bis heute andauernde Phase ein. Die Verselbständigung der einzelnen I.G.-Werke und der damit verbundene Aufbau herausgelöster Verwaltungsbereiche entwickelten einen neuen Arbeiterbedarf, der bis in

Tabelle 2: Belegschaft der BASF von 1865 - 1970 ²⁶

Jahr	Zahl d. Be- legschaft	Jahr	Zahl d. Be- legschaft	Jahr	Zahl d. Be- legschaft
1865	30	1900	6.207	1935	18.571
1866	135	1901	6.711	1936	20.156
1867	310	1902	6.490	1937	22.080
1868	432	1903	7.150	1938	24.432
1869	470	1904	7.531	1939	24.633
1870	520	1905	7.251	1940	28.684
1871	470	1906	7.007	1941	31.069
1872	665	1907	7.551	1942	35.113
1873	615	1908	7.918	1943	35.676
1874	722	1909	7.291	1944	32.702
1875	835	1910	7.639	1945	27 804
1876	940	1911	7.610	1945	28 17.381
1877	1.123	1912	8.212	1946	19.909
1878	1.244	1913	9.172	1947	19.890
1879	1.487	1914	11.067	1948	21.951
1880	1.534	1915	6.475	1949	22.038
1881	1.922	1916	7.655	1950	24.351
1882	2.110	1917	9.484	1951	26.415
1883	2.378	1918	12.418	1952	26.659
1884	2.423	1919	15.399	1953	27.962
1885	2.330	1920	24.736	1954	29.956
1886	2.402	1921	25.192	1955	33.319
1887	2.628	1922	26.726	1956	36.625
1888	2.993	1923	26.409	1957	38.381
1889	3.401	1924	22.869	1958	41.135
1890	3.596	1925	21.625	1959	43.635
1891	3.756	1926	22.546	1960	46.164
1892	3.765	1927	26.825	1961	46.710
1893	4.062	1928	25.722	1962	45.030
1894	4.127	1929	22.458	1963	45.793
1895	4.389	1930	16.855	1964	47.255
1896	4.740	1931	12.596	1965	47.840
1897	4.796	1932	12.099	1966	48.148
1898	5.127	1933	14.202	1967	47.124
1899	5.495	1934	17.198	1968	46.929
				1969	49.624
				1970	29 50.000

²⁶ BASF-Firmenarchiv

²⁷ 31. 3. 1945

²⁸ 31.12. 1945

²⁹ 6. 2. 1970

die sechziger Jahre eine große Steigerung erfuhr. Das Anwachsen um jeweils etwa 2.000 Belegschaftsmitglieder in den Jahren 1953 bis 1960 bei einer jährlichen Einstellungsquote von teilweise 5.000 Arbeitern und Angestellten zeigt, welche großen Anziehungskräfte das Werk auf Arbeitskräfte ausübte.³⁰ Mit 48.148 Personen im Jahre 1966 hatte die Belegschaftszahl einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Die sehr steile Kurve erfuhr ab 1967 eine Abflachung, da damals die Grenze der Zunahme für die BASF in Ludwigshafen erreicht und die Aufnahmekapazität erschöpft waren.³¹ Sie stieg 1969 auf 49.624 Mitarbeiter. Am 6. Februar 1970 stellte die BASF den 50.000. Mitarbeiter ein.³²

232. Herkunft der Arbeitnehmer

Als Friedrich ENGELHORN im Jahre 1865 die Werksanlagen der BASF in Ludwigshafen zu errichten begann, brachte er einen Stamm von Arbeitern und Handwerkern aus dem älteren Betrieb in Mannheim mit. Den schnell steigenden Bedarf an Arbeitskräften deckte er dann in zunehmendem Maße aus der arbeitssuchenden Bevölkerung der vorpfälzischen Dörfer. Es war üblich, den weiten Weg aus den umliegenden Dörfern zu Fuß zurückzulegen. Fahrräder gab es erst seit kurzer Zeit (ab 1862); sie waren noch sehr teuer und hatten sich auch noch nicht in vollem Umfange durchgesetzt. Eine Pferdebahn, die von 1879 ab das Große Tor der Fabrik mit der Stadt Ludwigshafen und über die feste Rheinbrücke (ab 1868) auch mit Mannheim verband, brachte kaum eine Erleichterung. Sie führte nicht in die umliegenden Dörfer und war mit 25 Pfennig noch sehr teuer. Erst als ab 1902 der

³⁰ BASF-Sozialstatistisches Büro

³¹ BASF-Sozialstatistisches Büro

³² BASF information 2/70, S. 2

Elektromotor die Pferde ersetzte, kam die Straßenbahn auch für den Arbeiterverkehr in Betracht; außerdem behauptete sich langsam das Fahrrad. Eine Lokalbahn (Inbetriebnahme 1899), die Ludwigshafen mit dem südwestlichen Vorland verband, diente bald nicht nur dem Transport von Zuckerrüben, sondern wurde in zunehmendem Maße von den Arbeitnehmern benutzt. Die Verkehrerschließung im Raum um Ludwigshafen wurde durch den Bau der Rhein-Haardt-Bahn nach Bad Dürkheim ab 1913 besser. In den Jahren nach dem 1. Weltkrieg begann das Automobil und das Motorrad das Bild zu verändern. Da ein großer Teil der Arbeiterschaft die Fabrik nur im Winter als willkommene Erwerbsquelle betrachtete - im Frühjahr waren ihr die Feld- und Weinbergbestellungen, im Herbst die Erntearbeiten und die Lese wichtiger - versuchte die BASF durch den Bau von Wohnungen einen festen Arbeiterstamm an das Werk zu binden. Die Bautätigkeit bewirkte, daß zwischen 1896 und 1910 etwa 70% der Belegschaft in der Stadt Ludwigshafen wohnten, das waren etwa 20% der Einwohnerzahl.³³ Etwa 28% kamen aus der übrigen Pfalz und dem linksrheinischen Hessen, während aus Mannheim und den angrenzenden Gebieten nur 2% der Belegschaft stammten.³⁴ Ab 1910 änderten sich diese Verhältnisse. Der Anteil der in Ludwigshafen wohnenden Arbeiterschaft ging auf 60% zurück, und ein entsprechendes Ansteigen des übrigen pfälzer Anteils setzte ein. Die Landbevölkerung wurde immer mehr zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs herangezogen. Im Jahre 1937, dem letzten Jahr vor der Eingemeindung der Orte Rheingönheim, Maudach, Oggersheim und Oppau zu "Groß-Ludwigshafen", betrug der Prozentsatz nur noch 34% für die Stadt, aber etwa 58% für die übrige Pfalz.³⁵ Ein Teil der früher städtischen Arbeiterschaft hatte auf das Land geheiratet, oder war

³³ Voigtländer-Tetzner, Chronik, S. 32

³⁴ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch...., S. 28

³⁵ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch...., S. 29

wegen der Ernährungsschwierigkeiten in den letzten Kriegsjahren und den nachfolgenden Krisen Jahren auf das Land gezogen.

In einer Untersuchung stellte die BASF fest, daß am 1. 1. 1938 etwa 35% der Belegschaft in der Stadt wohnhaft waren, während 16,7% in kleineren und mittleren Städten (Worms, Bad Dürkheim, Frankenthal, Speyer, Neustadt) und 44,3% in Landgemeinden lebten.³⁶
Eine Auszählung ergab folgende Aufstellung:

Tabelle 3: Herkunft der Belegschaft (1938) ³⁷

% der Belegschaft	Stadt/Umkreis/Gebiet
35	Ludwigshafen
17	5 km
13	10 km
10	15 km
12	20 km
8	20 km
5	rechtsrheinisch

Die BASF ließ im September 1965 durch ihr statistisches Büro erneut eine Erfassung der Belegschaft nach ihrer Herkunft durchführen. Es ergab sich, daß aus 1693 Wohnorten aus allen Teilen Deutschlands und des Auslandes Mitarbeiter zum Werk kamen. Tabelle 4 zeigt, wie sie sich auf die einzelnen Bundesländer verteilten.

Der Hauptanteil der Arbeitskräfte (43.889 = 89,6%) wohnte in 551 Orten des Bundeslandes Rheinland-Pfalz.³⁸

³⁶ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch...., S. 34

³⁷ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch...., S. 33

³⁸ siehe Tabelle 4, Seite 43 dieser Arbeit

Tabelle 4: Belegschaft nach Bundesländern (21.9.1965) ³⁹

Bundesland	Anzahl	%	Anzahl der Wohnorte
Schleswig-Holstein	174	0,3	87
Hamburg	85	0,2	1
Niedersachsen	206	0,4	103
Bremen	19	---	2
Nordrhein-Westfalen	384	0,9	162
Hessen	493	1,0	145
Rheinland-Pfalz	43.889	89,6	551
Baden-Württemberg	2.987	6,1	301
Bayern	525	1,1	272
Berlin	26	0,05	1
Saarland	144	0,3	57
Ausland	25	0,05	11
Insgesamt	48.957	100,0	1.693

Tabelle 5: Belegschaftsmitglieder im Regierungsbezirk Pfalz wohnhaft nach Landkreisen (21.9.1965) ⁴⁰

Landkreise u. Sitze d. Kreisverwaltungen	Anzahl d.z. Landkreis gehörigen Orte	Anzahl d. bewohnten Orte	Anzahl d. werksangehörigen
Bergzabern	52	26	85
Frankenthal	39	39	4.572
Germersheim	37	31	805
Kaiserslautern	73	35	267
Kirchheimbolanden	37	29	289
Kusel	110	51	127
Landau	48	41	680
Ludwigshafen	14	14	27.329
Neustadt	40	38	4.901
Pirmasens	64	22	68
Rockenhausen	64	28	57
Speyer	10	10	3.683
Zweibrücken	39	7	21

³⁹ BASF-Sozialstatistisches Büro⁴⁰ BASF-Sozialstatistisches Büro

Nach einer landkreisstatistischen Erfassung entfielen allein 42.884 Personen auf die Landkreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirkes Pfalz (Tabelle 5). Abbildung 2 verdeutlicht diese Hauptwohngebiete der Mitarbeiter. Über die Hälfte aller Belegschaftsmitglieder kamen aus einem Umkreis von etwa 20 km zum Werk. Das Hauptwohngebiet der BASF-Arbeitnehmer, das in einem Umkreis bis zu 60 km liegt, läßt sich nicht linear umgrenzen. Man kann es nur durch einen breiten Grenzsaum kenntlich machen, da besonders aus den Randgemeinden des dargestellten Gebietes eine ständige Fluktuation der Arbeiter in andere Industriegebiete erfolgt. Es wird begrenzt im Norden durch die Landkreise Mainz und Alzey, im Süden durch den Ort Wörth, im Westen durch die Gemeinden Landstuhl, Obermoschel und Kirchheimbolanden. Innerhalb dieses Raumes treten die Orte im 30 km-Umkreis besonders stark hervor. Sie bilden den engeren Einzugsbereich des Werkes und gehören vor allem in die Landkreise Neustadt, Speyer, Germersheim, Landau, Frankenthal und Ludwigshafen. Auffallend ist der geringe Anteil der Arbeitnehmer, die den Rhein aus Richtung Mannheim überqueren. Das kann jedoch nicht mit der "Trennwirkung des Rheins" erklärt werden, denn nach Mannheim kommen täglich aus dem linksrheinischen Raum etwa 13.000 Personen, das sind rund 22% aller Einpendler Mannheims.⁴¹ Im rechtsrheinischen Gebiet besteht vielmehr kein Bedürfnis, das eigene hochindustrialisierte Gebiet zu verlassen. Der Rhein trennt folglich nicht die Einzugsgebiete beider Städte, sondern der Ballungsraum Mannheim saugt die rechtsrheinischen Arbeitnehmer auf.

⁴¹ Statistisches Amt der Stadt Mannheim (1969)

In der gegenwärtigen Leistungsgesellschaft bestimmen Beruf und Erwerbstätigkeit nicht nur die Lebenshaltung von Gruppen und Individuen, sondern auch den sozialen Status des einzelnen in der Gesellschaft. Der soziale Status einer Belegschaft wird von verschiedenen Faktoren geprägt: Tätigkeitsbereich, dienstliche Stellung, Weisungsbefugnis, Einkommenseinstufung. Die bekannteste soziale Gruppierung ist die nach Arbeitern, Angestellten und Akademikern.

Die BASF beschäftigte früher nur "Beamte" und Arbeiter. Die "Beamten" waren zu Anfang ausschließlich die Akademiker und die gehobenen Kaufleute. 1911 wurde diese "Beamtenschaft" rechtlich abgeschafft; die Beamten wurden Angestellte. Man behielt jedoch die Bezeichnung bei. Bis zum Anfang des 1. Weltkrieges wurden im Werk als "Beamte" diejenigen bezeichnet, die Mitglieder der Pensionskasse waren. In der Regel waren das die Direktoren, die Prokuristen, alle Akademiker, Techniker, Kaufleute und Verwaltungsleute mit dem Einjährigen. Für sie wurden die sogenannten Beamtenwohnungen - siehe Kapitel 4 - errichtet. Als 1919 auch für die BASF die allgemeinen Tarifbestimmungen verbindlich wurden, gab es nur noch die Untergliederung in Arbeiter und Angestellte. Der eigentlich dem öffentlichen Dienst zugeordnete Begriff "Beamter" wurde aufgegeben; er tritt jedoch noch heute im Gespräch mit älteren Einheimischen als soziale Kategorie auf, von der man mit Respekt spricht.

Nach der Gründung des Werkes unterschieden sich bald von den Arbeitern die Vorarbeiter, Aufseher, Meister und Hilfsmeister. Dem wurde ab 1.1. 1914 von der Werksleitung Rechnung getragen, als Meister und Aufseher durch die Aufnahme in die Pensionskasse den betriebsrechtlichen Status der Angestellten erhielten.

Im Laufe der Jahre ist auch bei der BASF eine immer größere Annäherung der Arbeiter an die besseren Bedingungen der Angestellten erfolgt (Arbeitszeit, Einkommen, Urlaub, Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall). Die soziale Wirtschaftsordnung hat den Stellenwert des Arbeiters gehoben und wird ihn in Zukunft dem des Angestellten gleichordnen. Seine aktive Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Gesellschaft führte ihn immer mehr vom teilnahmslosen Arbeiter zum interessierten Mitarbeiter. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die Zahl der Angestellten in den letzten Jahren auch bei der BASF laufend erhöht hat, ein Trend, der in allen entwickelten Industriestaaten zu verzeichnen ist.

Tabelle 6: Verhältnis Angestellte zu Arbeitern
in der BRD und bei der BASF ⁴²

Jahr	B R D	B A S F
1952	1 : 3,0	1 : 2,93
1954	1 : 3,0	1 : 2,95
1958	1 : 2,5	1 : 2,85
1960	1 : 2,2	1 : 2,65
1965	1 : 1,8	1 : 2,50
1967	1 : 1,7	1 : 2,30

Anfang 1970 hatte sich das Verhältnis der Angestellten zu den Arbeitern bei der BASF auf 1 : 1,7 verringert. ⁴³

In keinem Industriezweig ist eine so große Differenzierung nach Art und Umfang der Berufe festzustellen wie in großen chemischen Werken. Die technischen Berufe sind in Überzahl vorhanden, denn der Umfang der

⁴² BASF-Sozialstatistisches Büro

⁴³ BASF information 3/1970, Werk Ludwigshafen, S. 2

Reparatur- und Wartungsarbeiten erreicht durch die mechanisierte und automatisierte chemische Fertigung ein besonders großes Ausmaß. Auch der Bedarf an Mitarbeitern mit Hochschulbildung ist groß; so verfügt die chemische Industrie über die höchste Akademikerquote in der Wirtschaft.

Der technische Fortschritt hat zu einer erheblichen Mobilität der Berufe geführt; er schafft ständig neue Tätigkeiten. So unterliegt auch die Zahl der Berufe bei der BASF einer weitgehenden Differenzierung:

1958 waren es 480 Berufe, ⁴⁴ 1961 über 500 ⁴⁵ und 1966 waren 625 Berufe in der BASF vertreten. ⁴⁶

⁴⁴ BASF-Nachrichten 1/1966, S. 12

⁴⁵ BASF-Sozialstatistisches Büro

⁴⁶ BASF-Nachrichten 1/1966, S. 12

3. GELÄNDEANSPRÜCHE DER BADISCHEN ANILIN- UND SODA-FABRIK FÜR WERK UND ABFALLBESEITIGUNG

Die Ansiedlung der BASF aus Mannheim in Ludwigshafen, das langsame Besitzergreifen des Raumes durch fortgesetzten Bodenerwerb zur Erweiterung der Werksanlagen und die durch die technische Entwicklung bedingten Flächenansprüche bis in die nahe Zukunft werden in diesem Kapitel betrachtet. Neben den Raumansprüchen zur Ausdehnung der Produktionsstätten erwuchsen der BASF in Verbindung damit in zunehmendem Maße Geländeansprüche für die Zwecke der Abfallbeseitigung. Konnten anfangs die tiefer gelegenen Werksteile aufgefüllt oder die städtischen Müllhalden mitbenutzt werden, so hat sich nach dem 2. Weltkrieg eine Veränderung ergeben. Die Ausdehnung der Stadt einerseits, der technische Fortschritt und die anspruchsvolleren Lebensgewohnheiten andererseits haben eine Müll-Lawine ins Rollen gebracht, die schnell einen Mangel an Ablagerungsflächen hervorrief. Die BASF als größter Mülllieferant in Rheinland-Pfalz mußte selbst geeignete Methoden finden und Ablagerungsmöglichkeiten in wirtschaftlich vertretbarer Entfernung vom Werk suchen, um eine schadlose Abfallbeseitigung zu gewährleisten.

31. Die BASF heute

Den Kern der BASF bildet das Werk Ludwigshafen. Als geschlossene Einheit ist es mit einer Ausdehnung von rund 6,7 Quadratkilometern (ohne angrenzende Wohngebiete) die größte chemische Fabrik Europas. ⁴⁷

⁴⁷ Diese Grundfläche ist selbst errechnet und umfaßt das in Karte 3 umgrenzte Werksgelände. Sie ist zu unterscheiden vom Grundbesitz, der in Tabelle 7 angegeben ist. In letzterem sind Flächen enthalten, die im Norden an das Werksgelände anschließen, jedoch keinen geschlossenen Komplex darstellen.

Kennzeichnend für das Werk ist die Gedrungenheit seines Wirtschaftskörpers, jedoch bezieht sich die Geschlossenheit nur auf die landschaftliche Gesamtwirkung. Grundriß und Aufriß offenbaren einen großen Formenreichtum, der, aus vielen Einzelementen zusammengesetzt, dem vielfältigen Produktionscharakter des Werkes entspricht.

311. Werksgrundriß

Karte 3 (im Anhang) zeigt die Grundrißentwicklung der BASF von 1865 bis 1969, die das organische Wachstum des Werkes widerspiegelt. In einer Länge von 5,4 Kilometern reicht es auf dem linken Flußufer von Rheinkilometer 426,1 bis 431,5 und bildet in der Gesamtlänge eine ideale Kaianlage. Seine größte Breite hat es mit 1900 Metern etwa in Höhe von Rheinkilometer 428,4. Im Süden stößt das Fabrikgelände an den Stadtteil Nord, wird im Westen durch die Carl-Bosch- und Brunckstraße sowie den Autobahnzubringer begrenzt. Die Nordgrenze bildet einerseits im Rheinvorland der Frankenthaler Kanal (inzwischen aufgelassen) und andererseits die im weiten Bogen verlaufende Anschlußbahn zum Bahnhof Oggersheim. Im Grundrißbild (Karte 3 und Abbildung 3) treten auch heute noch die beiden früheren Werksteile Ludwigshafen und Oppau durch die verschieden verlaufenden Straßennetze in Erscheinung. Die Verkehrerschließung des südlichen Fabrikgeländes erfolgt in NS-Richtung parallel zum Rhein, die des nördlichen in SW-NO-Richtung in spitzem Winkel zum Fluß auf insgesamt über 82 km befestigten Straßen.⁴⁸ Über die entwicklungsbedingte Anlage der Verkehrswege berichten die Kapitel 32 und 33. Rund 15% des Geländes sind mit mehr als 1500 Fabrikgebäuden bebaut.⁴⁹

⁴⁸ BASF - TA/Bauwesen, Grundstücksbüro, 1969

⁴⁹ BASF-Firmenarchiv

Die rechtwinklig verlaufenden Straßen ermöglichen die schematische Aufteilung des Gesamtwerkes in Baublöcke mit durchgehender, übersichtlicher Buchstabenbezeichnung von A - W und Nummerierung, wodurch der trennende Charakter gemildert wird (siehe dazu auch Kapitel 332). Die Bebauung des nördlichen Werkteils lockert sich in seinem westlichen Abschnitt gegen die Brunckstraße stark auf, ebenso spärlich bebaut ist der zwischen Rheinstraße und Anschlußbahn liegende Teil. Die Erklärung hierfür gibt das geschichtliche Wachstum des Werkes (Kapitel 32 und 33). Die Straßennamen spiegeln teils die Geschichte des Werkes, teils die der einzelnen Produkte wider. Nur eine Straße innerhalb des Werkes trägt einen Personennamen; sie liegt im nördlichen Teil und hält die Erinnerung an Carl BOSCH, den Schöpfer der Hochdruckanlage zur synthetischen Ammoniakherstellung, wach.

Auffallend ist der große Verschiebe- und Rangierbahnhof mit 25 Gleisen, der über zwei Ablaufstrecken erreicht wird. Er verbindet beide Werksteile. Das werkeigene Gleisnetz führt in alle Längsstraßen. Es sind rund 194 km normalspurige Eisenbahngleise mit 753 Weichen verlegt.⁵⁰ Parallel zur Lagerstraße verläuft die zweigleisige Personenzugstrecke mit ihren drei Bahnhöfen. Sie ist direkt mit dem Bahnhof Ludwigshafen verbunden.

Zwischen den einzelnen Produktionsstätten liegen auflockernde Grünflächen. Besonders zahlreich sind sie im südlichen Werksteil - an der Carl-Bosch-Straße -, wo sich auch die Mehrzahl der Autoabstellplätze befindet.

312. Werksaufriß

Das Aufrißbild wird vom vertikalen Charakter der

⁵⁰ BASF - Abt. Verkehrswesen, 1969

Betriebsstätten bestimmt, die einen großen Gestaltungsreichtum zeigen. Backsteinbauten mit flachwinkligen oder flachen Dächern stehen neben modernen in Massiv-, Stahlbeton- und Stahlskelettbauweise errichteten mehrstöckigen Gebäuden. Schlichte, harmonisch gestaltete Fassaden, dem Zweck des jeweiligen Baus entsprechend, beherrschen das Bild. Die älteren Fabrikationsstätten sind unscheinbar und nüchtern gestaltet, während sich die jüngeren Bauten durch große Fenster und damit durch lichterfüllte Arbeitsstätten auszeichnen. Farbenfrohe Anstriche mit hellen, meist warmen Farbtönen stehen in scharfem Kontrast zu dem Gelb und dem düsteren Rotbraun der alten Gebäude. Die moderne Stahlskelettbauweise kommt der chemischen Industrie mit ihren stark brand- und explosionsgefährdeten Betrieben entgegen. An vielen Stellen des Werkes, besonders im nördlichen Teil, treten halbfreistehende Fabrikationsstätten neben reinen Freiluftanlagen hervor; damit wird die technische Apparatur selbst zum Bauwerk. Ammoniakkugelbehälter, Destillationskolonnen, Kompressoren, große Rieseltürme und Syntheseanlagen bestimmen das Bild. Winzige Bedienungsanlagen stehen neben Apparaturen größter Abmessungen. Das Rheinufer ist zum Werkskai mit den entsprechenden Umschlagseinrichtungen umgebaut. Kräne, Landungsbrücken, Verladeanlagen sowie Lagerhallen und Tankläger stehen dem Schiffsverkehr in mannigfacher Vielfalt zur Verfügung.

Die chemische Verbundwirtschaft kommt in den vielen Rohrleitungen und Rohrleitungsbrücken, die in fast jeder Straße zu finden sind, zum Ausdruck. Über 2.000 Ladestellen sprechen für die Größe des werksinternen Verkehrs. An der südlichen Peripherie befinden sich die Verwaltungsbauten, die in Form und Größe das Gesamtwerk repräsentieren. Hervorstechend ist das Friedrich-Engelhorn-(Hoch)Haus, ein imposantes Wahrzeichen für Werk und Stadt, sowie die Gebäude der

Anwendungstechnischen Abteilung (AWETA). Der Südteil des Werkes wirkt relativ einheitlich, während nach Norden und besonders im nordwestlichen Werksteil eine starke Differenzierung nach Dimensionen und Charakteren der Anlagen festzustellen ist. Abbildung 3 vermittelt ein ungefähres Bild von der großen Vielgestaltigkeit des Werkes.

32. Entwicklung von 1865 bis 1939

Die Entwicklung und die Ausdehnung der Fabrik von ihrer Ansiedlung 1865 in Ludwigshafen bis zum Beginn des 2. Weltkrieges soll mit Hilfe von Lageplanskizzen und Aufrißdarstellungen gezeigt werden.

321. Werk Ludwigshafen

Nachdem der Große Bürgerausschuß 1865 dem Unternehmer Friedrich ENGELHORN in Mannheim einen Geländeankauf von 13 ha zum Zweck der Errichtung einer Fabrik in den "Großen Neuwiesen" am linken Neckarufer - südlich der heutigen Ebertbrücke - abgelehnt hatte (Abb. 4) und ein Terrainangebot auf dem Stengelhof in der Gemarkung Seckenheim ungeeignet erschien, kaufte Engelhorn jenseits des Rheins auf dem Gebiet des Hemshofes 13 ha Land zum gleichen Zweck (Abb. 4). Die Ansiedlung und Errichtung der BASF erfolgte außerhalb der damaligen Stadt und des Ortes Friesenheim in einem geschichtlich alten Gebiet, das erst später eingemeindet und dadurch zum ältesten Teil Ludwigshafen wurde.

Obwohl Abbildung 5 die Verhältnisse im Jahre 1869 nicht richtig darstellt - die Fabrikbauten entsprechen in ihrer Anordnung nicht den 1865 errichteten -, zeigt sie doch in etwa die Entfernung von der Stadt zur Fabrik. Der Standort des Werkes war äußerst günstig gewählt. Hinter dem Rheindamm gelegen, boten sich eine ebene Bodenoberfläche, Hochwasserschutz und ein guter

Baugrund auf den in geringer Tiefe lagernden tragfähigen Kiesen. Die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gestaltete sich durch die Nähe des Flusses leicht, ebenso war ein billiger Massentransport dadurch möglich. Ein Anschluß an die pfälzische Eisenbahn gestattete eine gute Verbindung ins Saarland und nach Frankreich.

Am 10.5.1865 erteilte die pfälzische Regierung die Konzession zum Fabrikbau, mit dem bereits 5 Tage später begonnen wurde.⁵¹ Die Abbildungen 6 und 7 zeigen die BASF im Jahre 1866, also ein Jahr nach der Gründung. An der westlichen Grenze - der Landstraße nach Friesenheim (heute Carl-Bosch-Straße) - befanden sich die ersten Wohnhäuser für Arbeiter, ferner Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude. Die eigentlichen Fabrikationsgebäude waren in ostwestlicher Richtung so angeordnet, daß ihre Frontseiten im rechten Winkel zum Rheindamm wiesen. Sie waren massiv aus Stein und meist nur in eingeschossiger Bauweise errichtet. Da es für den Bau chemischer Werke damals in Deutschland noch keine Vorbilder gab,⁵² wurden in Schuppen oder Wohngebäude Apparaturen zur Herstellung chemischer Produkte hineingebaut, so gut es ging.⁵³

Eine breite Werkstraße - heute die Bahnsteigstraße - führte bis an den Rhein und teilte den Fabrikkomplex in eine südliche und eine nördliche Hälfte. Im südlichen Teil dominierten die Gebäude für die Schwefelsäureherstellung, während im Nordteil die der Salzsäure- und Chlorentwicklung und vor allem die der Farben- und Sodafabrikation lagen. Im Zuge der heutigen Anilinstraße verlief damals das Stammgleis, ein Anschluß zum Ludwigshafener Bahnhof. Vom Stammgleis zweigten

51 BASF-Firmenarchiv

52 Gründung der Farbwerke Hoechst 1863, die der Chemischen Fabriken vorm. Weiler-ter-Meer 1861, die der Farbenfabriken vorm. Bayer u. Co. 1863

53 BASF 4/1964, S.201

im rechten Winkel Nebengleise ab, die durch Drehscheiben verbunden waren. Durch diese Art der Gleisanlage wurde das rechtwinklige Straßennetz bedingt, das eine große Bauausnutzung der Geländeflächen gewährleistete. Die BASF erweiterte ständig ihren Grundbesitz; sie besaß 1873 28 ha Land, das zu 19% bebaut war.⁵⁴

Besonders die synthetische Herstellung von Farbstoffen, z.B. des Alizarins, verlangte die ständige Neuerrichtung von Fabrikationsgebäuden. Wie die Abbildungen 8 und 9 zeigen, war das Werk durchsetzt von Kesselhäusern mit Schornsteinen, der damaligen Energiegewinnung entsprechend. Um 1890 begann die BASF unter dem Leiter des Baubetriebes, Architekt HAUEISEN, die Industriebauten zu normen. Dadurch wurde ein einheitliches Aussehen des Werkes erreicht und ein schnelleres und preisgünstigeres Bauen ermöglicht.⁵⁵

In den folgenden Jahren fanden zur Abrundung des Fabrikgeländes weitere Landkäufe in unmittelbarem Anschluß an das nördliche Werksgebiet statt. Benachbarte Fabriken wurden aufgekauft, z. B. Schlink & Co. und die chemische Fabrik Hofmann & Scholtensack. Einen Überblick über die erworbenen Flächen gibt Abbildung 10, die dazugehörige Tabelle 7 und Karte 3 vervollständigen das Bild.

Zu Beginn des 1. Weltkrieges umfaßte das Ludwigshafener Werk eine Fläche von 140 ha, wovon 38 ha = 27% mit Fabrikgebäuden bebaut waren.⁵⁶

54 Voigtländer-Tetzner, Geschichte, Bd 2, S. 12

55 BASF 4/1964, S. 202

56 BASF-Firmenarchiv

Tabelle 7: Grundbesitz der BASF von 1865 bis 1969 ⁵⁷
in Hektar

Jahr	Gesamt- grundbe- sitz der BASF	Werk Lud- wigshafen (Süd)	Werk Oppau (Nord)	Versuchs- anstalt Limbur- gerhof	übriger Grundbe- sitz (Pfalz u.a. Gebiete)
1865	13,53	13,53	---	---	---
1870	15,23	15,23	---	---	---
1875	31,88	31,88	---	---	---
1880	41,38	41,38	---	---	---
1885	58,87	58,87	---	---	---
1890	68,75	68,75	---	---	---
1895	85,39	82,90	---	---	2,49
1900	185,84	110,91	---	72,44	2,49
1905	204,97	111,81	16,92	72,46	3,78
1910	222,92	115,16	31,58	72,46	3,72
1915	311,83	145,51	88,27	72,46	5,59
1920	565,01	235,80	191,38	130,96	6,87
1925	590,11	258,96	192,34	131,57	7,24
1932	599,15	263,21	196,09	132,10	7,75
1940	721,76	279,72	214,70	155,66	71,68
1956	773,92	312,38	268,78	163,70	29,06
1969	1118,83	366,87	375,67	297,57	78,72

⁵⁷ Eigene Berechnungen nach Zusammenstellungen und Aktenaufzeichnungen des BASF-Firmenarchivs. Die Zahlen für die Jahre 1956 und 1969 stellte die BASF - Abt. Grundstückswesen zur Verfügung.

Die erste Grundstückserwerbung rheinabwärts außerhalb Ludwigshafens fand 1904 in der Gemarkung Oppau statt. Rund 16 ha Gelände wurden gekauft.⁵⁸ Es erstreckte sich vom Rheindamm landeinwärts in südwestlicher Richtung auf den Ort Oppau zu. Da alle vorhandenen Auffüllungsflächen im Werk Ludwigshafen - meist Straßen und Lagerplätze - verbraucht waren, benutzte man das neue Grundstück zur Ablagerung der im Werk anfallenden Schutt- und Schlackenmassen. Erst als an den Grenzen des Ludwigshafener Werkes jedes neue Grundstück Spekulant abgerungen werden mußte, sicherte sich die BASF Zukaufsrechte für das angrenzende Oppauer Gelände. Gegen den anfänglichen Widerstand der Oppauer Bürgerschaft, die bei weiteren Grundbesitzerwerbungen durch die BASF ihre Vorrechte schwinden sah, erweiterte das Werk seinen Grundbesitz bis 1912 auf 51 ha.⁵⁹ Durch einen Beschluß der Oppauer Gemeinde war der Besitz nur für Industriezwecke, nicht für den Wohnungsbau, zu verwenden.⁶⁰ Den damaligen Raumansprüchen genügte das Gelände; es besaß eine für die Bebauung günstige langgestreckte Form von gleicher Breite und war durch die Hauptgleisanlage auf dem Rheindamm mit dem Werk Ludwigshafen verbunden. Als 1912 die von Fritz HABER und Carl BOSCH entwickelte Ammoniaksynthese die technische Voraussetzung für die Herstellung synthetischer Stickstoffdüngemittel ergab, plante die BASF hier die Errichtung ihres Ammoniakwerkes. Das Ludwigshafener Werk bot für die neuen Fabrikationsanlagen nicht mehr genügend Raum, denn die neuartige Synthese verlangte auch eine neue

58 BASF-Firmenarchiv

59 BASF-Firmenarchiv

60 BASF 2/1953, S. 57

Planung. Waren bisher die einzelnen Produkte in voneinander unabhängigen Betrieben hergestellt worden, so verlangte die Ammoniaksynthese mehrere hintereinandergeschaltete und genau aufeinander abgestimmte Fabrikationsstufen, das mußte sich auch auf die Anordnung der Gebäude auswirken.⁶¹ Durch den sich in südwestlicher Richtung erstreckenden Grundbesitz (Abbildung 11) ergab sich für die Straßen- und Gleisanschlüsse ein Winkel von etwa 45 Grad zum Rheindamm. Nun verwertete man die im Laufe der Jahre gemachten Erfahrungen. Alle Hauptgleisanlagen waren nach der Längsrichtung des Geländes orientiert und führten ohne Drehscheiben an die Längsseiten der Gebäude und auf das Stammgleis. Je Straße verlegte man zwei Durchfahrt- und zwei Abstellgleise. Eine Straßenbreite von 20 m bot genügend Platz für Laderampen und Rohrleitungen. Parallel zum Rheindamm entstand ein Rangierbahnhof. Im Gegensatz zum stark verschachtelten und verkehrstechnisch unzweckmäßig ausgebauten Werk Ludwigshafen (Abb. 12 und Abb. 13) ist die großzügige Gestaltung in Oppau gut zu erkennen (Abb. 11 und 12). Das etwa 70 m breite Gelände zwischen Rheindamm und der Auffüllungsgrenze gegen den Rhein wurde von der Bebauung mit Fabrikationsbauten ausgenommen und solchen Anlagen vorbehalten, die möglichst dicht am Wasser liegen sollten, z.B. Pumpwerke, Hauptabwasserkanäle und Lagerplätze für Massengüter und -rohstoffe.

Für das 4,50 m unter der Rheindammkrone liegende Oppauer Gelände reichten die aus den Baugruppen anfallenden Erdmassen sowie der aus dem Ludwigshafener Werk kommende Fabrikschutt und -abfall als Auffüllungsmaterial bei weitem nicht aus. 1913 wurde deshalb mit der Firma Willersinn in Oppau ein Lieferungs-

⁶¹ BASF 4/1964, S. 203

vertrag für Ausbaggerungsmaterial abgeschlossen. Die ausgedehnten Gruben und Weiher in Friesenheim zeugen noch heute von den Mengen des im Laufe der Jahre benötigten Materials. ⁶²

Das Hauptbaugebiet für das Ammoniakwerk teilte man durch kurze, senkrecht zu den Längsstraßen verlaufende Querstraßen von ebenfalls 20 m Breite in rechteckige Abschnitte von 200 - 250 m Länge auf. ⁶³ Dadurch erhielt das Oppauer Werk einen fast schachbrettartigen Grundriß.

323. Beide Werksteile ab 1914

Die Grundstückserwerbungen dauerten in beiden Werken auch während des 1. Weltkrieges an. Bedeutend war der 1915 erfolgte Kauf der Fabrik Silbermann am Rhein, die an der Nordgrenze des Ludwigshafener Werkes lag und den Anschluß an den Rangierbahnhof verhinderte. Den rücksichtslosen Grundstücksspekulationen wurde 1916 durch Enteignungsverfahren ein Ende bereitet; dadurch erweiterte sich der Grundbesitz um 224 ha auf insgesamt 418 ha (1918). ⁶⁴ Weil die Bedeutung der BASF im 1. Weltkrieg in der Munitionsversorgung des deutschen und österreichischen Heeres lag, war sie feindlichen Luftangriffen ausgesetzt, die jedoch keinen nennenswerten Sachschaden anrichteten. In der Nachkriegszeit stand durch die o.a. Enteignungen während des Krieges genügend Bauland zur Verfügung. Zwischen beiden Werken entstand ein großer Werksbahnhof, während der Rangierbahnhof 1920 auf die Tarifstation Ludwigshafen-Anilinwerk umgestellt wurde. Karte 3 und die Abbildungen 14 und 15 zeigen die räumliche Ausdehnung und die Aufrisse der beiden Werke im Jahre 1924.

⁶² Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S.135

⁶³ Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S.124

⁶⁴ BASF-Firmenarchiv

Ein Grundbesitz von rund 460 ha war vorhanden, wovon 258 ha auf Ludwigshafen und 192 ha auf Oppau entfielen. ⁶⁵

Das Zusammenwachsen beider Werke verhinderte der Rottstückerweg, eine öffentliche Straße, die von Friesenheim zur Rheinfähre und damit auf die Friesenheimer Insel führte. Obwohl die Insel in Mannheimer Besitz übergegangen war - dadurch fiel die Wiesennutzung durch die Friesenheimer Bauern fort und die Fähre wurde verkehrsunbedeutend -, entschloß sich die Ludwigshafener Stadtverwaltung nicht, die Straße aufzuheben. Noch 1920 wurde die BASF vertraglich verpflichtet, beim Bau einer Rheinbrücke im Zuge dieses Weges bestimmte Lasten zu tragen. ⁶⁶

Die Jahre 1925 - 1932 brachten Beschränkungen, die eine Folge des herrschenden wirtschaftlichen Tiefstandes und der Neuordnung durch den Zusammenschluß verschiedener Werke zur I.G. Farbenindustrie AG (1925) waren. Zusammenlegungen und Stilllegungen innerhalb der dazugehörigen Werke bildeten keine Seltenheit. Abbruchkolonnen nahmen "Notstandsarbeiten" besonders im Werk Ludwigshafen auf. Sie schufen durch ihre Aufräumarbeiten größere, vor allem breitere Bauplätze, die später eine zwangslosere Vereinigung zusammengehöriger, im Verbund arbeitender Werksteile zuließen.

Die Möglichkeiten, Gelände für das Oppauer Werk zu erwerben, waren günstig; Erweiterungen konnten nach SW und NO erfolgen. Für das Ludwigshafener Werk ergab sich nur die Nordrichtung. Wohnviertel engten es im Süden und Westen ein, im Osten bildete der Rhein die Grenze (siehe Karte 3). Außerdem hatte eine Erweiterung nur Zweck, wenn der Rottstückerweg als öffentliche Straße

65 BASF-Firmenarchiv

66 BASF-Firmenarchiv

fiel. Erst 1936 erfolgte nach umständlichen Verhandlungen mit der Ludwigshafener Stadtverwaltung eine teilweise Auflassung der Straße.⁶⁷ Viele Teilerweiterungspläne konnten nun von einer für beide Werke möglichen Großplanung abgelöst werden.

Ein weiteres großes Problem bot der Rhein als Ostgrenze. Obwohl die nach und nach erfolgten Stromregulierungen die Hochwasserverhältnisse gebessert hatten, erreichte die BASF nur an wenigen Stellen den Fluß direkt. Ein etwa 100 m breiter Uferstreifen, das Rheinvorland, mußte von jeder Bebauung freigehalten werden. Selbst die Kohlenlager durften erst hinter der sog. Auffüllungsgrenze liegen. Das verlangten die damaligen Wasserämter. Mit den bayerischen Behörden - das Ufer war damals bayerischer Staatsbesitz - konnte nach langen Verhandlungen die Aufhebung der Auffüllungsgrenze ausgehandelt werden. Das gepachtete Rheinufer wurde mit Lagerhäusern und Kaianlagen versehen, denn von 1932 bis 1939 war der Güterverkehr mit Schiffen von 783.000 t auf 2.747.000 t angewachsen.⁶⁸

Im Jahre 1939 stand soviel zusammenhängender Grundbesitz zur Verfügung, daß die Entwicklung des Werkes in dieser Hinsicht nicht gehemmt war. Die stetige Aufwärtsentwicklung der I.G. Farbenindustriewerke Ludwigshafen und Oppau verursachte auf anderen Gebieten Schwierigkeiten. Eine unbegrenzte Bereitstellung der erforderlichen Energiemengen erwies sich als nicht möglich. Schifffahrt, Eisenbahn und Fernlastverkehr verfügten ebenfalls nur über begrenzte Kapazitäten. Die zentrale Berliner Genehmigungsstelle stimmte ab 1936 nur zögernd den Ausbauwünschen in beiden Werken zu. Die Lage Ludwigshafens erwies sich strategisch als ungünstig. Für die Bauabteilung ergaben sich neue

67 BASF-Firmenarchiv

68 Aus einem Vortrag von Dr. C. Santo, Leiter der BASF - Abt. Bauwesen

Aufgaben. Mit der von der Reichsregierung geforderten Verwirklichung einer autarken Wirtschaft war vom I.G. Farbenkonzern der Aufbau zahlreicher neuer Produktionsstätten gefordert worden. Vom Grunderwerb bis zur Fertigstellung leitete die Bauabteilung die Arbeiten für die Bunawerke in Hüls und Schkopau, das Stickstoffwerk in Linz und das Hydrierwerk in Pölitz.⁶⁹ Dabei kamen die jahrzehntelangen BASF-Erfahrungen im Bau chemischer Werke zum Tragen; sie hatten einen wesentlichen Einfluß auf die technische und architektonische Gestaltung dieser Neugründungen.

324. Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Limburgerhof

Die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Limburgerhof liegt im Landkreis Ludwigshafen in der Vorderpfalz etwa 15 km südlich der Kreisstadt (siehe Abb. 16 und 17). Sie wurde auf einem rund 25 ha großen Gelände 1914 von Carl BOSCH gegründet.⁷⁰ Das Gelände dafür entnahm die BASF dem 72,44 ha großen Besitz, den sie bereits 1899 für die Errichtung ihrer 2. Wohnkolonie erworben hatte (siehe Kapitel 4/433). Auf dem bis 1914 noch nicht bebauten Terrain entstand nach Boschs Anweisungen eine Untersuchungsstätte, die das Wissen über die Wirkung von künstlichen Düngemitteln auf das Pflanzenwachstum und die Ernteerträge prüfen und erweitern sollte.

Schon 1840 wies Justus von Liebig in seiner Ernährungslehre der Pflanzen nach, daß die Elemente Stickstoff, Phosphor und Kalium Kernnährstoffe für Pflanzen sind und daß durch Düngen mit deren Salzen das Wachstum kräftig gesteigert wird. Die natürlichen und

⁶⁹ BASF - TA/Bauwesen

⁷⁰ BASF-Firmenarchiv

vorwiegend in Südamerika lagernden Reserven an chemisch gebundenem Stickstoff konnten durch die Entwicklung der Ammoniak-Hochdrucksynthese nach Haber-Bosch ergänzt werden. Es gelang, den reaktionsträgen Stickstoff der Atmosphäre mit Wasserstoff zu Ammoniak zu vereinen, der dann für die Herstellung von Stickstoffdüngemitteln geeignet war. Großtechnisch lief dieser Prozeß 1913 im Stickstoffwerk Oppau an. Die Gründung der Versuchsanstalt Limburgerhof war die unmittelbare Folge der Haber-Bosch-Synthese. Die Versuchsanstalt, die sich in der 100 m über NN liegenden Oberrheinischen Tiefebene befindet - im Osten durch die Höhen des Odenwaldes und im Westen durch die des Haardtgebirges geschützt -, ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Fabrik und der Landwirtschaft. Ein früh einsetzendes trockenes Frühjahr, ein warmer, nicht sehr niederschlagsreicher Sommer, ein langandauernder sonniger Herbst und ein milder Winter bilden gute Voraussetzungen, um auf durchlässigen Sandböden mit schwachem Humusgehalt alle Pflanzendüngungsversuche durchzuführen. Mit einem graduerten Chemiker, vier Hilfsarbeitskräften, einer Vegetationshalle, einem kleinen Labor und einer Feldversuchsfläche von 2 ha begannen die Arbeiten. ⁷¹

1917 konnte in unmittelbarer Nachbarschaftslage der Versuchsanstalt das Gut Limburgerhof in die BASF-Bewirtschaftung übernommen werden. Für die Versuchsanstalt bildete der Gutsbetrieb bald eine unter gleichen natürlichen Verhältnissen wirtschaftende, unentbehrliche Ergänzung. Bis Ende des 2. Weltkrieges beschäftigte man sich vorwiegend mit der klassischen Agrikulturchemie. Die in den dreißiger Jahren begonnenen Wuchsstoff-Forschungen wurden von der BASF aufgegriffen. Entwicklungen von Pflanzenschutzmitteln und Wachstumsregulatoren bestimmen die heutigen Arbeits-

ten. Jährlich werden 6.000 - 8.000 chemische Substanzen, die in den verschiedenen BASF-Laboratorien gewonnen werden, Untersuchungen unterzogen und auf etwaige unkraut-, insekten- oder pilzvernichtende Wirkung geprüft. Es dauert durchschnittlich 6 bis 7 Jahre, bis ein neues Verkaufsprodukt entstanden ist.⁷²

Die ungefähr 330 Mitarbeiter, davon etwa 30 Chemiker, Biologen, Landwirte und Gärtner, verfügen heute über 35 ha Gelände und den Gutsbetrieb mit 400 ha Nutzfläche, von denen über die Hälfte künstlich beregnet werden kann.⁷³ Durch 12 landwirtschaftliche Beratungsstellen, die über das gesamte Bundesgebiet verteilt sind, stehen die BASF und die weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte Versuchs- und Forschungsanstalt mit der landwirtschaftlichen Praxis in engster Zusammenarbeit.

33. Entwicklung von 1939 bis 1969

Die bei Kriegsbeginn für die BASF bestehende Gefahr einer Stilllegung wegen der strategisch ungünstigen Lage wurde durch den Frankreich-Feldzug 1940 behoben. Ein unerwarteter Ausbau der Werksanlagen begann, der jedoch 1945 in einem Trümmermeer endete. Nach einem mühsamen Wiederaufbau mit mannigfachen Rückschlägen erfolgte ab 1952 mit der Neugründung der BASF ihr Ausbau zu einem "multinationalen Unternehmen".⁷⁴

⁷² BASF 4/1966, S. 174

⁷³ Angabe Versuchsanstalt Limburgerhof

⁷⁴ Prof. Timm am 28.11.1967 (BASF 4/1967, S.E 17)

331. Kriegseinwirkungen

Während der ersten Kriegsjahre standen Bauten des Werkluftschutzes im Vordergrund. Er hatte die Aufgabe, alles Bestehende, besonders alle Apparate, zu erhalten und eventuelle Produktionsausfälle auf ein Minimum zu beschränken. Durch Splitterwände und Brandmauern sollte die Wirkung explodierender Bomben gemindert und die Feuerausbreitung eingedämmt werden. Der Vorteil dieser Anlagen zeigte sich auch bei einer Explosion am 29. Juli 1943. ⁷⁵

Wegen der bedeutenden Reserven wurden Geländekäufe nicht mehr getätigt, da jede neue Produktionsanlage beliebiger Größe gebaut werden konnte. Als sich durch die Besetzung Frankreichs die strategisch ehemals ungünstige Lage im Herbst 1940 ins Gegenteil gekehrt hatte, entstanden bis zum Herbst 1943 in fast ungestörter Bautätigkeit große Produktionskomplexe, z.B. die Styrolfabrik, das Kraftwerk Süd und eine neue Karbidfabrik.

Während der letzten Kriegsjahre war das Werk in zunehmendem Maße das Ziel schwerer Bombenangriffe. Bei 65 Luftangriffen wurden Zehntausende von Spreng-, Brand- und Minenbomben auf die Fabrikanlagen abgeworfen. Von 1470 Fabrikgebäuden waren 1945 33% völlig zerstört und 61% teilbeschädigt; nur 6% blieben unbeschädigt ⁷⁶ - es waren 2 von den 3 Kraftwerken, die Wasserwerke und die alte Leuchtgasfabrik. ⁷⁷ Zwei Drittel des Werkes bestanden aus einem wirren Trümmerhaufen mit über 400.000 Kubikmetern Schutt. Der Gesamtschaden betrug fast 400 Millionen Reichsmark. ⁷⁸

75 BASF-Firmenarchiv

76 BASF-Bericht über die Neugründung 1952-1953, S. 27

77 Prof..Dr. Ludewig (BASF 5/1951, S. 135)

78 BASF-Bericht über die Neugründung 1953-1953, S. 27

Ab März 1945 stand die BASF zuerst unter der Kontrolle der amerikanischen, ab Juli unter der der französischen Militärregierung. Durch die alliierte Ausnahmegesetzgebung wurde die I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft aufgelöst und damit die BASF wieder zu einem selbständigen und von den übrigen Unternehmensteilen losgelösten Wirtschaftskörper. Sie firmierte bis 1953 unter dem Namen "Badische Anilin- und Soda-Fabrik (I.G. Farbenindustrie AG in Auflösung)".⁷⁹ Die Umwandlung in ein de facto wieder selbständiges Unternehmen bedeutete, daß in kürzester Zeit viele Verwaltungszweige neu aufgebaut werden mußten, darunter fielen z.B. die gesamte Verkaufsabteilung, Teile des Rechnungswesens, die Einkaufs- und Exportabteilung. Nach den ersten Reparationsplänen der Alliierten waren die Werksanlagen für Reparationszwecke vorgesehen. Die Frage des Anlaufens der Produktion und der Zuteilung von Energie- und Rohstoffen stand immer wieder in Zusammenhang mit diesem Problem. Die Beschränkungen der finanziellen Mittel, der Mangel an Vorprodukten und Arbeitskräften, die aus anderen Besatzungszonen kamen, taten ein übriges. Der Wiederaufbau zerstörter Werksanlagen kam nur sehr schleppend in Gang. Bis in die ersten 50er Jahre hinein waren für alle Fabrikationen bei der Militärregierung immer wieder Produktionsgenehmigungen einzuholen. Der Besatzungsmacht lag anfangs nur daran, die sie interessierenden Produkte in gewünschter Menge zu erhalten, ohne daß sie die allgemeinen Wiederaufbauarbeiten förderte. Obwohl nach den Potsdamer Beschlüssen die Herstellung von Ammoniak für Deutschland verboten war, konnte die Düngemittelproduktion bald wieder aufgenommen werden, vor allem,

⁷⁹ Mauersberg, 1966, S. 486

weil die Militärregierung technische Stickstoffe, z.B. Harnstoff, benötigte. Außerdem war ihr an der Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung gelegen.

Die erste große Nachkriegshandlung der Werksleitung war die Umorganisation des Gesamtwerkes in Abteilungen. Zwar ließen sich die zu einer Abteilung gehörenden Bauten - besonders im südlichen Werksteil - nicht exakt in Baubezirke abgrenzen, dennoch versprach man sich davon weitgehende organisatorische Vorteile. 1947 wurde eine grundlegende Veränderung der Bautenbezeichnungen durchgeführt. Die Benennung der beiden Werke mit "Ludwigshafen" und "Oppau" fiel weg, stattdessen teilte man das Werk in 23 neue Planbezirke mit alphabetischer Buchstabenbezeichnung ein. Die Begrenzung bildeten jeweils die Längsstraßen. Durch die Querstraßen wurden sie in weitere Bezirke unterteilt, die die Nummern 1-99, 100-199, etc. trugen. Die übersichtliche und klare Einteilung des gesamten Werkes ließ den Eindruck von zwei nebeneinander bestehenden, - durch den Rottstückerweg ehemals getrennten - Anlagen verschwinden. Nach der Währungsreform im Juni 1948 erwartete man günstigere Voraussetzungen für den Fortgang des Wiederaufbaus, aber am 28. Juli 1948 machte eine große Explosion, durch die über 200 Menschen starben, 3.000 verletzt wurden und ein Sachschaden von 80 Millionen DM entstand, den Wiederaufbau zunichte. ⁸⁰ Auf Grund einer Anordnung der Militärregierung waren die Gebäude überhaupt nicht und die Einrichtungen nur bis zu 80 Prozent versichert; dadurch verschärften sich die wirtschaftlichen Folgen erheblich. ⁸¹ Unter dem Kennwort "Superpriorität Wiederaufbau Ludwigshafen" gestattete die Besatzungsmacht eine vorrangige Einstufung für Transportraum und

⁸⁰ BASF-Bericht über die Neugründung 1952-1953, S. 28

⁸¹ BASF-Bericht über die Neugründung 1952-1953, S. 28

Baumaterialien, so daß der Aufbau unmittelbar nach der Katastrophe anlaufen konnte und rasche Fortschritte machte. Von großer Bedeutung war in dieser schweren Zeit die Rückkehr des im I.G.-Prozeß freigesprochenen Direktors Dr. Wurster. Einen neuen Rückschlag brachten die ab November 1949 nach dem Petersberger-Abkommen durchgeführten Demontagen. Besonders im nördlichen Werksteil liegende Einrichtungen zur Herstellung von synthetischem Ammoniak und Methanol waren davon betroffen.⁸² Zwar brachte der 30. Juni 1950 das offizielle Ende der Demontagen, aber die Kontrolle durch alliierte Stellen blieb.⁸³ Die großzügige, auf lange Sicht ausgerichtete Planung wurde fortgesetzt. Sie hielt sich im Gegensatz zur ehemaligen Bebauung strikt an die Regelquerschnitte. Die alte bauliche Norm sollte nicht mehr hergestellt werden, vor allem, um eine einwandfreie Durchführung des immer größer werdenden werksinternen Verkehrs zu erreichen. Aus Sicherheitsgründen mußten die früher üblichen Verschachtelungen von Bauten gleicher Produktionen und die große Bebauungsdichte wegfallen. An ihre Stelle sollten gut durchlichtete, aufgelockert stehende Produktionsstätten treten. In zunehmendem Maße konnten in der BASF entwickelte und hergestellte Baustoffe verwendet werden.

333. Ausbau

Nach Aufhebung der alliierten Produktionsverbote und -beschränkungen war 1952 wieder soviel Fabrikraum geschaffen, daß das Produktionsvolumen den Vorkriegsstand von 1938 erreichte. Mit einem Grundkapital von 100.000, -- DM wurde die BASF am 30. Januar 1952 als rechtskräftige Gesellschaft neu gegründet.⁸⁴ Aber erst am 28. März 1953 durfte sie im Rahmen der I.G.

⁸² BASF-Bericht über die Neugründung 1952-1953, S. 28

⁸³ BASF-Firmenarchiv

⁸⁴ BASF-Bericht über die Neugründung 1952-1953, S. 3

Farbenindustrie AG - Entflechtungsmaßnahmen als eine der drei großen Nachfolgesellschaften (Hoechst/Frankfurt und Bayer/Leverkusen waren die beiden anderen) Vermögenswerte aus dem Gesamtvermögen der I.G. gegen Ausgabe von nominell 340 Millionen DM neue Aktien übernehmen. Die der BASF zugesprochenen Geldforderungen fielen mit Rücksicht auf die noch nicht vollständig überwundenen Kriegs-, und Demontage- und Explosionschäden höher aus als entsprechende Forderungen der beiden anderen Nachfolgesellschaften. Die Vermögensübertragung umfaßte:

1. die Werks- und Fabrikanlagen in Ludwigshafen und die Steedener Kalkwerke,
2. übernommene Beteiligungen und eine Forderung von 362,080,--DM gegen die Duisburger Kupferhütte;
3. eine Forderung gegen das I.G.-Restvermögen in einer Höhe bis zu 67,3 Millionen DM. ⁸⁵

Die Neugründung des Werkes fiel in eine Zeit, in der in vielen Ländern der Welt die chemische Industrie eine Periode starker Expansion durchmachte. Es wurde daher notwendig, ein umfassendes Ausbauprogramm der Ludwigshafener Werksanlagen zu erstellen. Die Planung griff zum erstenmal auf Gelände über, das sich noch nicht in BASF-Besitz befand. Es konnte jedoch in die Überlegungen der Technischen Abteilung Bauwesen miteinbezogen werden, da keine grundsätzlichen Verkaufsabsichten der Grundstückseigentümer vorlagen, sondern es sich mehr um bodenspekulative Überlegungen handelte. An der Peripherie des BASF-Geländes waren schon während des 2. Weltkrieges gegen viele Grundstückseigentümer Enteignungsverfahren beantragt worden, zur Enteignung war es jedoch nicht mehr gekommen. Die BASF versuchte nun in der Nachkriegszeit, die benötigten Flächen in normalem Kauf zu erwerben. Das traf besonders für

⁸⁵ BASF-Bericht über die Neugründung 1952-1953, S. 12

eine etwa 70 Hektar große Fläche zwischen Rottstückerweg im Süden, der Brunckstraße im Westen und der Anlage der BASF-Werksgärtnerei im Norden zu. Da es sich überwiegend um Gartenland mit Obstbäumen handelt, betrugen die Entschädigungen 10,--DM/qm für Grund und Boden und zusätzlich 5,--DM/qm für Obstbäume und sonstige Anlagen.⁸⁶ Außerdem wurde begonnen, Grundstücke in der Gemarkung Oppau bis zur Anschlußbahn zu erwerben (siehe Karte 3). 1956 stellte sich der Geländebesitz der BASF so dar, wie ihn Karte 3 zeigt.

In den folgenden Jahren konnten das sich noch nicht im Eigentum des Werkes befindliche Gelände des Hauptrhindammes von der Hemshofstraße bis zum Frankenthaler Kanal und Teile des Rheinvorlandes erworben werden. Diese Flächen waren bis dahin nur gemietet. Fortgesetzt wurden auch die Flächen in der Gemarkung Oppau angekauft, die sich im Raum bis zum Autobahnzubringer noch nicht in BASF-Besitz befanden.

Hohe Investitionen in die einzelnen Abteilungen des Ludwigshafener Werkes und der Tochtergesellschaften kennzeichnen den technischen Fortschritt der nächsten Jahre. Das Anlagevermögen der BASF AG konnte zwischen dem 1.12.1951 bis zum 31.12.1969 von 316,9 Millionen DM auf 4,65 Milliarden DM erhöht werden; das ist in 18 Jahren etwa das Fünfzehnfache.⁸⁷

Wie alle großen Unternehmen war die BASF in den folgenden Jahren daran interessiert, im Gesamtbereich der Chemie an "Umfang, Breite und Tiefe" zu gewinnen.⁸⁸ Größere Geländeerwerbungen erfolgten im Raum Ludwigshafen nicht mehr, dafür jedoch in anderen Gegenden,

⁸⁶ BASF-TA/Bauwesen: Baubehörden und Grundstücksbüro

⁸⁷ BASF-Geschäftsbericht 1969, S. 88

⁸⁸ Prof. Timm: BASF information 10/ 1968, S. 6

z. B. in der Gemeinde Willstätt im Landkreis Kehl, auf der Rheininsel Flotzgrün, südlich Speyer, in Antwerpen.

In Willstätt kaufte die BASF Grund und Boden, um den Fertigungsbetrieb für Magnettonbänder zu verlagern. Von 41 ha wurden rund 19 ha mit der Tonbandfabrik überbaut.⁸⁹ Die wichtigste Forderung der Tonbandherstellung, möglichst große Staubbefreiheit in allen Fabrikationsräumen, konnte in Ludwigshafen nur unter großem Kostenaufwand gewährleistet werden. Die Standortwahl der neuen Fabrik "auf der grünen Wiese an der Kinzig" ⁹⁰ wird von der BASF verschieden begründet: Gute Verkehrsverhältnisse erschliessen den Raum. Die Autobahn Frankfurt-Basel ist über einen ausgebauten Zubringer in wenigen Minuten erreichbar; das ist wichtig für die Rohstoffanlieferung. Eine ausreichende Wasserversorgung durch die Kinzig und die befriedigende Lösung des Abwasserproblems durch den Bau einer mechanischen und biologisch wirksamen Kläranlage, genügend freie Arbeitskräfte, die verhältnismäßig niedrigen Grundstückspreise und vor allem die fast staubfreie Luft des am Westrand des nördlichen Schwarzwaldes gelegenen Ortes waren ausschlaggebend.

Südlich Speyer erwarb die BASF Teile der Insel Flotzgrün, um den Forderungen der Abfallablagerung genügen zu können (siehe Abb. 20).

Auf einer Fläche von 453 ha, sie entspricht etwa zwei Dritteln der Werksanlagen in Ludwigshafen, baut die BASF zur Zeit ihre Tochtergesellschaft BASF Antwerpen N.V. auf. ⁹¹ Der neue Standort im Erweiterungs-

89 BASF-Grundstückswesen: 27.5.1964: 37,0600 ha
31.12.1969: 41,3430 ha

90 BASF-Firmenarchiv

91 BASF Juni/1968, S.13

gebiet des Hafens von Antwerpen ergab sich aus dem "Zwang zur rationelleren Fertigung, der Wahl größerer Anlageeinrichtungen und der teilweisen Umstellung der Rohstoffbasis".⁹² Viele Rohstoffe, z.B. Kalı, Phosphate, Erdöl und einige Folgeprodukte müssen aus außereuropäischen Ländern angeliefert werden, Das geschieht zum größten Teil mit Hochseeschiffen. In den Seehäfen wird umgeschlagen; mit Binnenschiffen oder Eisenbahnen erfolgt der Transport zu den Fabrikationsstätten. Große Mengen der Endprodukte werden zum Zweck des Exportes zu den Seehäfen zurückbefördert. Diesen Prozeß, der in Zeiten eines scharfen Wettbewerbs zusätzliche Kosten verursachte, beendete die BASF durch den Aufbau von Produktionsstätten für Teile ihrer Düngemittel- und Kunststoffproduktion in Antwerpen.

34. Die BASF morgen

"Die Schwerpunkte der in die Zukunft weisenden industriellen Betätigung liegen an den Küsten und im süddeutschen Raum".⁹³ Ein weiterer Ausbau der EWG erfordert, die Standorte der großen Industrien im Interesse der Erhaltung der Leistungsfähigkeit für die gesamte deutsche Wirtschaft zu überdenken.⁹⁴ Ob sich daraus Folgerungen für die Grundstückspolitik der BASF in Ludwigshafen ergeben, ist nicht ersichtlich und keineswegs sicher.

34.1. Ausdehnungsmöglichkeiten

Die Ausdehnungsmöglichkeiten der BASF in Ludwigshafen sind begrenzt. Da das Werk an drei Seiten entweder

⁹² BASF Juni/1968, S. 13

⁹³ Prof. Timm am 28.11.1967 (BASF 4/1967, S. E 19)

⁹⁴ Nach Äußerungen von Vorstandsmitgliedern der BASF

durch Siedlungen oder den Rhein eingeengt ist, bleibt als einzige Möglichkeit eine Erweiterung nach Norden. Früher bildeten der Frankenthaler Kanal und der Kanaaldamm eine Grenze, die nur schwer überschritten werden konnte. Nachdem der Kanal durch das Großsiedlungsprojekt "Pfingstweide" aufgehoben wurde, endet die Planung zwangsläufig an der Autobahn Kaiserslautern-Mannheim-Frankfurt. Auf einem 30 ha großen Gelände zwischen Kanal und Autobahn errichtet die BASF demnächst ihre große Kläranlage, wobei im nordöstlichsten Zipfel dieses Geländes der Stadt- und Landkreis Ludwigshafen verlassen wird und man in die Gemarkung des Landkreises Frankenthal geht. Die Verlegung des Autobahnanschlusses aus dem Siedlungsgebiet "Pfingstweide" (Kapitel 4/451) nach Osten und die noch zu bauenden Zubringer schränken die Westausdehnung des Werkes ebenfalls stark ein. An ein Überschreiten dieser neuen Straßen wird vorläufig nicht gedacht (Karte 3).

Für ein Unternehmen von der Größe der BASF gibt es nur die Möglichkeit, größere, zusammenhängende Flächen zu erwerben, wie sie z. B. Stadt oder Bund zu vergeben hätten. Solche sind jedoch im Ausdehnungsbereich des Werkes nicht mehr vorhanden! Die starke Parzellierung und die Spekulationsabsichten der anliegenden Grundstücksbesitzer haben den Zukauf des Geländes zwischen Anschlußbahn und Autobahn für das Grundstücksbüro der BASF unmöglich gemacht. Da Enteignungsverfahren für Privatfirmen heute sehr umständlich und langwierig sind, versuchen vom Werk beauftragte Makler dieses Gelände zu Festpreisen zu erwerben. Ein Quadratmeterpreis von 25,--DM soll dabei nicht überschritten werden. Auf diese Weise hat sich die BASF rund 75% des Geländes zwischen Anschlußbahn und Kanal gesichert und weitere zwei Drittel zwischen Kanal und Autobahn (siehe Karte 3).

Über den Landbedarf der BASF in Ludwigshafen lassen sich nur schwer Angaben machen. Für die sehr stark wachstumsorientierte chemische Industrie ergeben sich immer Bedürfnisse, die bestehenden Anlagen zu erweitern und neue Produktionseinheiten zu schaffen. Die dynamische Chemie duldet keinen Stillstand; alte Gebäudeeinheiten werden abgerissen und durch neue, im Verbund arbeitende Arbeitsstätten ersetzt. Der Raum Ludwigshafen ist für die BASF besonders durch die Umstellung der Energieversorgung von Kohle auf Erdöl und Erdgas attraktiv. Auf dem bis jetzt der BASF gehörenden Gelände können keine Großanlagen entstehen, wohl aber Veredlungsbetriebe. ⁹⁵ Die BASF plant ihren Geländebedarf im Untersuchungsraum für etwa 8 Jahre im voraus. Bis 1975 soll es in der Gemarkung Oppau, d.h. im Gebiet bis zur Anschlußbahn, einige Veränderungen geben. Die Planung und der Bau der Kläranlage in der Gemarkung Edigheim leiten die Bebauung zwischen Anschlußbahn und Autobahn ein, die etwa 1985 abgeschlossen sein wird. ⁹⁶

Für neue petrochemische Anlagen wird als möglicher Standort Industriegelände auf der Friesenheimer Insel - auf der anderen Rheinseite, dem Werk gegenüber - in Erwägung gezogen. Die kurze Distanz zum Werk und die unmittelbare Nachbarschaft zu der hier ansässigen Erdölraffinerie Mannheim GmbH, an der die zur BASF-Gruppe gehörende Wintershall AG zu 60% beteiligt ist, ergibt gute Standortvoraussetzungen. Die BASF will von den Städten Ludwigshafen und Mannheim etwa 100 ha Gelände kaufen und mit dem Bau neuer Fabrikanlagen 1970 beginnen. Im Endausbau ist in dem neuen Fabrikationskomplex

95 BASF-Firmenarchiv

96 BASF-Grundstücksbüro

mit 1.500 bis 2.000 Beschäftigten zu rechnen. Ein begehbarer Düker unter der Rheinsohle soll später die Verbindung mit dem Werk herstellen. Auch eine eigene Rheinbrücke zum neuen Gelände ist im Gespräch. 97

35. Müllbeseitigung bei der BASF

Das Problem der Abfallbeseitigung hat für die chemische Industrie entscheidende Bedeutung. Es gibt nur wenige chemische Produktionsverfahren, bei denen die Ausgangsmaterialien vollständig zur Herstellung eines oder mehrerer Produkte verbraucht werden. Bei den meisten chemischen Prozessen entstehen neben den gewünschten Enderzeugnissen große Mengen weiterer Produkte, die, wenn sie nicht wieder aufbereitet werden können, als Abfall ausgeschieden werden. Vielfach handelt es sich dabei um Abfälle, die sich mit der Zeit nicht selbst abbauen, d.h., die nicht fäulnisfähig sind oder deren anorganisch lösliche Salze leicht ins Grundwasser gelangen können. Das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. Juli 1957 und das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) vom 18. Juli 1961, geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1964, gebieten, alle Abfall- oder Schmutzstoffe so zu beseitigen, daß Gefahren für die menschliche Gesundheit oder eine schädliche Verunreinigung des Grundwassers nicht entstehen.

Die große Produktionsstreuung der BASF bedingt auch einen differenzierten Abfall: Für seine Beseitigung kommen praktisch nur zwei Verfahren in Betracht: Verbrennung und Ablagerung. Eine Kompostierung ist bei

97 BASF information 6/1969, S. 2 und
BASF information 1/1970, S. 2

chemischem Müll durch seine stark schwankenden Zusammensetzungen meistens mit hohen Kosten verbunden und durch den hohen Anteil nicht fäulnisfähiger Stoffe mitunter gar nicht möglich.

Bis 1952 erfolgte die Beseitigung aller anfallenden Rückstände durch offene Verbrennung unter außergewöhnlich starker Rauchentwicklung und entsprechender Geruchsbildung auf dem Gebiet der ehemaligen Stöckerweiher innerhalb des Werksgeländes. Viele Beschwerden und die Einsicht der Werksleitung führten dazu, den Bau einer Müllverbrennungsanlage zu planen. Mit der Schweizer Firma Roll AG, Zürich begann die BASF in langwierigen Verbrennungsversuchen, Erfahrungen über die Konstruktion eines geeigneten Ofens zu sammeln. Bis zum Bau und zur Inbetriebnahme der Anlage wurde der Müll auf dem Werksgelände abgelagert und gewöhnlich nach einem Jahr wieder ausgebaggert, um halb verrottet im Maudacher Bruch auf die städtische Müllhalde gefahren zu werden. Als die Stadt die restliche Auffüllfläche für sich allein beanspruchte, blieb der BASF nur noch eine in der Nähe Bad Dürkheims gelegene Aufnahmestelle. Besonders Auflagen im Hinblick auf die Gefährdung des Grundwassers engten bald auch diese Möglichkeit ein.

351. Müllmengen und Müllzusammensetzung

Angaben über die Abfallmengen besitzt die BASF kontinuierlich erst seit Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage. Sie sind in Tabelle 8 zusammengefaßt. Von diesen Mengen sind etwa 5% zähflüssig-teigig, 15% flüssig und 80% fest.⁹⁸ Die BASF unterscheidet den Werksmüll vom eigentlichen (chemischen) Industriegemüll. Zum Werksmüll gehören Verpackungsmaterialien,

⁹⁸ Leib, 1966, S. 283

z. B. Holzfässer, Emballagen, Papiersäcke, außerdem Kehricht, Büro- und Kantinenabfälle sowie Überreste aus der Pflege von Grünanlagen. Zähflüssige, flüssige mitunter leicht flüchtige und feste Abfälle aus der Produktion machen den Industriemüll aus. Die festen Abfälle bestehen etwa zu 50% aus Kunststoffabfall in Form von Folien, Granulat, Platten und Bändern und zu etwa 10% aus Fehlchargen oder erschöpften Kontaktmassen aus der Fabrikation.⁹⁹ Weitere Abfälle sind Bau- und Abrißschutt (durchschnittlich 120.000 cbm/Jahr) sowie Aushubmaterial.¹⁰⁰ Sie werden entweder zur Höher-schüttung von Straßen verwendet oder in einer Deponie abgelagert, desgleichen etwa 500 t Absatzschlamm pro Jahr.¹⁰¹ Klärschlamm fällt nicht an, da die BASF zur Zeit noch über keine Kläranlage verfügt.

Tabelle 8: Abfallmengen der BASF 1960 bis 1969^{102, 103}

Jahr	Müllmengen in t
1960	200.000
1961	220.000
1962	230.000
1963	250.000
1964	260.000
1965	280.000
1966	290.000
1967	290.000
1968	353.000
1969	358.000

⁹⁹ Leib, 1966, S. 286

¹⁰⁰ BASF-Energie-Abt./Müllverbrennung (Herr Leib)

¹⁰¹ BASF-Energie-Abt./Müllverbrennung (Herr Leib)

¹⁰² BASF- Energie-Abt./Müllverbrennung (Herr Leib)

¹⁰³ Zahlen für 1968 und 1969 aus BASF information 3/1970, Werk Ludwigshafen, S. 14

An 330 Abfallstellen wird auf dem Werksgelände der Müll in Behältern oder Mulden gesammelt und mit Speziallastwagen regelmäßig zur Müllverbrennungsanlage N 800 gefahren, die seit 1960 in Betrieb ist. ¹⁰⁴ Für flüssige Abfälle steht ein Tanklager zur Verfügung, das mit Straßentankwagen oder durch transportable Druckbehälter von 3 und 5 cbm Inhalt beschickt wird. ¹⁰⁵

Die Abnahme des zur Verbrennung bestimmten Abfalls am Müllbunker erfolgt nur gegen einen Verbrennungsschein, der vom Sicherheitschemiker des Werkes gegengezeichnet ist. Er enthält alle notwendigen Angaben zur technischen Handhabung des betreffenden Mülls. Gibt der Lieferbetrieb die physikalischen und chemischen Daten nicht an, werden die Rückstände im Laboratorium der Müllverbrennung auf Entflammung, Brennverhalten, ätzende oder toxische Eigenschaften untersucht. Es werden ebenfalls betriebswichtige Daten, wie Heizwert, ph-Wert, Mischbarkeit mit anderen Abfällen und Aschegehalt ermittelt. Zusammen mit der Abteilung Sicherheitswesen wird dann festgelegt, wie diese Abfälle zu behandeln sind und welche Sicherheitsmaßnahmen (Atemmasken, Schutzkleidung) getragen werden müssen. ¹⁰⁶

Die heterogene Zusammensetzung des Mülls bedingt unterschiedliche Heizwerte. Während der Werksmüll etwa 1.500-2.000 kcal/kg liefert, haben Kunststoffabfälle und andere organische Rückstände Heizwerte von 6.000 bis 9.000 kcal/kg. ¹⁰⁷ Der Schlackenfluß dieser Abfälle stört einen gleichmäßigen Verbrennungsablauf und gefährdet die Ofenausmauerungen. Eine einwandfreie Verbrennung ist nur durch eine abgewogene Brennstoff-

¹⁰⁴ Frank, 1962, S. 804

¹⁰⁵ BASF-Energie-Abt./Müllverbrennung (Herr Leib)

¹⁰⁶ BASF-Energie-Abt./Müllverbrennung (Herr Leib)

¹⁰⁷ BASF-Firmenarchiv

aufgabe zu erreichen, die in etwa konstante Heizwerte garantiert. Deshalb verbrannte die BASF bis 1962 zeitweise bis zu 50% des Ludwigshafener Stadtmülls, der den eigenen Abfällen zugemischt wurde. Der Müllanfall des Werkes stieg jedoch schon 1963 derart an, daß man diese Arbeitsweise einstellte.

Die Beschickung der Müllverbrennungsanlage erfolgt mit Hilfe eines Greifers, der durch eine eingebaute, automatisch wirksame Waage eine abgewogene Brennstoffaufgabe ermöglicht. Aus einem 3m tiefen und 5.000 cbm fassenden Müllbunker versucht der Greiferführer den Müll durchmischt in die Öfen zu bringen. Die Müllverbrennungsanlage besteht aus einem Rostofen für den allgemeinen Müll und zwei Drehöfen für den Müll mit sehr hohen Heizwerten und die flüssigen Abfälle. Der Rostofen hat eine Tageskapazität von 200 Tonnen, durchschnittlich können jedoch der inhomogenen Zusammensetzung wegen nur etwa 100 Tonnen verbrannt werden; die der Drehöfen liegt bei je 25 Tagestonnen.¹⁰⁸ Die Müllverbrennungsanlage ist ein 24-Stunden-Betrieb; sie arbeitet durchgehend in drei Schichten.

Da die Menge des Müllanfalls und seine Zusammensetzung stark wechseln, sind auch die entstehenden Kosten unterschiedlich. Eine Tonne Müll brennt durchschnittlich eine Stunde, wobei die Verbrennungstemperaturen zwischen 800 - 1.100 Grad Celsius liegen. 50,-- bis 70,--DM müssen für eine Tonne investiert werden (1968), etwa 45% des Aufwandes werden durch die Verwertung der anfallenden Energie, vor allem des Dampfes, wieder erwirtschaftet. An Reparaturkosten veranschlagt die BASF etwa 28,-- bis 32,--DM/Tonne, so daß die ungedeckten Kosten zwischen 26,-- bis 35,--DM pro Tonne liegen. Die Müllverbrennungsanlage ist also ein Zuschußbetrieb.

¹⁰⁸ BASF-Energie-Abt./Müllverbrennung (Herr Leib)

Weitere Kosten entstehen durch die Überwachung der aus dem Kamin der Müllverbrennungsanlage kommenden Rauchgase. Außer den Abgasen, die auch aus Verbrennungsanlagen für normale Brennstoffe freigesetzt werden, z.B. Kohlendioxid, Stickstoff und Wasserdampf, entsteht bei der Verbrennung von Vorprodukten der PVC-Herstellung auch Chlorwasserstoff (Salzsäure). Hier tritt die Überwachung kontrollierend ein, so daß die Ausstöße höchstens die Hälfte des behördlich zugelassenen Betrages erreicht. Chlorierte Kohlenwasserstoffe werden nicht im Werk, sondern auf einem dazu eingerichteten Schiff auf hoher See verbrannt. Die dort entstehenden Chlorwasserstoffabgase schlagen sich ohne Schaden für Mensch, Tier und Pflanze auf dem Wasser nieder. ¹⁰⁹ Außerdem entstehen Kosten durch den Transport anderer Abfälle sowie der Aschen und Schlacken zu den Ablagerungsstätten.

353. Ablagerungsstätten

Nur 15 - 20% der jährlich anfallenden Gesamtmüllmenge werden verbrannt, etwa 80 - 90 Volumenprozent verbleiben zur Ablagerung. ¹¹⁰ Die BASF hatte bis zum Frühjahr 1966 nur die Möglichkeit, die Kies- und Sandgruben am Feuerberg zwischen den Gemeinden Birkenheide und Bad Dürkheim aufzufüllen (Abb. 19). Direkt an der Bundesstraße 37 westlich von Ludwigshafen gelegen, genügte die Kapazität den steigenden Anforderungen nicht mehr. Für neue Auffüllungsflächen wurden sehr hohe Kaufpreise gefordert, so daß die BASF in anderen Gegenden geeignetes Gelände für eine geordnete und kontrollierte Mülldeponie suchte. Nach mehrjährigen, oft vergeblichen Bemühungen erwarb die

¹⁰⁹ BASF-Energie-Abt./Müllverbrennung (Herr Leib)

¹¹⁰ BASF-Nachrichten 9/1967, S. 10

Werksleitung in der Gemarkung Mechtersheim. südlich der Stadt Speyer im sog. Berghäuser Altrhein-Gebiet, einen Teil der 320 Hektar großen Insel Flotzgrün (Abb. 20). Auf 84 Hektar Land, die rund 5 Millionen DM kosteten, lagert die BASF nun den Hauptteil ihrer Abfälle ab. 111

Die Müllanfuhr erfolgt von Ludwigshafen auf dem 35 km langen Wasserweg mit Schubschiffen. Die BASF wählte den Wasserweg aus Gründen der Kostenersparnis. Die Ein- und Ausfahrt zur Umschlagstelle mußte ausgebaggert werden, eine kleine Insel wurde verlegt. Der angelandete Müll (Tagesleistung der Umschlagstelle 1.800 Tonnen) wird mit Großraumlastwagen an die entsprechenden Einbaustellen gefahren. Den Transport und die Deponierung hat die Ludwigshafener Firma Grieshaber übernommen. 112

Damit keine löslichen Salze aus den Schlacken und Aschen der Müllverbrennungsanlage oder andere Verunreinigungen aus den Abfällen in das Grundwasser gelangen, erfolgt eine Abdichtung des Untergrundes mit einer 30 cm starken Tonschicht oder durch eine Bodenvermörtelung mit Karbidkalk. Die Abfälle werden in Schichten von etwa 1m Stärke lagenweise mit Planier-
raupen und Rüttelmaschinen verdichtet, um Gasbildungen in Hohlräumen und damit Brände oder die Nachrottung durch Luftzufuhr zu verhindern. Zusätzlich wird alle 3 m eine 30 cm starke Schicht aus lehmigen Sanden aufgebracht, so daß jeweils eine durchlässige mit einer undurchlässigen Schicht abwechselt. 113

Im Laufe der Zeit soll hier ein 35 Meter hoher Hügel

111 BASF-Nachrichten 9/1967, S. 10 und BASF-Abt. Grundstückswesen

112 Stadt-Anzeiger Ludwigshafen am Rhein Nr. 29, 1967, S. 5

113 BASF-Abt. Sicherheitswesen (Dr. Häberle)

von 1,4 Kilometer Länge und 600 Meter Breite aufgeschüttet werden.¹¹⁴ Mit der Eingliederung dieser Riesenhalde in die Landschaft ist bereits begonnen worden. Als Sichtschutz und zur Anpassung an die natürlichen Verhältnisse bepflanzt das Werk die Ränder und sät an den Flanken Rasen an. Später wird der Hügelzug aufgeforstet.

Die Unkosten für den Transport einer Tonne Müll von Ludwigshafen bis nach Flotzgrün veranschlagt die BASF noch einmal mit 12,--DM (1969); damit steigen die Gesamtkosten erheblich.¹¹⁵ Sie sind aber eine hygienische Notwendigkeit und müssen zur Lösung des Müllproblems aufgebracht werden.

354. Landbedarf

Zur ordnungsgemässen Ablagerung ihrer Abfälle benötigt die BASF in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Flächen. Auf Flotzgrün können etwa 24 Millionen Tonnen Müll untergebracht werden. Nach den heutigen Berechnungen reicht das angekaufte Gelände bei durchschnittlich 400.000 Jahrestonnen Müll für die kommenden 60 Jahre. Auch die Deponie am Feuerberg wird der BASF in Zukunft erhalten bleiben, da die guten Sand- und Kiesvorräte noch lange nicht erschöpft sind und in der Nähe eines Ballungsraumes immer benötigt und abgebaut werden. Außerdem hält sich das Werk etwa 100.000 Kubikmeter zur Auffüllung am Feuerberg in Reserve, da bei Eisgang und starkem Hochwasser die Insel Flotzgrün nicht beschickt werden kann.

¹¹⁴ BASF-Nachrichten 9/1967, S. 11

¹¹⁵ BASF-Nachrichten 9/1967, S. 11. Nach Angaben der BASF-Sicherheitsabteilung (Dr. Häberle) hatte sich dieser Preis bis Ende 1969 nicht geändert.

4. GELÄNDEANSPRÜCHE DER BADISCHEN ANILIN- UND SODA-FABRIK FÜR DEN WOHNUNGSBAU

Wohnung ist neben Kleidung und Nahrung eines der drei Existenzbedürfnisse des menschlichen Lebens. Ebenso wie eine ausreichende Arbeitsleistung auf die Dauer nur erzielt werden kann, wenn genügend Nahrung und ausreichend Kleidung vorhanden sind, kann sie auch nur erwartet werden, wenn eine menschenwürdige Unterbringung der Arbeitskräfte in guten Wohnungen gewährleistet ist. Damit gehört die Wohnungswirtschaft zu einem wichtigen Teilgebiet des Wirtschaftsganzen, denn ohne befriedigendes Arbeitsprodukt ist ein echter sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt nicht möglich. Die Lösung der Wohnungsfrage wenigstens für Teile der Belegschaft eines großen Werkes gehört deshalb zu dessen wichtigsten Aufgaben. Eine zuverlässige Stammarbeiterschaft kann ohne genügenden und zweckmäßigen Wohnraum weder geschaffen noch erhalten werden.

Kurz nach ihrer Gründung hat daher auch die BASF mit der Errichtung von Werkswohnungen begonnen. Später übernahmen eine Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GEWOGE) und eine Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft (GESIEGE), in den Jahren 1926 bzw. 1933 gegründet, die Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit Wohnungen. Um die Verwaltung zu vereinfachen, wurde im Jahre 1940 die GESIEGE mit der GEWOGE verschmolzen. Am 23. November 1967 hat die BASF gemeinsam mit der Pensionskasse der Angestellten der BASF die "LUWOGE Wohnungsunternehmen GmbH" mit einem Stammkapital von 20.000 DM gegründet; sie ist eine reine Tochtergesellschaft der GEWOGE.¹¹⁶ Der Schwerpunkt der LUWOGE wird künftig beim Mietwohnungsbau liegen; die GEWOGE wird den Bau und

¹¹⁶ BASF information 2/1968, S.A

die Betreuung der Eigenheime und Eigentumswohnungen übernehmen.

41. Betriebliche Wohnungsfürsorge

"Unter betrieblicher Wohnungsfürsorge sind alle Maßnahmen eines Arbeitgebers zu verstehen, durch die er seinen Arbeitern und Angestellten zu einer preiswerten Wohnung verhilft".¹¹⁷ Dabei kann es sich um Werkswohnungen, um Miethäuser, um Kleinsiedlungen oder Eigenheime handeln.

Dieser gebräuchliche Begriff scheint mir zu eng gefaßt, denn in der Regel ist es nicht der Betrieb als solcher, sondern das Unternehmen oder die Unternehmung, die für den Wohnungsbau und die mit ihm zusammenhängenden Fragen verantwortlich ist. In größerem Ausmaß können sich am Wohnungsbau im oben definierten Sinne nur kapitalkräftige Unternehmen beteiligen. Generell sind es die modernen Großindustrien, die durch ihren Bedarf an Arbeitskräften und die sich daraus ergebenden Probleme gezwungen sind, einen werkseigenen oder bzw. und einen vom Werk geförderten Wohnungsbau zu betreiben und damit gleichzeitig Einfluß auf das Wirtschafts- und Sozialleben gewinnen. Die Ursprünge der betrieblichen Wohnungsfürsorge sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu suchen, als man unter dem Einfluß sozialpolitischer Ideen zu einer individuellen Wertung des arbeitenden Menschen kam und Deutschland mit fortschreitender Industrialisierung in die Weltwirtschaft integriert wurde.

Die Beschaffung von Wohnraum für Betriebsangehörige war überall da notwendig, wo eine stetig wachsende

117 Wandersleb, 1959, Bd 3, Stichwort:Wohnungsfürsorge, betriebliche

Industrie den Bedarf an Arbeitskräften aus den örtlich vorhandenen Menschen nicht mehr decken konnte. Wo sich die Industrie fernab von Städten oder in menschenarmen Gegenden ansiedelte, galt es nicht nur Wohnraum zu schaffen, sondern auch die dazugehörigen Nebeneinrichtungen, wie Schulen, Einkaufszentren, Sportplätze, Erholungsflächen etc. Besonders für spezialisierte Industriezweige, somit auch für die chemische Industrie, gilt es, einen festen und verlässlichen Stamm von Arbeitern an das einzelne Unternehmen zu binden. Schlechte oder gar fehlende Wohnungen, dazu hohe Mieten bedingen eine starke Fluktuation der Arbeitskräfte. Zu lange Anfahrtswege von der Wohnung zur Arbeitsstätte wirken sich ebenfalls ungünstig aus. Durch vorzeitige Ermüdung kommt es zu erhöhter Unfallgefahr und allgemeiner Leistungsminderung des Arbeitnehmers. Qualität und Quantität der Produktion werden beeinträchtigt und die Betriebskosten erhöht.

Aus den wenigen oben angeführten Punkten ist zu ersehen, wie wichtig geregelte und gute Wohnverhältnisse sowohl für den Arbeitnehmer wie für den Arbeitgeber sind. Im Laufe ihrer industriellen Entwicklung vom Anilinherstellungsbetrieb bis zum chemischen Weltunternehmen mußte sich auch die BASF zunehmend der Wohnungsfürsorge für ihre Betriebsangehörigen annehmen.

411. Werkswohnungsbau

Im werkseigenen Wohnungsbau (Werkswohnungsbau) und im werksgeförderten Wohnungsbau treten die Unternehmen als Bauherren auf.

Beim Werkswohnungsbau erhebt der Arbeitgeber den Fremdbedarf zum Eigenbedarf in der Gesamtheit seiner Planung, Durchführung und Verwaltung. Die Zugehörigkeit der Arbeiter oder Angestellten zum Werk ist Voraussetzung zur Erlangung einer Werkswohnung. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses hat meistens auch

den Verlust der Wohnung zur Folge. In der Regel werden die Werkswohnungen zu sogenannten Wohlfahrtsmieten an Betriebsangehörige abgegeben. Die Mieten sollen eine soziale Leistung des Unternehmens darstellen. Erwerbs- und Spekulationsabsichten mit den Werkswohnungen liegen nicht in der Absicht der Bauherren. Da eine volle Kostendeckung weder beabsichtigt noch möglich ist, sind nur große, finanziell genügend fundierte Unternehmen in der Lage, einen Werkswohnungsbau zu betreiben.

412. Werksgeförderter Wohnungsbau

Der werksgeförderte Wohnungsbau wird durch freie oder gemeinnützige Wohnungsunternehmen betrieben, die durch Finanzierungsbeihilfen oder sonstige materielle Hilfen seitens des industriellen Unternehmens unterstützt werden, z. B. Darlehen, billige Baulandüberlassung, Bürgschaften, Erbbaurechte etc. Im Unterschied zum Werkswohnungsbau kann der Arbeitgeber auf die Belegung und Verwaltung der Wohnungen nur innerhalb gewisser Grenzen Einfluß nehmen, die in besonderen vertraglichen Abmachungen festgelegt werden müssen. Es gibt jedoch nicht die Möglichkeit, Arbeitsvertrag und Mietvertrag miteinander zu koppeln.

42. Heutige Bestände des werkseigenen und werksgeförderten Wohnungsbaus

Überblickend werden hier die Gesamtbauleistungen der BASF zu nennen sein, sowohl die im Werkswohnungsbau als auch im werksgeförderten Wohnungsbau der GEWOGE. Der Hauptteil der von der GEWOGE errichteten Wohnungen in Mietshäusern befindet sich in Ludwigshafen und der Gemeinde Limburgerhof.

Die BASF besaß Anfang 1969 insgesamt
1.780 Werkswohnungen;
davon lagen 1.458 in Ludwigshafen
und 283 in Limburgerhof,
der Rest verteilte sich auf 39 Orte in der Um-
gebung, z.B. Mannheim, Frankfurt und Heidelberg. ¹¹⁸

Die gesamte Bauleistung der GEWOGE betrug am 31. De-
zember 1969:

7.195 Wohnungen, dazu 1.477 Garagen und 9 Boxen,
1.588 Siedlerstellen und 1.082 Eigenheime. ¹¹⁹

Die Zusammensetzung des am 31. 12. 1969 verwalteten
Bestandes an Mietwohnungen, das sogenannte "Wohnge-
menge", stellte sich folgendermaßen dar:

Tabelle 9: Wohngemeinde der GEWOGE (31.12.1969) ¹²⁰

Wohnungen	Anzahl	Prozent
Appartements	21	0,3
1-Zimmer-Wohnungen	629	8,8
2-Zimmer-Wohnungen	2.993	41,6
3-Zimmer-Wohnungen	2.905	40,4
4-Zimmer-Wohnungen	519	7,2
5- und mehr Zimmer-Wohnungen	117	1,6
Behelfsheime	1	---
Insgesamt	7.195	100,0

Außerhalb des Untersuchungsraumes sind nur die
47 Eigenheime (1969) in den hessischen Orten Steeden
und Dehrn in der Nähe Limburgs zu nennen. ¹²¹

¹¹⁸ BASF - Schriftliche Mitteilung vom 17.1.1969

¹¹⁹ Mitteilung der GEWOGE (Herr Massar)

¹²⁰ Mitteilung der GEWOGE (Herr Massar)

¹²¹ Mitteilung der GEWOGE (Herr Lindemann)

Die GEWOGE hat außerdem in folgenden Städten Wohnungen für ihre Mitarbeiter errichtet:

80 in Mannheim,

16 in Tübingen,

25 in Bonn-Bad Godesberg und

71 in Willstätt, der neuen Magnetophonbandherstellungsstätte im Landkreis Kehl. ¹²²

421. Bestände im Stadt- und Landkreis Ludwigshafen

Tabelle 10: Eigenheime und Siedlerstellen (Verkaufsgrundstücke) der GEWOGE in Ludwigshafen (Stadtkreis) - 1968 ¹²³

	Eigenheime	Siedlerstellen
Ludwigshafen	24	--
-Edigheim	198	4
-Friesenheim	124	--
-Gartenstadt	166	--
-Oppau	22	100
-Oggersheim	12	86
Stadtkreis Ludwigs- hafen insgesamt	546	190

¹²² Mitteilung der GEWOGE (1969)

¹²³ Eigene Zusammenstellung nach GEWOGE-Baugruppenverzeichnis (1968)

Tabelle 11: Eigenheime und Siedlerstellen (Verkaufs-
grundstücke) der GEWOGE im Landkreis
Ludwigshafen (1968) ¹²⁴

	Eigenheime	Siedlerstellen
Alsheim-Gronau	--	--
Altrip	--	29
Assenheim	--	4
Böhl	21	20
Dannstadt	--	13
Fußgönheim	51	221
Hochdorf	--	15
Iggelheim	--	25
Limburgerhof	111	90
Mutterstadt	--	54
Neuhofen	14	19
Ruchheim	2	--
Schauernheim	--	9
Landkreis Ludwigs- hafen insgesamt	199	499

422. Bestände im übrigen Untersuchungsraum

Tabelle 12: Eigenheime und Siedlerstellen (Verkaufs-
grundstücke) der GEWOGE in den Stadt- und
Landkreisen der Vorderpfalz (ohne Stadt-
und Landkreis Ludwigshafen) - 1968 ¹²⁵

	Eigenheime	Siedlerstellen
Bad Dürkheim	10	17
Beindersheim	--	2

¹²⁴ Eigene Zusammenstellung nach GEWOGE-Baugruppenver-
zeichnis

¹²⁵ Eigene Zusammenstellung nach GEWOGE-Baugruppenver-
zeichnis

Tabelle 12: Fortsetzung

	Eigenheime	Siedlerstellen
Berghausen	--	10
Bobenheim	--	13
Deidesheim	--	11
Dudenhöfen	--	7
Eppstein	--	5
Erpolzheim	--	--
Flosmersheim	--	12
Frankenthal	186	173
Freinsheim	--	33
Germersheim	--	8
Hambach	12	8
Hanhofen	--	--
Harthausen	--	9
Haßloch	--	81
Heiligenstein	--	4
Heßheim	--	9
Hoerdt	--	3
Kirchheim	--	--
Lambsheim	--	58
Lingenfeld	--	8
Maudach	--	16
Maxdorf	--	12
Mechtersheim	--	6
Meckenheim	6	14
Mörsch	--	17
Neustadt	--	10
Niedertiefenbach	2	--
Oberlustadt	--	2
Otterstadt	--	10
Rheinau	--	154
Roxheim	--	23
Rödersheim	--	--
Ruppertsberg	--	8
Speyer	--	14
Speyerdorf	--	--

Tabelle 12: Fortsetzung

	Eigenheime	Siedlerstelle
Schifferstadt	--	106
Waldsee	--	9
Westheim	--	--
Zeiskam	--	1
Insgesamt	216	873

43. Entwicklung der betrieblichen Wohnungsfürsorge von 1865 bis zum Beginn des 2. Weltkrieges

Es soll gezeigt werden, wie die BASF auf Grund ihrer stetig zunehmenden Belegschaftszahl von ihrer Gründung an bis zum Beginn des 2. Weltkrieges umfangreiche Wohnungsbau- und Siedlungsmaßnahmen durchführte, um der herrschenden Wohnungsnot zu begegnen.

431. Werkswohnungsbau in Ludwigshafen

Die BASF hat bereits in ihrem Konzessionsgesuch von 1865 die Errichtung von Arbeiterwohnungen verankert. Eine Industriearbeiterschaft in unserem heutigen Sinne gab es damals noch nicht. ENGELHORN als umsichtiger Unternehmer wollte die im Winter in genügender Menge zur Verfügung stehenden ungelernten Arbeiter aus der Landwirtschaft auch in anderen Jahreszeiten an die Fabrik binden, indem er ihnen Wohnungen zur Verfügung stellte. Mit der Zeit sollte auf diesem Wege ein seßhafter, solider und verlässlicher Arbeiterstamm gebildet werden. Der Fabrikplan von 1866 zeigt am sogenannten Fabrikplatz vier Gebäude (Nr. 37-40), in denen Wohnungen und Schlafgelegen-

heiten eingerichtet waren (siehe Abb. 21). Als Ausstattungsstücke nennt die Feuerversicherungsdeklaration von 1869 u. a. Bettstellen, Spreusäcke, Schlafteppiche und Leinentücher.¹²⁶ Diese Einrichtungen wurden meistens von Unverheirateten benutzt. Die verheirateten Arbeiter nahmen damals bis zu zwei Stunden Landweg zu Fuß in Kauf, um zur Fabrik zu kommen.¹²⁷

Sie konnten zunächst noch ihren meist mit einer kleinen Landwirtschaft verbundenen Besitz behalten, der von den Ehefrauen weiter versehen wurde. Die laufende Vergrößerung des Werkes und der damit ständig wachsende Bedarf an neuen Arbeitskräften führte jedes Jahr zu einer stetigen Förderung und Erweiterung des Wohnungsbauprogramms. Es entstand eine Werkswohnungskolonie auf dem Gelände südwestlich der Friesenheimer Straße (heute Carl-Bosch-Straße). Wie auf dem Fabrikgelände herrschte hier ebenfalls strenge Ordnung. Es gab nur gerade Straßen, rechtwinklige, nach einer festgefügtten Rangordnung aufgeteilte Bauplätze. Karte 4 über den Werkswohnungsbau und der Stadtplan von Ludwigshafen (Karte 3) verdeutlichen das. Damals wurde nicht der platzsparende und billige Typ der Wohnkaserne gebaut, sondern eine flache, sachliche Bauweise gewählt, die eine ausgesprochene Kleinhaussiedlung entstehen ließ. Entlang der Anilin- und Rupprechtstraße (heute Leuschnerstraße), den damaligen Hauptverkehrsstraßen, entstand eine Front von 2-stöckigen Meisterwohnungen, dahinter lagen die 1-stöckigen, völlig gleichartig gebauten Arbeiterwohnungen. Jedes Haus war freistehend, enthielt vier voneinander vollständig getrennte Wohnungen mit eigenem Eingang und war rings von Gartenland umgeben. Vier dieser 4-Familieneinzelhäuser

126 BASF-Firmenarchiv

127 BASF-Firmenarchiv (Dr. Schuster)

wurden zu einem vertikalen Vierspänner zusammengefaßt. Damit erreichte man eine gewisse Flächenkonzentration. Die Gleichartigkeit in Größe und Anordnung der Häuser beschränkte die Kosten der Herstellung und Unterhaltung auf ein Mindestmaß. Eine abwechslungsreiche Gestaltung der einzelnen Häuser und damit der Kolonie ergab sich nur durch die individuell verschieden gehandhabte Gestaltung des Gartenlandes.

Die Arbeiterwohnungen bestanden aus 2 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche, 2 Kellerräumen und einer Gartenzugabe von von 110 - 200 qm. ¹²⁸ Die zentrale Stellung des Kamins sorgte für die Beheizung aller Räume. Die Wasserversorgung erfolgte durch 50 Ventilbrunnen, die über die gesamte Siedlung verteilt waren. Als Mietsatz für die Arbeiterwohnungen wurden 1,80 RM pro Woche, für die Aufseherwohnungen, die meistens eine Stube mehr hatten, 2,30 RM pro Woche festgesetzt. ¹²⁹ Mit dieser Miete lagen die Bewohner fast 2/3 unter dem Mietsatz der damaligen Ludwigshafener Wohnungen, die sich dazu teilweise noch in minderwertigen Ausstattungen befanden. ¹³⁰

Bis 1879 wurden die Häuser massiv errichtet und verputzt. Als die BASF auf einem benachbarten Grundstück eine Backsteinfabrik errichtete, die Ziegel für die Fabrikbauten herstellte, wurden bald auch die Siedlungshäuser mit Klinkern verblendet. Auf diese Weise wurde der zwischen der Friesenheimer Straße (heute Carl-Bosch-Straße) und der Rupprechtstraße (heute Leuschnerstraße) gelegene Teil der Kolonie Hemshof mit 384 Arbeiterwohnungen und 36 Aufseherwohnungen ausgebaut. (Abbildung 22 und Karte 4). ¹³¹

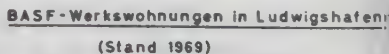
¹²⁸ BASF-Firmenarchiv

¹²⁹ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch...., S. 284

¹³⁰ Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen

¹³¹ Eigene Berechnung nach Unterlagen des BASF-Archivs

Next



- | | |
|---|---------------------------------|
|  | Arbeiterwohnungen (1866 - 1900) |
|  | Arbeiterwohnungen (nach 1900) |
|  | Arbeiter- und Beamtenwohnungen |
|  | Beamtenwohnungen |
| ----- | ehemalige Bebauung |
| ———— | Gelände in BASF-Besitz |
| ———— | BASF-Fabrikgelände |

Fh, Fp Peierabendhaus, Fabrikplatz

Quelle: BASF-Firmenarchiv, Lagepläne,
BASF-Technische Abteilung Bauwesen
Entwurf: Sigrun Hölzner

Der Bau von Beamtenwohnungen hat ebenfalls 1866 begonnen. Bis 1912 waren in der gleichen einfachen Art wie die Arbeiter- und Aufseherhäuser 87 Wohnungen für Verheiratete und 10 für Ledige erstellt worden.¹³² Sie befanden sich hauptsächlich jenseits der Anilinstraße (siehe Karte 4), wobei sich Größe, Ausstattung und Zubehör entsprechend der Stellung des Inhabers stufenweise vom VI. Gartenweg zur Hauser- und Wühlerstraße steigerten; siehe Abbildung 23. Den Abschluß bildet die 1891 fertiggestellte Villa des Direktors (Bruncksche Villa), vor den Toren der Fabrik, Ecke Carl-Müller/Carl-Bosch-Straße, gelegen.¹³³

Die streng sachliche Bauweise wurde ab 1911 durch eine stark vom Jugendstil geprägte ersetzt, wie die Gebäude zwischen Bergmann-, Liebig- und Leuschnerstraße zeigen.

Die Art und großemäßige Anordnung dieser Werkswohnungskolonie deuten auf den Typ der ländlichen Siedlung hin, zumal der ländliche Charakter noch durch die frühere Lage in freiem Gelände zum Ausdruck kam. Hier sollte eine vorwiegend ländliche Bevölkerung leben und sich allmählich zu einer echten Industriearbeiterschicht umbilden. In strenger Systematik liegt diese für die damalige Zeit außerordentliche Wohnungsbauleistung, schlicht "die Kolonie" genannt, zwischen der Bergmannstraße im Südwesten und der an das Fabrikgelände stoßenden Carl-Bosch-Straße im Nordosten. Als weitere große Verkehrsachse durchzieht die Leuschnerstraße die Siedlung. Die schnurgerade verlaufenden Querstraßen sind in ihrer heutigen Verkehrskapazität unbedeutend; mit ca. 5 m Breite sind sie echte Wohnstraßen. Die Bezeichnung "Gartenweg" deutet auf den Status von Erholungswegen

¹³² Eigene Berechnungen nach Unterlagen des BASF-Firmenarchivs

¹³³ Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S. 74

hin, die durch eine Mischung aus Park, Zier- und Nutzgarten führen. Zu der unregelmäßigen, teilweise verslumten Blockbauweise des angrenzenden Ludwigs-hafener Stadtteils Nord wirkt die Kolonie Hemshof sauber und ordentlich wie eine idyllische Insel der Ruhe gegen das angrenzende mit imposanten Gebäuden bestückte Fabrikgelände. Einen Eindruck der Gleichförmigkeit und Andersartigkeit der Kolonie gegenüber der Bebauung des Stadtteils Nord vermitteln die Abbildungen 24 und 25.

Als der Beschluß zur Errichtung des Werkes Oppau 1910 die Grundstückspreise in der Nähe der Fabrik weiter steigen ließ und ein erhöhter Bedarf an Werkswohnungen vorauszusehen war, sah sich die BASF gezwungen, das ihr noch zur Verfügung stehende Gelände in konzentrierter Form zu bebauen. 1911/12 entstanden zwischen Liebig- und Bürgerstraße weitere 56 Aufseher- und Arbeiterwohnungen in Form 4-teiliger Einzelhäuser; damit war der Abschluß der Kolonie Hemshof zum Stadtteil Nord geschaffen. ¹³⁴

Ab 1912 wurde mit dem bisherigen Muster des freistehenden 4-Familienhauses gebrochen und zur Errichtung von mehrstöckigen Häusern - der Blockbebauung - übergegangen. Freistehende 3-/4-stöckige Gebäude wurden um einen rechteckigen Hof gruppiert. Der Hinterhofcharakter konnte durch eine großzügige Ausstattung mit Grünanlagen gemildert werden. Die Hauseingänge legte man auf die Hofseite, wodurch die Bewohner gezwungen waren, diesen ständig zu begehen. Der Hof sollte "Stätte der Begegnung", des Spiels und des Gesprächs sein. Als Ausgleich für die fehlenden, selbst zu bebauenden Gartenflächen, versahen die Bauherren jede Wohnung mit einer Veranda, siehe Abb. 23.

¹³⁴ Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S. 84

An der Lenastraße entstanden 1912/13 154 Wohnungen nach diesen Grundsätzen, ¹³⁵ mehrstöckige Beamtenwohnblocks an der Rupprechtstraße kamen hinzu, ebenfalls das Feierabendhaus als Gesellschaftshaus für die Arbeiter. ¹³⁶ In schon vorhandenen Werkswohnungen wurde fließendes Wasser und Kanalisation gelegt, WC's traten an Stelle der Gartenaborte. Während des 1. Weltkrieges ruhte das Bauprogramm weitgehend, lediglich Notwohnbaracken wurden an der Bergmannstraße errichtet. Kurz vor Beendigung des Krieges konnte auf dem Gelände zwischen Gräbe- und Rupprechtstraße, südlich des Feierabendhauses, mit dem Bau des sogenannten Wisliceniusblocks (siehe Übersichtsabbildung 25) begonnen werden, der mit 135 großzügig angelegten Beamten- und Arbeiterwohnungen 1921/22 beendet wurde. ¹³⁷ Nach Beendigung des 1. Weltkrieges wurde besonders unter dem Einfluß der fortschreitenden Ausdehnung des Werkes Oppau die Nachfrage nach Beamtenwohnungen zusehens größer, da der Bedarf an akademisch gebildetem Personal und an Facharbeitern ständig stieg. Als schnelle und gründliche Abhilfe beschloß die BASF den Bau des sogenannten Aschantidorfes, anfangs auch Notkolonie Friesenheim genannt. Auf einem Gelände zwischen den heutigen Straßenzügen Carl-Bosch-, Rheinfeld-, Leopold- und Brunckstraße (früher: Friesenheimer-, Rheinfeld-, Leopold- und Brunckstraße) wurden insgesamt 83 Häuser mit 90 Wohnungen, gruppenweise zusammengefaßt, wobei die größeren Wohnungen erstmals überwogen:

69 Häuser mit je 69 Wohnungen je 4 Zimmer, Küche;
 7 Häuser mit je 7 Wohnungen je 5 Zimmer, Küche;
 5 Etagenhäuser mit je 2 Wohnungen je 4 Zimmer, Küche;
 1 Etagenhaus mit je 2 Wohnungen je 4 Zimmer, Küche;
 1 Etagenhaus mit je 2 Wohnungen je 5 Zimmer, Küche.

¹³⁵ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch...., S. 285

¹³⁶ Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S. 84

¹³⁷ Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S. 91

Zu den Wohnungen gehörten außer den Küchen WC's und Kammern, die unter "Zubehör" geführt wurden. ¹³⁸

Den Charakter dieses Komplexes, der eine geschlossene Siedlung mit eigenem kleinen Straßennetz bildet, vermitteln die Abbildungen 28 und 29.

Zur gleichen Zeit erfolgte mit 21 Beamtenwohnungen der Ausbau der Rupprecht-/Ecke Bremserstraße. Ein Junggesellenhaus entstand hinter dem Feierabendhaus. ¹³⁹

Die Errichtung von Werkswohnungen fand 1922 nach Bau der "Hohenzollernblöcke", zwei quadratischen Häusergevierten mit innenliegenden Höfen (168 Wohnungen) in der Hohenzollernstraße und einer gradlinigen Häuserfront mit 43 Wohnungen an der Fichtestraße ihren vorläufigen Abschluß (Abb. 30). ¹⁴⁰

Der reine Werkswohnungsbau erhielt nach Ende des 1. Weltkrieges keine öffentlichen Wohnbauförderungsmittel, deshalb gewann der werksgeförderte Wohnungsbau zunehmend an Bedeutung. ¹⁴¹ Bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges wurden in den vorhandenen Wohnungen Modernisierungen vorgenommen, Grünanlagen geschaffen und die Carl-Müller-Straße als Verbindung vom Werk zum Feierabendhaus ausgebaut. Darüberhinaus kaufte die BASF einige Miethäuser in den damaligen Ludwigshafener Vororten, um die Wohnungen nach den Richtlinien, die für die Werkswohnungen galten, abzugeben. ¹⁴²

432. Werkswohnungsbau in Limburgerhof

Der Mangel an Baugelände und die überhöhten Grundstückpreise in Ludwigshafen, besonders in der Nähe

¹³⁸ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 287

¹³⁹ Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S. 97

¹⁴⁰ Voigtländer-Tetzner, Die äußeren Grundlagen, S. 98

¹⁴¹ BASF-Firmenarchiv (Dr. Schuster)

¹⁴² Frey, 1939, S. 30

der Fabrik, veranlaßten die BASF schon frühzeitig, auch in anderen Gebieten der Rheinebene Grund und Boden zu erwerben. Auf 72,11 ha Gelände, das bis 1904 auf 72,46 ha erweitert wurde, erstellte die BASF - 8 km südlich vom Ludwigshafener Stammwerk - im Gebiet der Gemeinden Schifferstadt, Mutterstadt und Neuhofen, dem sogenannten Limburgerhof, ab 1899 Wohnungen für ihre Beschäftigten. Damit wurde erstmals die unmittelbare Nachbarschaftslage zur Fabrik aufgegeben. Das Siedlungsprojekt, direkt am Bahnhof Mutterstadt gelegen, gewährleistete jedoch einen schnellen Transport der Arbeiter zur Fabrik. Die Siedlung in Limburgerhof sollte der Vorliebe vieler ehemaliger Arbeiter aus der Landwirtschaft für ein eigenes Haus mit Garten in ruhiger Dorflage entgegenkommen. Nicht nur die festere Bindung der Beschäftigten an den Arbeitsplatz sollte dadurch bewirkt, sondern vor allem galt es, die immer noch sehr starke Fluktuation der Arbeitskräfte einzudämmen. Vom damaligen "Baugewaltigen" der BASF, Oberingenieur HAU-EISEN, waren bis 1900 bereits 32 Häuser mit 64 Wohnungen gebaut worden.¹⁴³ Die Kolonie wurde bis 1906 auf 126 Wohnungen erweitert.¹⁴⁴ Die einstöckigen Gebäude waren mit 2 getrennten Wohnungen ausgestattet und folgendermaßen aufgeteilt: 1 Zimmer, 2 Mansardenstuben, 1 Küche, 2 Keller, 1 kleines Stallgebäude und eine Gartenzugabe von 220 qm je Wohnung.¹⁴⁵ In ihrer schachbrettartigen Aufteilung und der endlosen Wiederholung der eintönigen Bautypen erfüllten diese Häuser als eine praktisch-rationelle Lösung des Wohnbedürfnisses zwar ihren Zweck, dem wachsenden Bedürfnis nach schöpferischer Gestaltung konnten sie jedoch nicht mehr genügen. Aus diesem Grunde erhielt der

¹⁴³ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch...., S. 288

¹⁴⁴ Bericht der Technischen Abteilung der BASF vom 27. 11. 1922

¹⁴⁵ BASF-Firmenarchiv

Baumeister und Architekt Theodor FISCHER, einer der bekanntesten süddeutschen Baumeister der damaligen Zeit, von der BASF 1913 den Auftrag zum Entwurf einer Arbeiterkolonie in diesem Siedlungsgebiet.¹⁴⁶ Fischer plante auf den alten Gutshof und seinen Park zu; Straßenzüge verschiedener Breite wurden um ihn herumgruppiert und an das bereits vorhandene Straßennetz der "Hau-eisen-Kolonie" harmonisch angeschlossen. Auf den Plätzen an den wichtigsten Kreuzungspunkten entstanden öffentliche Bauten z.B. Kirche, Gasthaus, Einkaufsstätten, Bethaus, das Protestanten und Katholiken gemeinsam zur Verfügung stand, Gemeindehaus und Altersheim. Der beigefügte kleine Übersichtsplan läßt die Anordnung der Hau-eisen-Häuser zu der geplanten Fischer-Siedlung gut erkennen (Abb. 32). Nur etwa ein Drittel des Fischer-Projektes wurde gebaut. 98 Wohnungen mit 297 Zimmern entstanden:¹⁴⁷

- 4 Wohnungen mit 2 Zimmern, Küche, Zubehör und Stall;
- 87 Wohnungen mit 3 Zimmern, Küche, Zubehör und Stall;
- 7 Wohnungen mit 4 Zimmern, Küche, Zubehör und Stall.¹⁴⁸

Für die Verwaltung der Kolonie, Beamte der Gutsverwaltung und Versuchsstation und für sonstiges Personal, z. B. Lehrer an der 1902 errichteten 7-klassigen Volksschule, gab es außerdem:

- 9 Wohnungen für Beamte,
- 4 Wohnungen für Aufseher,
- 7 Wohnungen für Tagelöhner.¹⁴⁹

Bis 1914 waren damit 244 Einfamilienhäuser entstanden, ein zweites Schulhaus wurde im gleichen Jahr erbaut. Damit war auch der Werkswohnungsbau der 2. Wohnkolonie der BASF abgeschlossen.¹⁵⁰

¹⁴⁶ BASF 5/1955, S. 19

¹⁴⁷ BASF 5/1955, S. 23

¹⁴⁸ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 286

¹⁴⁹ Voigtländer-Tetzner, Chronik..., S. 440

¹⁵⁰ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 290

Die großen Leistungen des Werkswohnungsbaus in Ludwigshafen und Limburgerhof werden in folgendem Überblick sichtbar. Am 1.1.1939 verzeichnete diese Art des Wohnungsbaus folgende Bestände:

1.314 Arbeiterwohnungen = 57,51 ha überbaute Fläche,
518 Beamtenwohnungen = 40,14 ha überbaute Fläche,
insges. 1.832 Wohnungen = 97,65 ha überbaute Fläche.

Davon waren vermietet:

615 Wohnungen an Arbeiter,
1.043 Wohnungen an Beamte,
97 Wohnungen an Pensionäre und Witwen,
77 Wohnungen an werksfremde Personen.

3,2 % Arbeiter und 18,6 % Beamte der damaligen BASF-Belegschaft waren darin untergebracht. Berücksichtigt man die Familienangehörigen der oben genannten Sozialgruppen, dann bot die BASF bei den Beamten 1.881 Personen Unterkunft und bei den Arbeitern insgesamt 5.355 Menschen einschließlich der Witwen und Pensionäre. ¹⁵¹

433. Werksgeförderter Wohnungsbau der "GEWOG" und der "GESIEGE"

Der werksgeförderte Wohnungsbau ist, wie bereits erwähnt, die andere, heute sehr bedeutende Untergruppe der betrieblichen Wohnungsfürsorge. Als werksgeförderte Wohnungen werden solche bezeichnet, die durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen der Großbetriebe erstellt werden und auf deren Belegung der Arbeitgeber innerhalb gewisser Grenzen Einfluß nehmen kann.

Unter werksgefördertem Wohnungsbau durch die BASF ist der Bau all jener Mietshäuser, Eigenheime und Siedlerstellen zu verstehen, an deren Erstellung die

¹⁵¹ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 290

BASF finanziell, materiell oder auf anderem Wege, z. B. durch Bürgschaftsübernahme, mitgewirkt hat, ohne eigentlich Bauherr zu sein. Träger dieser Aufgaben sind die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GEWOGE) und die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft (GESIEGE).

Als in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg und der Inflation die Wohnungsnot bedrohliche Formen annahm, konnte auch die BASF die Wohnungswünsche ihrer Belegschaftsmitglieder nicht mehr befriedigen. Viele Werksangehörige wollten sich deshalb durch den Bau von Eigenheimen selbst helfen. Zur Finanzierung wurden Anträge auf Gewährung von Darlehen an die Pensionskasse der Angestellten des Werkes gerichtet. Die Pensionskasse war jedoch nicht in der Lage, alle diese Anträge zu beleihen. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln konnte nur dann mehr Wohnraum geschaffen werden, wenn sie statt für viele Darlehen auf Einfamilienhäuser für zusammenhängende Wohnhäuser verwendet wurden. Aus diesem Grunde wurde am 25. Mai 1926 die "Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für Werksangehörige der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Ludwigshafen am Rhein m. b. H." (abgekürzt "GEWOGE") gegründet. Das Stammkapital dieser Gesellschaft betrug ursprünglich 20.000 RM, wurde im Laufe der Zeit mehrmals erhöht und betrug am Währungsstichtag (20. Juni 1948) 3 Millionen Reichsmark. Es befand sich ausschließlich in den Händen der Pensionskasse der BASF.¹⁵² Die GEWOGE errichtete vor allem Mietwohnungen. In den ersten vier Jahren nach ihrer Gründung konnten bereits 73 Stockwerkwohnungen und 206 Einfamilienhäuser errichtet werden, alle vorwiegend im Stadt- und Landkreis Ludwigshafen.¹⁵³

¹⁵² GEWOGE-Mitteilung, 1969

¹⁵³ BASF 5/1951, S. 158

Die Weltwirtschaftskrise brachte eine kurze Unterbrechung des begonnenen Bauprogramms, jedoch wurden bis Ende 1939 weitere 134 Häuser mit 733 Wohnungen auf einer Grundstücksfläche von insgesamt 79,65 ha gebaut. ¹⁵⁴

Als die günstig angelaufene Entwicklung des GEWOGE-Wohnungsbaus durch die Weltwirtschaftskrise unterbrochen wurde, sah man in der Propagierung der Kleinsiedlung große Vorteile. Zu einer Kleinsiedlerstelle gehörte neben dem Einfamilienhaus und Wirtschaftsraum für die Kleintierhaltung eine angemessene Landzugabe von 600 - 1000 qm. ¹⁵⁵ Sie war dazu bestimmt, dem Siedler eine gewisse Selbstversorgung aus der gartenmäßigen Nutzung, besonders dem Obst-, Gemüse-, Kartoffel- und Futteranbau, zu ermöglichen.

Als Träger dieser Siedlungsidee wurde am 23. Mai 1933 die "Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft I.G. m.b. H., Ludwigshafen a. Rh." (GESIEGE) mit 50.000 RM Stammkapital gegründet. ¹⁵⁶ Sie führte das Siedlungswerk durch, regelte die Finanzierung, die Erbauung der Siedlung, traf die Auswahl der Siedler und verwaltete die Stellen, bis sie in den Besitz der einzelnen Siedler kamen.

Das zum Bau der Siedlerstellen nötige Gelände wurde dem Eigenbesitz der I.G. Farbenindustrie AG entnommen oder erfolgte in Gemeinden., die verkehrsgünstig zum Werk lagen und Gelände in Erbpacht zur Verfügung stellten. Auf diese Weise wurde die Bildung neuer Siedlungskerne vermieden und damit auch der Bau zusätzlicher sozialer Anlagen. Die Siedlerstellen verteilten sich gleichmäßig auf das Gebiet der Vorderpfalz. Der Zukauf von Flächen bildete die Ausnahme, soll hier aber

¹⁵⁴ Eigene Berechnung nach Gewoge-Baugruppenverzeichnis

¹⁵⁵ GESIEGE, 1936, S. 7

¹⁵⁶ GEWOGE-Mitteilung, 1969

der Vollständigkeit und Besonderheit wegen mit aufgeführt werden. Rechtsrheinisch besaß die GESIEGE 166.778 qm; sie hatte es von der I. G. Farbenindustrie AG 1933 als Einzahlung auf das Stammkapital erhalten.¹⁵⁷ 14.120qm konnten 1933 in unmittelbarer Nähe des Werkes in Oppau auf dem Wege der Enteignung von den Vorbesitzern erworben werden, 57.270 qm brachte die I.G. Farbenindustrie zur Erhöhung des Stammkapitals im Jahre 1936 ein; damit verfügte die GESIEGE über 71.390 qm Grund und Boden in Oppau. Weitere Geländekäufe bei 35 - 90 Pfennig pro Quadratmeter, je nach Güte des Bodens, erfolgten in

Berghausen	8.030 qm,
Roxheim	5.952 qm,
Freinsheim	18.000 qm,
Heßheim	8.220 qm. ¹⁵⁸

Den Siedlern, meist zuverlässigen Stammarbeitern des Werkes, deren Dauerbeschäftigung garantiert war, wurde das GESIEGE-Gelände zuerst im Wege des Erbbaurechts zur Verfügung gestellt. Erst wenn sie die zinsgünstig aufgenommenen Darlehen zur Begleichung der Baukosten voll getilgt hatten, konnten sie das Gelände kaufen. Vom Siedler wurde die Aufbringung eines Eigenkapitals von 700 RM verlangt; das waren etwa 15 % der damaligen Gesamtgestehungskosten.¹⁵⁹ Die Siedler arbeiteten aktiv am Bau mit, wobei die Eigenleistung als Bargeldersatz galt. Aus diesem Grunde wurden die Siedler zuerst für die Dauer von 4 - 8 Monaten vom Werk beurlaubt.¹⁶⁰ Sie erhielten staatliche Arbeitslosenunterstützung und wurden dem von Werk mit Lebensmittelpaketen und Baumaterialien unterstützt.¹⁶¹

¹⁵⁷ GESIEGE, 1936, S. 11

¹⁵⁸ GESIEGE, 1936, S. 12

¹⁵⁹ GESIEGE, 1936, S. 11

¹⁶⁰ BASF-Firmenarchiv: Aufruf vom Mai 1933

¹⁶¹ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 303

An ihrer Stelle wurden Ersatzleute vom Werk eingestellt. Von 1937 an mußte wegen des eingetretenen Mangels an geeigneten Facharbeitern die Beurlaubungszeit auf drei Monate herabgesetzt werden. Ab 1938, als die Vollbeschäftigung wieder gewährleistet war, traten an die Stelle der Selbsthilfe großzügige Darlehen. Die Belastung des Siedlers mit Verzinsung und Tilgung des Kapitals sowie durch den Erbbauzins überschritten gewöhnlich 26,--RM im Monat nicht: 20,--RM bis 22,--RM Darlehenstilgung, 4,--RM Erbbauzins waren die Sätze. ¹⁶² Bei Baukosten zwischen 4.000-6.000 RM, je nach Größe und Ausführung des Hauses, waren sie für die Dauer von rund 22 Jahren zu zahlen. ¹⁶³ Danach brauchte nur noch der Erbbauzins in Höhe von jährlich 40,--RM entrichtet zu werden. ¹⁶⁴ Der Siedler konnte das Gelände aber auch von der entsprechenden Gemeinde käuflich erwerben. Die erste Hypothek übernahm gewöhnlich die Angestellten-Pensionskasse, die zweite das Werk. Wie in beiliegendem 1. Aufruf zur Stamarbeitersiedlung vom Mai 1933 zu sehen ist (Seite 105), wurden die Häuser mit folgender Raumaufteilung geplant:

- 2 Kellerräume,
- 1 Wohnküche im Erdgeschoß,
- 1 Schlafstube im Erdgeschoß,
- 1 Kammer im Erdgeschoß,
- 2 Kammern im Obergeschoß,
- 1 Stall,
- 1 Schuppen.

In der Vorderpfalz kamen in den Jahren ab 1933 hauptsächlich die vier näher beschriebenen Formen von

¹⁶² Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 303

¹⁶³ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 303

¹⁶⁴ GESIEGE, 1936, S. 5

Errichtung von Siedlerstellen durch Werksangehörige im Eigenbau

Die Hilfe der Werkleitung ermöglicht die Errichtung einer größeren Zahl von Siedlerstellen, im Wege der Selbsthilfe.

Die Siedlung erfolgt auf gemeinsinniger Grundlage.

Vedingung für die Zusage einer Siedlerstelle ist die tätige Mitarbeit jedes Siedlers bei allen Bauarbeiten. Zu diesem Zweck wird der Siedler auf 4 Monate unter den üblichen Bedingungen werksbeurlaubt, d. h. er bezieht während dieser Zeit Erwerbslosenunterstützung und erhält nach Ablauf des Urlaubs wieder seinen alten Arbeitsplatz im Werk; außerdem wird, wie bei den bisherigen Beurlaubungen, für jeden zur Siedlung beurlaubten Werksangehörigen ein zur Zeit Erwerbsloser wieder eingestellt.

So kann jeder Siedler noch einem Volksgenossen zu Arbeit und Brot verhelfen

260 Siedlerstellen

sollen zunächst in Angriff genommen werden und zwar

100 Siedlerstellen in Oppauer Gemarkung (Siedlung Ziegelhof) mit je 6 Ar Land
und 160 Siedlerstellen in Brähler Gemarkung (Siedlung Rheinau) mit je 10 Ar Land.

Wie sieht eine Siedlerstelle aus?

Die Siedlungsbäuer werden nach den bei der Randbildung Hofhof der Stadt Ludwigshafen am Rhein bewährten Plänen hergestellt und enthalten

- 2 Kellerräume
 - 1 Wohnküche
 - 1 Schlafstube
 - 1 Kammer
 - 2 ausbaufähige Kammern im Obergeschoß.
- im Erdgeschoß

Tiere können noch ein Schuppen und ein Stall für Kleinvieh. Die Siedlerbäuer erhalten elektrisches Licht und einen Entwässer haben in der Wohnfläche, für den Wasserbedarf in Garten und Stall einen Pumpbrunnen für Erbschaftssteuer für Vergütung und Tilgung des zur Beschaffung des Baumaterials gewährten Darlehens sind zunächst jährlich etwa RM 180, aufzubringen, was einer monatlichen Miete von RM 15 entspricht. Nach 5 Jahren geht das Haus in den unbeschränkten Besitz des Siedlers über, nach etwa 15 Jahren ist das Darlehen zurückbezahlt, jedoch dann außer der geringfügigen Pacht für das Gelände keine Zahlungen mehr zu leisten sind.

Wo kann man sich melden und wer kann sich melden?

Bewerbungen um die Zusage einer Siedlerstelle sind schriftlich an den Betriebsrat zu richten, der die Auswahl der Siedler im Einvernehmen mit dem Betrieb vornimmt. Formblätter für die Anmeldung sind beim Betriebsrat in Lu und beim Arbeitsrat in Op erhältlich.

Im Frage kommen nur verheiratete Werksangehörige, bevorzugt werden solche mit mehreren Kindern, besonders wenn sie unter ungünstigen Wohnverhältnissen leben.

Gesucht sind etwa

- 30—35 Maurer,
- 40—50 Bauhilfsarbeiter,
- ungefähr je 5—8 Zimmerleute, Dachdecker, Glaser, Schreiner und Schlosser.

Der Rat der Siedler kann aus beliebigen Berufen kommen.

Wann können die Siedlungshäuser bezogen werden?

Die Vorarbeiten und ein Teil der Erdarbeiten werden vom freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt; der Baubeginn ist auf den 1. Juni 1955 fixgesetzt und am 1. Oktober 1955 sollen die Wohnungen bezogen werden.

Bitte beschleunigte Meldung an den Betriebsrat! (Eggle Stitt: Freitag, den 19. Mai 1955).

Aus dem Proletariat der dämpften Großstadtviertel und der Hinterhäuser soll in Luft und Sonne auf eigenem Grund und Boden sich bilden

das freie deutsche Arbeitertum!

Der kommissarische Betriebsrat

gez.: Josef Herrmann.

Ludwigshafen am Rhein, den 4. Mai 1955.

Erster Aufruf vom Mai 1933 zur Stammarbeiter-Siedlung.

Siedlungshäusern, je nach den örtlichen Verhältnissen sowie den Wünschen und Gewohnheiten der künftigen Bewohner, zur Ausführung, wobei die obige Raumeinteilung mitunter erweitert wurde:

1. Form (siehe Abb. 33):

Doppelhaus mit Stall im Anbau,
Größe 366 cbm, wobei der umbaute Raum des Wohnhauses 303 cbm, der des Stalles 63 cbm beträgt.

2. Form (siehe Abb. 34):

Einzelhaus mit Stall im Anbau,
Größe 390 cbm, wobei das Wohnhaus mit 344 cbm, der Stall mit 46 cbm angegeben ist.

3. Form (siehe Abb 35):

Doppelhaus mit freistehendem Stall im Hof,
diese Anlage beansprucht verhältnismäßig viel Platz.
Der Stall ist etwa 7 m vom Wohnhaus entfernt.
Größe 419 cbm, 321 cbm für das Wohnhaus und 98 cbm für den Stall werden angegeben. Dieser Haustyp begünstigte bei den Siedlern die Hofbildung.

4. Form (siehe Abb. 36):

Einzelhaus mit Wohn- und Nebenräumen unter einem Dach,
419 cbm umbauter Raum werden angegeben. ¹⁶⁵

Am beliebtesten waren die Einzelhäuser (Form 4).
Im Laufe der Zeit wurden die Formen 1-4 den örtlichen Verhältnissen entsprechend abgewandelt.

434. Die "GAG"

Eine weitere Maßnahme, die Wohnraumbeschaffung für Werksangehörige zu fördern, wurde durch die Gründung der "Gemeinnützige Aktiengesellschaft für

¹⁶⁵ GESIEGE, 1936, S. 8 und 9

Wohnungsbau, Ludwigshafen am Rhein (GAG)" geschaffen. Die am 16. Juni 1920 ins Leben gerufene GAG hatte ein Stammkapital von 2 Millionen Reichsmark, von denen sich 600.000 RM = 30 % in den Händen der BASF befanden. ¹⁶⁶ Durch die Gewährung von Darlehen und durch andere Hilfsmaßnahmen konnten viele Werksangehörige Wohnungen von der GAG erhalten.

44. Weiterentwicklung des gesamten Wohnungsbaus von 1939 bis einschließlich 1968

Der 2. Weltkrieg und seine Folgen bedeuteten auch für den Wohnungsbau der BASF einen großen Einschnitt. Die Zerstörungen durch Luftangriffe und eine große Explosion (1948), ein langsamer Aufbau unter erschwerten Nachkriegsbedingungen und schließlich die Erweiterung auf die heutigen Kapazitäten werden hier zu betrachten sein.

441. Zerstörungen durch Kriegseinwirkungen

Der 2. Weltkrieg riß große Lücken in den Bestand von 1832 Werkswohnungen. ¹⁶⁷ 522 Wohnungen = 28 % wurden total zerstört, 299 Wohnungen schwer beschädigt, das waren 12 % und 464 Wohnungen leicht beschädigt, das waren 25 %. Die Explosion am 28. Juli 1948 zerstörte 19 Wohnungseinheiten. Bis April 1951 waren durch Wiederaufbau und Teilung größerer Wohnungen 1.880 Werkswohnungen wieder bewohnt. ¹⁶⁸ Durch Abbruch und Verkauf von Häusern, die Anlage von Kinderspielplätzen, Grünflächen und Garagen, z. B. in der Kolonie Hems-
hof, verringerte sich bis zum 1.10. 1968 die Zahl der Werkswohnungen in Ludwigshafen und Limburgerhof

¹⁶⁶ BASF 5/1951, S. 159

¹⁶⁷ Voigtländer-Tetzner, Der Mensch..., S. 290

¹⁶⁸ BASF 5/1951, S. 157

auf 1.741. In Mannheim, Heidelberg, Frankfurt und einigen anderen Orten wurden 39 gebaut oder erworben. 169 Alle Werkswohnungen werden seit Kriegsende nach dem beiliegenden Mietvertrag durch die BASF vergeben.(S.109).

Während des Krieges schlossen sich GEWOGE und GESIEGE aus Zweckmäßigkeiten zusammen (21.12.1940). Die GESIEGE beschloß ihre Auflösung und übertrug alle Aktiva und Passiva auf die GEWOGE, die nun den Namen "Gemeinnützige Wohnungsunternehmen I.G., G.m.b.H., Ludwigshafen am Rhein" führte. 170

Beide Gesellschaften, ab 1940 die GEWOGE, erbauten bis zum Kriegsende 389 Häuser mit 1.215 Wohnungen. Im Mai 1945 waren davon 545 Wohnungen = 45 % des Gesamtbestandes entweder total zerstört oder aber so stark beschädigt, daß sie nicht mehr bewohnt werden konnten. 171 573 Einheiten = 47 % waren nur teilweise beschädigt, bei entsprechend herabgesetzten Mieten bewohnte man sie; nur 97 Wohnungen blieben unbeschädigt. 172 Von den bei Kriegsende noch im Bau befindlichen Wohnungen wurden 66 durch Luftangriffe zerstört. 173 Besonders betroffen wurden die Neubauten in der Eschenbach-, Eckermann-, Rückert- und Hohenzollernstraße. Die Siedlungsstellen waren durch ihre günstige Streuung über das Gebiet der Vorderpfalz weniger von Kriegszerstörungen betroffen; nur 2 % ihres Gesamtbestandes, nämlich 34 Stellen wurden total zerstört. 174 Schon während des Krieges konnten 14 Einheiten durch Selbsthilfe der Siedler wieder aufgebaut werden. 175 Allgemein konnten die Siedler in der Nachkriegszeit die geringfügigen Schäden selbst ausbessern.

169 Mitteilung der BASF vom 15.11.1968

170 GEWOGE-Mitteilung

171 BASF 5/1951, S. 157

172 BASF 5/1951, S. 158

173 GEWOGE-Mitteilung (Herr Massar)

174 GEWOGE-Mitteilung(Herr Massar)

175 GEWOGE-Mitteilung (Herr Massar).

Bgr. und Wohn.-Nr.
(bei Anträgen bitte angeben)

Mietvertrag

zwischen der

Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen am Rhein, (im folgenden kurz „Vermieterin“ genannt)

und

Herrn/Frau/Fräulein

(im folgenden kurz „Mieter“ genannt) wird folgender Mietvertrag geschlossen:

§ 1 Gegenstand des Mietvertrages

1. Die Vermieterin überläßt dem Mieter ab _____ zu Wohnzwecken die Wohnung
in _____

Die genaue Beschreibung der vermieteten Wohnung und der mitvermieteten Einrichtungsgegenstände ist in der Wohnungsbeschreibung und -übergabe enthalten, die Bestandteil dieses Vertrages ist (vgl. Anlage 1).

2. Der Mieter verpflichtet sich,
die Wohnung sowie die ihm überlassenen Einrichtungsgegenstände pfleglich zu behandeln und in gutem Zustand zu erhalten,
etwa auftretende Mängel der Vermieterin unverzüglich schriftlich mitzutellen und diejenigen Reparaturkosten zu tragen, die der Vermieterin durch schuldhaftes Handeln des Mieters oder durch verspätete oder unterlassene Schadensmeldung entstehen.

§ 2 Miete, Umlagen, Zuschläge

Es sind monatlich zu zahlen:

1. Wohnungsmiete (Grundmiete)		DM
2. Umlagen für die Kosten des Betriebs der zentralen Heizungsanlage		
	als Abschlagszahlung	DM
des Wasserverbrauchs	als Abschlagszahlung	DM
des Gasverbrauchs	als Abschlagszahlung	DM
des Stromverbrauchs	als Abschlagszahlung	DM
		DM
3. Zuschläge für		
Einrichtung einer Zentral-/Etagen-/Kachelofen- heizungsanlage		DM
Umweltung der Heizungsanlage von Koks- auf Öl- bzw. Gasfeuerung		DM
Möbel		DM
Terrasse		DM
Kohlenschuppen/Hühnerstall		DM
Personen-/Lastenaufzug		DM
Gemeinschaftsantenne		DM
Treppenhausebeleuchtung		DM
Müllabfuhr		DM
Gehwegreinigung		DM
		DM
insgesamt		DM

4. Der Gesamtbetrag ist monatlich nachträglich, spätestens am 1. des folgenden Monats, zu entrichten. Der Mieter ist damit einverstanden, daß der Mietzins zuzüglich sämtlicher Umlagen und Zuschläge von den Gehalts-, Lohn- oder Rentenbezügen, die ihm von der BASF oder einer ihrer Altersversorgungseinrichtungen zustehen, zugunsten der Vermieterin einbehalten werden.
5. Die Vermieterin legt die Kosten für Leistungen, für die in § 2 Ziffer 2 dieses Mietvertrages Abschlagszahlungen vereinbart sind, ohne Rücksicht auf den Umfang der Inanspruchnahme auf den Mieter um, soweit die Kosten nicht im einzelnen besonders erfaßt oder berechnet werden. Der Umlageungsmaßstab (Verteilerschlüssel) wird von der Vermieterin festgesetzt. Er kann von der Vermieterin unter schriftlicher Mitteilung an den Mieter im Interesse einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung mit Wirkung für den von der Vermieterin festgesetzten nächsten Abrechnungszeitraum geändert werden. Die Abschlagszahlungen können von der Vermieterin etwaigen Kostenveränderungen angepaßt werden. Die Vermieterin wird innerhalb angemessener Fristen abrechnen. Der Mieter kann binnen 2 Wochen nach Zugang der Abrechnung Einsicht in die bei der Vermieterin ausliegenden Unterlagen nehmen. Werden innerhalb einer weiteren Woche keine schriftlichen Einwendungen gegen die Abrechnung erhoben, so gilt sie als anerkannt.
6. Erhöhung von Mieten, Zuschlägen und Umlagen, soweit sie gesetzlich für die Wohnung des Mieters zulässig ist oder wird, behält sich die Vermieterin vor.

§ 3 Mietzeit und Kündigung

1. Der Mietvertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann vom Mieter mit dreimonatiger Frist zum Ende eines Kalendermonats, spätestens am dritten Werktag des ersten Monats dieser Frist, schriftlich gekündigt werden. Für die Rechtzeitigkeit der Kündigung kommt es nicht auf die Absendung, sondern auf die Ankunft des Kündigungsschreibens an. Das Kündigungsrecht der Vermieterin richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
Ebenfalls behält sich die Vermieterin die Kündigung in den Fällen vor, wenn während der Mietzeit die vermietete Wohnung im Verhältnis zu der Zahl der in ihr wohnenden Personen zu groß wird.
2. Die Vermieterin kann das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn der Mieter
 - a) oder derjenige, welchem der Mieter den Gebrauch der gemieteten Sache überlassen hat, ungeachtet einer Ermahnung der Vermieterin einen vertragswidrigen Gebrauch der vermieteten Sache fortsetzt (vgl. insbesondere Ziffer 2, 3, 7 und 8 der „Allgemeinen Vertragsbestimmungen“), der die Rechte der Vermieterin in erheblichem Maße verletzt;
 - b) schuldhaft in solchem Maße seine Verpflichtungen verletzt, insbesondere den Hausfrieden so nachhaltig stört, daß der Vermieterin die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann;
 - c) für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses oder eines Teils des Mietzinses, der den Mietzins für einen Monat übersteigt, in Verzug ist;
 - d) In einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung des Mietzinses in Höhe eines Betrages in Verzug gekommen ist, der den Mietzins für zwei Monate erreicht.

§ 4 Allgemeine Vertragsbestimmungen

Die „Allgemeinen Vertragsbestimmungen“ sind Bestandteil dieses Vertrages (vgl. Anlage 2).

§ 5 Änderungen und Ergänzungen

Änderungen und Ergänzungen dieses Mietvertrages sind, soweit sich aus den „Allgemeinen Vertragsbestimmungen“ nichts anderes ergibt, nur rechtswirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden.

§ 6 Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Ludwigshafen am Rhein.

§ 7 Ausfertigung

Dieser Mietvertrag ist zweifach ausgefertigt. Die Vertragspartner bestätigen durch ihre Unterschrift, je eine gleichlautende Ausfertigung dieses Vertrages erhalten zu haben.

§ 8 Empfangsbestätigung

Der Mieter bestätigt, Anlage 2 dieses Mietvertrages „Allgemeine Vertragsbestimmungen“ erhalten zu haben. Die Wohnungsbeschreibung und -übergabe, Anlage 1, wird beim Einzug aufgenommen, unterzeichnet und ausgehändigt.

Vermieterin

Mieter

Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG
Ludwigshafen am Rhein

_____	_____
(Ehemann)	(Datum)
_____	_____
(Ehefrau)	(Datum)

Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG



Ludwigshafen am Rhein,

Bgr. und Wohn.-Nr.

Mieter

Wohnungsbeschreibung und -übergabe

Größe und Ausstattung der in § 1 des Mietvertrages bezeichneten Wohnung sind in den Feldern 11–39 der Übersicht ausgewiesen.

Die von der Vermieterin dem Mieter zur Benützung zur Verfügung gestellten gemeinschaftlichen Anlagen und Einrichtungen sind in den Feldern 40–46 erfaßt.

Der Mieter erhält Haustür- und Wohnungsschlüssel sowie Schlüssel für Zimmer, Keller, Briefkasten, Mansarden, Kammern, Speicher, soweit diese Einrichtungen vorhanden sind.

Kennziffer	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Kennzahl																				

Kennziffer	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
Kennzahl																				

Anwendungsschlüssel für die Kennziffern und Kennzahlen siehe Rückseite.

Der Mieter erklärt, daß sich die Wohnung und die überlassenen Einrichtungsgegenstände – wie bei der gemeinsamen Besichtigung festgestellt wurde – bis auf die nachstehend näher bezeichneten Beanstandungen in ordnungsgemäßem Zustand befinden. Es ist dem Mieter bekannt, daß die Vermieterin nur für Mängel haftet, die bei der Übergabe der Wohnung ausdrücklich vermerkt worden sind, es sei denn, daß Mängel auch bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt nicht erkennbar waren.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Wohnungsbeschreibung und -übergabe erkennen wir an.

Vermieterin

Mieter

Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG

(Ehemann)

(Datum)

(Ehefrau)

(Datum)

Anwendungsschlüssel von Kennziffern und Kennzahlen zur Wohnungsbeschreibung

Kenn-ziffer	Kenn-zahl	Wohnungsbeschreibung	Kenn-ziffer	Kenn-zahl	Wohnungsbeschreibung
11	1	Mieträume	87	1	Ausstattung
	1	1 Zimmer		2	1 Zimmerofen mit Ölfeuerung
	2	1 Zimmer und Küche		2	2 Zimmeröfen mit Ölfeuerung usw.
	3	2 Zimmer und Küche	28	1	1 Zimmerofen mit Kohlefeuerung
	4	3 Zimmer und Küche		2	2 Zimmeröfen mit Kohlefeuerung usw.
	5	4 Zimmer und Küche	29		
	6	5 Zimmer und Küche		30	
	7	6 Zimmer und Küche	31	1	1 Kohlebadofen
	8	7 Zimmer und Küche		2	1 Gaskocherherd
	9	8 Zimmer und Küche		3	1 Elektroherd
12	1	1 Kammer		4	1 Elektroherd
	2	2 Kammern usw.		5	1 Elektroherd
13	1	1 Mansarde	32	1	1 Gaskocherherd
	2	2 Mansarden usw.		2	2 Gaskocherherd
14	1	1 Speisekammer		3	1 Gaskocherherd
	2	1 Speiseschrank		4	2 elektrische Heizgeräte
	3	1 Kucheneinbauschrank		5	1 Gaskocherherd und 1 elektrisches Heizgerät
15			33	1	1 eingebaute Badewanne
	1	1 Bad		2	1 freistehende Badewanne
	2	2 Bäder		3	2 eingebaute Badewannen
	3	1 gemeinschaftliches Bad		4	1 freistehende und 1 eingebaute Badewanne
	4	1 Bad und ein gemeinschaftliches Bad	34	1	1 Handwaschbecken
	5	1 Dusche		2	2 Handwaschbecken usw.
16	1	1 Baderaum	35	1	1 Spiegel
	2	2 Baderäume usw.		2	2 Spiegel usw.
17	1	1 WC	36	1	1 Spiegel mit Ablage
	2	1 gemeinschaftliches WC		2	2 Spiegel mit Ablage usw.
18	1	1 Diele	37	1	1 Handtuchhalter
	2	1 Wintergarten		2	2 Handtuchhalter usw.
19	1	1 Loggia	38		
	2	2 Loggien			
	3	1 Balkon			
	4	2 Balkone			
20			39		
21	1	Kellerraum	40	1	Gemeinschaftliche Anlagen und Einrichtungen
	2	2 Kellerräume usw.		2	Zentralheizung
22	1	Garten		3	Fernheizung
	2	2 Gärten usw.	41	1	Waschküche mit Kessel
23	1	Ofenheizung		2	Waschküche mit maschineller Wascheinrichtung
	2	Zentralheizung mit Kohlefeuerung	42	1	Gemeinschaftsantenne für Rundfunk/Fernsehen
	3	Zentralheizung mit Gasfeuerung		2	Personenaufzug
	4	Zentralheizung mit Ölfeuerung	43	1	Personenaufzug
	5	Fernheizung		2	Lastenaufzug
	6	Etagenheizung mit Gasfeuerung	44	1	Personen- und Lastenaufzug
24	1	Kachelofen mit Kohlefeuerung		2	Besondere
	2	Kachelofen mit Ölfeuerung	45	1	1 Garagenschlüssel
	3	Kachelofen mit Gasfeuerung		2	2 Garagenschlüssel
	4	4 Kachelöfen usw.			
25	1	Ausstattung	46		
	2	1 Kohleherd			
	3	1 Gasherd			
	4	1 Elektroherd			
	5	1 Kohleherd und 1 Gasherd			
	6	1 Kohleherd und 1 Elektroherd			
26	1	1 Zimmerofen mit Gasfeuerung	47		
	2	2 Zimmeröfen mit Gasfeuerung usw.			

Beispiel:

Kennziffer	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
Kennzahl	3			1		5	1				1		4							

Kennziffer	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
Kennzahl	2	1		1	1		1					1								

Kenn-ziffer	Kenn-zahl	Wohnungsbeschreibung	Kenn-ziffer	Kenn-zahl	Wohnungsbeschreibung
11	3	2 Zimmer und Küche	31	2	1 Gaskocherherd
14	1	1 Speisekammer	32	1	1 Gaskocherherd
16	5	1 Dusche	34	1	1 Handwaschbecken
17	1	1 WC	35	1	1 Spiegel
21	1	Kellerraum	37	1	1 Handtuchhalter
23	4	Zentralheizung mit Ölfeuerung	42	1	Gemeinschaftsantenne



Allgemeine Vertragsbestimmungen

Die Wohnung ist zur Unterbringung von Werkaangehörigen der Firma Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG (BASF) bestimmt.

Ziffer 1 Nebengebühren

1. Neben Mietzins, Umlagen und Zuschlägen (§ 2 des Mietvertrages) hat der Mieter die Kosten zu tragen für den Bezug von Wasser, Gas und elektrischem Strom sowie die Gebühren für Müllabfuhr, öffentliche Straßenreinigung, Gehwegreinigung, Kanalbenutzung und für alle etwaigen künftigen den Mieter treffenden Abgaben. Die Kosten und Gebühren werden zum Teil von den betreffenden Werken und Behörden direkt erhoben, zum Teil von der Vermieterin bezahlt und gleichzeitig mit dem Mietzins verrechnet.
2. Die Mehrkosten für den Verbrauch von Strom für die Beleuchtung der gemeinschaftlich benützten Räume werden auf die Anzahl der vorhandenen Haushalte entsprechend der vermieteten Wohnfläche anteilig umgelegt.
3. Die Unterbrechung des Bezuges von Wasser, Gas und elektrischem Strom und die Unterbrechung von Abwasserleitungen berechtigen den Mieter nicht, von der Vermieterin eine Entschädigung zu fordern. Das gleiche gilt für das Eindringen von Wasser in die Keller durch einen Rohrbruch oder Rückstau in den Abwasserkanälen.

Ziffer 2 Instandhaltung, Ausbesserung

1. Für bauliche Arbeiten in der Wohnung, im Hof und im Garten ist in den „Bestimmungen über die Instandhaltung“ festgelegt, wer die Kosten zu tragen hat (vgl. Ziffer 9 dieser „Allgemeinen Vertragsbestimmungen“).
2. Reparaturen und bauliche Änderungen dürfen, auch wenn sie auf Rechnung des Mieters erfolgen, nur mit Zustimmung der Vermieterin ausgeführt werden. Ebenso bedarf die Aufstellung eines Gartenhauses, Stalles, Zaunes usw. der Genehmigung der Vermieterin. Die Vermieterin behält sich vor, diese Genehmigung ohne nähere Begründung zu versagen oder besondere Bedingungen hinsichtlich der baulichen Gestaltung solcher Anlagen an sie zu knüpfen.
3. Die Vermieterin darf Ausbesserungen und bauliche Veränderungen, die zur Erhaltung des Hauses oder der Mieträume oder zur Abwehr drohender Gefahren oder zur Beseitigung von Schäden zweckmäßig sind, auch ohne Zustimmung des Mieters vornehmen. Der Mieter verpflichtet sich, zu diesem Zweck den Zutritt in seine Mieträume während der üblichen Tagesstunden – in dringenden Fällen auch außerhalb dieser Zeit – ohne besondere Entschädigung zu gestatten.

Ziffer 3 Einrichtungen und Anlagen

1. Alle auf Kosten des Mieters ausgeführten Veränderungen und Einrichtungen gehen entschädigungslos in das Eigentum der Vermieterin über. Die mit Zustimmung der Vermieterin von dem Mieter installierten Beleuchtungskörper, Gasherde, Gasöfen, Wasch-, Bade- und sonstigen Einrichtungen sowie alle im Hof und Garten errichteten, mit dem Haus und der Einfriedigung nicht in Verbindung stehenden Anlagen – z. B. Gartenhäuser, Ställe, Schaukeln und Turngeräte – können unter Wiederherstellung des früheren Zustandes von dem Mieter auf seine Kosten wieder entfernt werden.
2. Verbleiben die mit Zustimmung der Vermieterin installierten Einrichtungen jedoch auf Verlangen der Vermieterin in den Räumen oder auf dem Grundstück, so ist die Vermieterin verpflichtet, die Kosten für die Herstellung einer neuen Einrichtung abzüglich eines angemessenen Betrages für die inzwischen erfolgte Abnutzung dem Mieter zu erstatten.
3. Während der Mietzeit und beim Auszug darf der Mieter Bäume und Sträucher ohne Zustimmung der Vermieterin nicht entfernen. Eine Entschädigung steht dem Mieter nur insofern zu, als die Vermieterin dem Entfernen der auf Kosten des Mieters angepflanzten Bäume und Sträucher beim Auszug nicht zugestimmt hat.

Ziffer 4 Besichtigung und Sicherung der Mieträume

1. Der Mieter ist verpflichtet, zwecks Prüfung des baulichen Zustandes der Wohnung den Beauftragten der Vermieterin während der üblichen Tagesstunden den Zutritt in die Wohnung zu gestatten.
2. Wird die Wohnung von dem Mieter, dessen Familie und Hauspersonal länger als 4 Wochen verlassen, so ist zur Sicherung der Gas- und Wasserversorgung die Vermieterin schriftlich über die Dauer der Abwesenheit zu informieren.
3. Der Mieter hat dafür zu sorgen, daß die ihm durch den Mietvertrag und die in den „Allgemeinen Vertragsbestimmungen“ auferlegten Pflichten auch während seiner Abwesenheit erfüllt werden. Gegebenenfalls hat er einen Bevollmächtigten hiermit zu beauftragen.

4. Tritt in dieser Zeit ein Ereignis ein, das eine Besichtigung der Wohnung durch die Vermieterin erfordert, so hat die Vermieterin bzw. deren Beauftragter das Recht, die Wohnung zu öffnen und zu betreten.
5. Ist das Mietverhältnis gekündigt, so dürfen die Beauftragten der Vermieterin zusammen mit Mietinteressenten die Wohnung zu den in Absatz 1 genannten Zeiten betreten.

Ziffer 5 Rückgabe der Mieträume

1. Bei Beendigung des Mietverhältnisses sind sämtliche Räume bis 12.00 Uhr mittags des folgenden Werktags zu räumen und nach Reinigung der Öfen, des Herdes und der Klosett- und Badeeinrichtungen besenrein in vertragsgemäßigem Zustande zu übergeben. Hierzu gehören alle die in der Wohnungsbeschreibung und -übergabe aufgeführten Gegenstände sowie die von dem Mieter auf eigene Kosten beschafften Schlüssel.
2. Läßt der Mieter einzelne Gegenstände zurück, so hat die Vermieterin das Recht, die Wohnung zu öffnen und die zurückgelassenen Gegenstände auf Kosten und Gefahr des Mieters zu entfernen.

Ziffer 6 Hinweis für den Notdienst

Für Sonnabende sowie Sonn- und Feiertage ist ein Notdienst eingerichtet. Der Notdienst ist nach Dienstschluß telefonisch über BASF/Werkpolizei, Tor 1, zu erreichen. Für die Wohnungen Willstätt ist die Werkpolizei der Magnetband-Fabrik Willstätt zuständig.

Ziffer 7 Genehmigungspflichtige Handlungen des Mieters

1. Mit Rücksicht auf die Gesamtheit der Mieter und im Interesse einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung des Hauses und der Wohnung bedarf der Mieter der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Vermieterin, bevor er
 - a) die Wohnung oder einzelne Räume entgeltlich oder unentgeltlich Dritten überläßt, es sei denn, es handelt sich um eine unentgeltliche Aufnahme von angemessener Dauer (Besuch);
 - b) die Wohnung oder einzelne Räume zu anderen als Wohnzwecken benutzt oder benutzen läßt;
 - c) Schilder, Aufschriften oder Gegenstände jeglicher Art in gemeinschaftlichen Räumen, am Haus, auf dem Grundstück oder in dessen unmittelbarer Nähe anbringt bzw. aufstellt;
 - d) Tiere – abgesehen von Singvögeln und Zierfischen – hält;
 - e) Waschmaschinen oder Geschirrspülmaschinen aufstellt;
 - f) Antennen anbringt oder verändert;
 - g) In den Mieträumen, im Hause oder auf dem Grundstück Kraftfahrzeuge einschließlich Mopeds unterstellt;
 - h) von der laut Wohnungsbeschreibung und -übergabe vorgesehenen Beheizungsart abweicht;
 - i) Um-, An- und Einbauten sowie Installationen vornimmt oder die Mieträume, Anlagen oder Einrichtungen verändert.
2. Die Vermieterin kann eine Einwilligung widerrufen, wenn Auflagen nicht eingehalten, das Haus oder die Bewohner gefährdet, die Mitbewohner oder Nachbarn belästigt oder sich Umstände ergeben, unter denen eine Einwilligung nicht mehr erteilt werden würde.
3. Der Mieter haftet auch bei einer Einwilligung durch die Vermieterin für alle Schäden, die sich aus genehmigungspflichtigen Handlungen ergeben, ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden. Er kann aus der Einwilligung keinerlei Ansprüche gegen die Vermieterin herleiten.
4. Wesentliche Änderungen der mitvermieteten Gartenanlagen bedürfen der Genehmigung der Vermieterin. Die Vermieterin behält sich das Recht vor, verwahrloste Gärten auf Rechnung der Mieter in Ordnung bringen zu lassen.

Ziffer 8 Hausordnung

1. Jeder Mieter hat Anspruch auf die Benützung der Waschküche und des Trockenspeichers – soweit vorhanden – und der sonstigen zur gemeinsamen Benützung bestimmten Einrichtungen, zu einer von der Vermieterin festgesetzten Zeit. In der Zeit, in der dem Mieter die Benützung dieser Räume zusteht, obliegen ihm, sofern nichts anderes vereinbart und festgelegt, folgende Pflichten:
 - a) Die Keller- und Speichertreppen, Gänge und Podeste sowie die zugehörigen Treppenhause Fenster und die Fenster des Speichers und der Waschküche sind sauber zu halten, ebenso – soweit vorhanden – auch Personen- und Lastenaufzüge. Der bei der Schornsteinreinigung anfallende Ruß ist zu beseitigen.
 - b) Bei starkem Regen oder Schneefall sind die Fenster im Speicher und Treppenhaus zu schließen.
 - c) Regenwasser und Schnee, die in die Speicherräume eingedrungen sind, hat der Mieter schnellstens zu entfernen.
 - d) Entsprechend den behördlichen Vorschriften ist der Gehweg zu reinigen, bei starkem Schneefall und Tauwetter von Schnee und Eis zu säubern und bei Glatteis zu streuen, soweit diese Arbeiten nicht aufgrund einer besonderen Vereinbarung zwischen der Vermieterin und dem Mieter von einem Dritten übernommen worden sind. Jede Verunreinigung benachbarter Bürgersteige, Rinnen usw. ist zu vermeiden, Hofanlagen und Müllabstellplätze sind sauber zu halten.
 - e) Bei einer Außentemperatur unter 0° C sind von dem Mieter alle Fenster in unbeheizten Räumen, insbesondere im Keller und Speicher, geschlossen zu halten. Bei anhaltender Kälte sind in den Häusern, in denen nicht in allen Räumen geheizt wird, abends die Wasserleitungen im Keller abzustellen und durch den Leerlaufhahn zu entleeren und die Wasserrohre gegen Kälte zu schützen. In Mehrfamilienhäusern hat dies jeweils der Mieter zu besorgen, dem nach der Hausordnung die Benützung der Waschküche zusteht. Dieser hat auch darauf bedacht zu sein, daß morgens zeitig aus den Leitungen wieder Wasser entnommen werden kann. Die Wasserleitungen werden zweckmäßig so entleert, daß nach Abstellen der Haupthähne – in Mehrfamilienhäusern zu einem zwischen den Mietern zu vereinbarenden Zeitpunkt – sämtliche Hähne in den Wohnungen geöffnet und dann erst der Waschküchen- und Leerlaufhahn geöffnet wird, weil nur dadurch die Leitungen sich restlos entleeren können. Nach Abstellen der Wasserleitungen sind die Klosettspülkästen besonders zu entleeren. Das Wasser in den

Klosettschüsseln ist mit Salz zu bestreuen. In Mehrfamilienhäusern, in denen sich die Abstellungs- und Entleerungsvorrichtungen für die Dachstockklosetts innerhalb der Wohnungen der obersten Stockwerke befinden, hat der Mieter dieser Wohnungen und in denjenigen Wohnungen, in denen diese Vorrichtungen sich im Dachstock befinden, der Mieter, dem nach der Hausordnung die Benützung der Waschküche zusteht, das Abstellen und Entleeren zu besorgen. Ist bei großer Kälte auch tagsüber das Einfrieren der Leitungen zu befürchten, so sind die Leitungen durch Heizen der Räume, Abdichten der Fenster und andere geeignete Maßnahmen – wie Offenstehenlassen der Türen geheizter Räume – zu schützen. Auf Leitungen, die infolge ihrer Lage der Kälteeinwirkung stark ausgesetzt sind, ist hierbei besonders zu achten.

In Wohnungen mit Zentralheizung dürfen bei großer Kälte die Heizkörper nicht völlig abgestellt werden; bei Nichtbetriebshaltung der Zentralheizung ist diese ganz zu entleeren. Auf Wunsch wird von der Vermieterin über die Bedienung der Zentralheizung Auskunft erteilt.

Der Mieter hat die Kosten der Behebung von Schäden zu bezahlen, die durch Nichtbeachtung dieser Vorschriften entstehen.

- f) Wenn im Keller eine Waschküche vorhanden ist, muß bei starken Regengüssen zur Vermeidung von Überschwemmungen der Hochwasserschleier geschlossen werden.

- g) Alle Haustüren sind

von April bis September um 22.00 Uhr, von Oktober bis März um 21.00 Uhr, zu verschließen.

Jeder Hausbewohner, der nach 21.00 bzw. 22.00 Uhr noch aus- und ein-geht, hat die Haustüre wieder zu verschließen. Der Mieter erhält für sämtliche Türen seiner Wohnung je einen, für Haustüre und Wohnungsabschluß je zwei Schlüssel. Weitere Schlüssel können auf Anweisung der Vermieterin selbst beschafft werden. Sämtliche Schlüssel sind beim Auszug der Vermieterin ohne Entschädigung zu übergeben.

- h) Die Schlüssel von Waschküche und Speicher sind jeweils nach Ablauf der Benützungszeit dem nachfolgenden Mieter zu übergeben, nachdem die Waschküche, der Waschkessel und Speicher vorher gründlich gereinigt und sämtliche dem Mieter gehörende Waschgefäße entfernt worden sind.

Jeder Mieter einer Stockwerkwohnung ist verpflichtet, den Treppenteil, der von der unteren Wohnung zur eigenen Wohnung führt sowie die zugehörigen Treppfenster und Podeste zu reinigen und für die Beleuchtung dieser Treppe von Eintritt der Dunkelheit an bis spätestens 21.00 Uhr zu sorgen. Wenn mehrere Mieter in demselben Stockwerk am gleichen Treppenaufgang wohnen, wechseln sie sich darin wöchentlich ab. Versagt die eingebaute Treppenbeleuchtung, ist der verantwortliche Mieter verpflichtet, bis zur Behebung der Störung für eine Notbeleuchtung zu sorgen.

In Vorgärten, Hintergärten und in den Randpflanzungen sind Bäume, Gehölze, Hecken und Stauden zu wässern und zu hecken, sofern diese Gartenanlage nicht von der Vermieterin in Ordnung gehalten wird.

2. Von Zimmer-, Treppenhausefenstern, Balkonen und Loggien dürfen Teppiche, Tischtücher usw. weder ausgeklopft noch ausgeschüttelt, keinerlei Abfälle wie Knochen, Papiere, Lumpen usw. geworfen werden. Überhaupt ist alles zu vermeiden, was zur Belästigung der Bewohner anderer Stockwerke führen kann.

Soweit Blumentöpfe auf Fensterbänken aufgestellt sind, müssen diese absturzsicher befestigt sein und mit Untersätzen versehen werden.

Die Fensterbänke müssen so gereinigt werden, daß die Außenseite der Häuser nicht durch Ablaufwasser beschmutzt wird; erforderliche Instandsetzungsarbeiten gehen auf Kosten des verantwortlichen Mieters.

Betten dürfen nur vormittags bis spätestens 10.00 Uhr und nur an den Fenstern, Balkonen und Loggien der Rückfront ausgelegt werden, soweit dies möglich ist. Teppiche dürfen nur an Werktagen von 8.00 bis 11.00 Uhr vormittags an dem dafür bestimmten Platz auf dem Hofe, der nach Gebrauch zu reinigen ist, geklopft werden.

3. In den von sämtlichen Hausbewohnern gemeinschaftlich benützten Räumen, ferner in Hauseingängen, auf Treppenhausefenstern, Höfen usw. dürfen keine Gegenstände aufgestellt werden.

Die Unterbringung großer Möbelstücke auf den Veranden ist nicht erlaubt. Fahrräder dürfen nicht in den Wohnräumen, sondern nur in dem zur Wohnung gehörenden Keller bzw. dem dafür vorgesehenen Abstellplatz aufbewahrt werden. Sofern hintere Hauseingänge vorhanden sind, dürfen die Fahrräder nur durch diese Eingänge in den Keller gebracht werden.

Es ist nicht gestattet, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor im Haus (Treppenhaus, Keller usw.) unterzustellen.

4. Es ist zu vermeiden, daß Öfen und Herde glühend geheizt werden. Das Wasserschiff des Herdes soll stets mit Wasser gefüllt sein. Das Räuchern von Fleischwaren im Hause ist verboten.

Der Ölfarbanstrich des Holzwerkes darf nicht mit die Substanz angreifenden Mitteln abgewaschen werden. Hartholz, Pitchpläneböden und elchene Treppen dürfen nicht geölt, sondern müssen regelmäßig mit Bodenwachs behandelt werden. Tannen- und Kiefern Böden dürfen nur ohne Farbzusatz geölt und die Sandsteinstufen und Sockel nicht mit Farbe angestrichen werden. Terrazzo- und sogenannte fugenlose Böden sind zu ölen und zu wachsen und auf keinen Fall mit säurehaltigen Mitteln zu reinigen. Linoleum- und Kunststoffböden sind entsprechend den Pflegeanweisungen zu behandeln und durch Unterlage gegen Druck schwerer oder mit Rollen versehener Möbelstücke zu schützen.

Hinweise für Treppenhaus: Ist im Treppenhaus geölt oder gewachst worden, so haben die betreffenden Mieter ein Hinweisschild anzubringen.

5. Die Wäsche darf nur auf dem Trockenspeicher, in den Trockenräumen, der Loggia oder dem Balkon – soweit diese an der Rückseite des Hauses liegen – oder im hinteren Hof zum Trocknen aufgehängt werden. Auf Balkon und Loggia darf die Wäsche nur bis zur Höhe des Geländers aufgehängt werden, damit sie nach außen hin nicht sichtbar wird. An Sonn- und Feiertagen soll im Freien, auf Balkon und Loggia keine Wäsche aufgehängt werden. Das Waschen von Wäsche für nicht zum Haushalt des Mieters gehörende Personen ist nicht gestattet.

Waschzeiten für Waschküche: 6.00–21.00 Uhr.

6. Feste Brennstoffe, Dünger usw. dürfen nur durch den Hof oder die hintere Haustür, nicht aber durch die Kellerfenster befördert werden. Der hierbei entstehende Rückstand auf der Straße, im Hausgang, auf der Kellertreppe usw. ist ohne Verzug zu entfernen. Brennholz darf nur in den Kellerräumen und im Hof gespalten werden. Dabei ist jede Beschädigung des Bodenbelages zu vermeiden. Aus Gründen des Feuerschutzes sollen Brennholzvorräte nur in den Kellerräumen aufbewahrt werden. Bei Lagerung von flüssigen Brennstoffen sind die baupolizeilichen Vorschriften zu beachten.
7. Alle Hausabfälle, die abgeholt werden, sind nur in die Einheitsmülltonnen zu schütten, wobei Verunreinigung der Umgebung zu vermeiden ist. Die Behälter sind nach der Entleerung sofort zurückzuholen und stets in gutem Zustand zu erhalten.
8. In das Klosett dürfen Gegenstände, die eine Verstopfung verursachen können, nicht hineingeworfen werden. Auch in die Müllschluckanlage darf nur der normal anfallende Müll (z. B. Küchenabfälle) geworfen werden, keinesfalls aber Gegenstände, die eine Verstopfung der Anlage herbeiführen können.
9. Tritt in den Räumen Ungeziefer auf, so ist dies der Vermieterin unverzüglich anzuzeigen. Die Kosten der Beseitigung einschließlich der damit verbundenen Reparaturen, wie Neutapezierung, Kalken der Wände usw. fallen demjenigen Mieter zur Last, welchen ein Verschulden trifft.
10. Ruhestörungen jeder Art sind zu vermeiden. In der Zeit von 22.00 bis 7.00 Uhr darf weder musiziert noch gesungen werden. Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte sind auf Zimmerlautstärke einzustellen. Im Falle der Erkrankung eines Hausbewohners oder Nachbarn ist auch während der Tageszeit besondere Rücksicht zu nehmen.
In allen Wohnungen, die über bewohnten Räumen liegen, sind Nähmaschinen auf schalldämpfende Unterlagen zu stellen, Kinderwagen nur auf Teppichen und Läufern zu führen.
Motorfahrzeuge dürfen nicht mit laufendem Motor geparkt werden. Sie sind so abzustellen, daß der Verkehr innerhalb der Wohneinfahrt nicht behindert wird.
11. Im Haus oder Hof darf von dem Mieter kein Handel oder Gewerbe ausgeübt werden, es sei denn, daß die Vermieterin schriftlich ihre ausdrückliche Zustimmung hierzu gegeben hat.

Zur besonderen Beachtung: Auftretende Schäden außerhalb der Wohnung bitten wir ebenso zu melden wie die Schäden innerhalb der Wohnung, damit diese im Interesse der Mieter sowohl als auch im Interesse der Vermieterin sofort behoben werden können.

Ziffer 9 Bestimmung über die Instandhaltung

Die Vermieterin trägt die Kosten für

1. alle zum Fortbestand des Hauses erforderlichen Reparaturen, das sind in erster Linie Instandsetzungen am Äußeren des Hauses, an der Einfriedigung, der Bedachung, der Kanalisation und den Energieleitungen;
Ersatz von unbrauchbaren Öfen, es sei denn, daß diese nicht mindestens 10 Jahre benützt worden sind, Ersatz von unbrauchbaren Herden, es sei denn, daß diese nicht mindestens 15 Jahre benützt worden sind;
2. Reparaturen der Fußböden, Treppen, Spül- und Waschbecken und Klosetts; Reparaturen an Öfen und Herden, es sei denn, daß diese nicht mindestens 10 Jahre (Öfen) bzw. 15 Jahre (Herde) benützt worden sind; Instandsetzungen der gemeinschaftlich benützten Treppenhäuser, Waschküchen und Speicher in den Mehrfamilienhäusern.
Die Vermieterin trägt diese Kosten nicht, soweit die vorgenannten Reparaturen aus Gründen erforderlich werden, die der Mieter zu vertreten hat (vgl. insbesondere folgenden Absatz 4).

Der Mieter trägt die Kosten für

3. das Anstreichen, Kalken und Tapezieren der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden, Heizkörper einschließlich Heizrohre, der Einbaumöbel, Innentüren sowie der Fenster und Außentüren von Innen;
4. alle durch außergewöhnliche Abnutzung des Gebäudes, des Hofes, des Gartens, sämtlicher Installationen sowie durch eigenes Verschulden verursachte Reparaturen;
5. sämtliche in Absatz 2 von der Vermieterin nicht übernommenen Reparaturen und Reinigungsarbeiten, z. B. Ersatz zerbrochener Fensterscheiben. Instandhaltung der Beschlagteile an Türen und Fenstern, Reinigen der Öfen, Herde und Wasskessel, Reparatur oder Umtausch von Öfen und Herden innerhalb des in Absatz 1 genannten Zeitraumes, Durchspülen verstopfter Leitungen.

Von dem Mieter gewünschte bauliche Änderungen jeder Art bedürfen der schriftlichen Genehmigung der Vermieterin und gehen voll zu Lasten des Mieters.

Ziffer 10 Fristenplan für Schönheitsreparatur

Die turnusmäßige Durchführung von Schönheitsreparaturen hat jeweils spätestens nach Ablauf folgender Zeiträume zu erfolgen:

- In Wohnküchen spätestens alle 2 Jahre
- In Koch-/Eßküchen oder Kochnischen spätestens alle 3 Jahre
- In Bädern und in Räumen mit Duschanlagen spätestens alle 3 Jahre
- In Wohn- und Schlafräumen spätestens alle 5 Jahre
- In Fluren, Dielen und WC spätestens alle 5 Jahre
- In sonstigen Nebenräumen spätestens alle 7 Jahre

Nach Kriegsende war die Linderung der Wohnungsnot die vordringlichste Aufgabe. Sie war hervorgerufen durch die Zerstörungen des Krieges, die Wohnungsforderungen der Besatzungsangehörigen und den Bedarf der vielen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Der Mangel an Kapital, Handwerkern und Material verursachte besondere Schwierigkeiten, jedoch kam langsam der Aufbau und der Neubau zustande. Die Teilung 69 größerer Wohnungen und der Ausbau von Dachgeschossen (19 Wohnungen) brachte 88 neue Einheiten.¹⁷⁶ Bis zur Währungsreform (Juni 1948) gab es schon wieder 982 Mietswohnungen und 1.554 Siedlerstellen, davon 1.470 in der Hand der Siedler.¹⁷⁷ Einen Rückschlag brachte die große Explosion im Juli 1948, die 217 Wohnungen schwer und 338 Wohnungen leicht beschädigte.¹⁷⁸ Das erste Jahr mit einem zügigen Wohnungsbau unter fast normalen Verhältnissen war 1950. Bis Ende Mai 1951 konnten 395 Einheiten = 72,5 % der durch Kriegsschäden unwohnbar gewordenen Wohnungen wieder hergestellt werden. Ende 1952 war der Wiederaufbau abgeschlossen, und mit dem eigentlichen Neubau konnte begonnen werden.¹⁷⁹

443. Ausbau auf die heutigen Kapazitäten

Nach der Entflechtung der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, GmbH, firmierte die GEWOGE vom 27.5.1953 an als "Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen BASF, GmbH, Ludwigshafen am Rhein" mit einem Stammkapital von 3 Millionen DM, das bereits 1954 auf 10 Millionen DM erhöht wurde. Die Neugründung umfaßte die Aufgaben-

¹⁷⁶ BASF 5/1951, S. 158

¹⁷⁷ Lindemann, 1966, S. 5

¹⁷⁸ GEWOGE-Mitteilung (Herr Massar)

¹⁷⁹ GEWOGE-Mitteilung (Herr Lindemann)

bereiche der früheren GEWOGE und GESIEGE sowie die Verwaltung der Werkswohnungen.

Die allgemeine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ließ eine betriebliche Steigerung der Belegschaft für die kommende Zeit erwarten. Neue Wohnungen verschiedener Größe und Ausstattung mußten geschaffen werden, zahlreiche Wohnungswünsche früherer Jahre waren ebenfalls noch zu befriedigen. Das Stammkapital wurde 1959 auf 30 Millionen DM festgelegt, wobei die BASF mit einer Einlage von 29.100.000,-- DM und die Pensionskasse der Angestellten der BASF mit 900.000,-- DM die Gesellschafter waren.¹⁸⁰ Außerdem wurde in den folgenden Jahren Fremdkapital in Höhe von 120 Millionen DM aufgenommen.¹⁸¹

Seit Anfang der fünfziger Jahre bis in die Gegenwart entwickelte die GEWOGE ein großes Bauprogramm nach dem anderen und übte innerhalb mancher Orte und Städte baulich starken Einfluß aus. Ihr Aufgabenkreis umfaßte und umfaßt die Planung und Verwirklichung von Siedlungen, Stadtteilen und Wohnstätten.

In Ludwigshafen und anderen Städten überwiegt der Mietswohnungsbau, während in ländlichen Gemeinden der Eigenheim- und Siedlerstellenbau vorherrscht. Mitunter werden sowohl Hochhausbauten als auch Eigenheime in für sich abgeschlossenen Teilsiedlungen gebaut. Das "Baugruppenverzeichnis der GEWOGE 1968/69" über den Bestand an Wohnungen in Mietshäusern verzeichnet solche nur für die Städte Ludwigshafen und Frankenthal. Ländliche Gemeinden wie Fußgönheim (26 Wohnungen in 6 Miethäusern) und Limburgerhof bilden die Ausnahme, wobei die Gemeinde Limburgerhof eine Sonderstellung einnimmt, als "ein Beispiel für die Entwicklung einer Industriebeschäftigten-Wohnsiedlung."¹⁸²

180 GEWOGE-Mitteilung (Herr Lindemann)

181 GEWOGE-Festschrift, 1966, S. 4

182 Beck, 1963, S. 123

In Limburgerhof, erst seit 1930 eine selbständige Gemeinde, hat die Vorliebe vieler Stadtbewohner für ein eigenes Haus mit Garten außerhalb der Dunstglocke des großen Chemiewerkes - statt einer Mietswohnung in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes - hier einen an eine Stadtrandsiedlung erinnernden Komplex entstehen lassen (Abb. 37). Das geschlossene Grundbesitztum der BASF ließ es zu, in jeweils größeren Abschnitten und unter einheitlichen Gesichtspunkten die Bebauung - anschließend an die alten Kerne der HAUEISEN- und FISCHER-Kolonie - vorzunehmen. Ein unterschiedliches Gepräge dieser Wohngebiete, in denen Mietshäuser, Eigenheime und Siedlerstellen abwechseln, ergibt sich aus den verschiedenen Bauperioden.

Wirtschaftlich und soziologisch ist der Ort ein Bestandteil des großen Ballungsraumes. Von 4.000 Erwerbspersonen bei etwa 8.000 Einwohnern der Gemeinde sind heute ca. nur noch unter 2 % Landwirte, der Auspendleranteil liegt bei über 80 %.¹⁸³

Orte, deren Entwicklung auf einer ähnlichen Voraussetzung aufgebaut ist, sind die Gemeinden Birkenheide, Fußgönheim und Maxdorf, alle in einem Umkreis von nicht mehr als 15 km vom Werksgelände der BASF entfernt.

In Ludwigshafen wird die städtebauliche Beeinflussung besonders an 8 Schwerpunkten deutlich, die alle innerhalb des Stadtgebietes liegen. Die einzelnen Schwerpunkte stellen die Bauvorhaben dar, die jeweils über 100 Wohnungen in Mietshäusern und Eigenheimen ausmachen.¹⁸⁴

Ab 1959/60, als die beiden ersten GEWOG-Hochhäuser "Hannes" und "Peter" (Schwerpunkt 1) an der Saarland-Straße mit 168 Wohnungen und 44 Garagen zu Symbolen der

¹⁸³ Angabe Dr. Lutter, Bürgermeister v. Limburgerhof, 1969

¹⁸⁴ Eigene Zusammenstellung nach Unterlagen der GEWOG

modernen Stadt Ludwigshafen werden, beginnt die GEWOGE eine engere Zusammenarbeit mit den Planern der Stadt.¹⁸⁵ Größere Projekte werden von vornherein aufeinander abgestimmt. Untersuchungen über Wohnungswünsche und Wohngewohnheiten der BASF-Mitglieder lassen Planungen und Bauprogramme den Vorstellungen der künftigen Bewohner nahekomen. Die Anteile von Mietswohnungen und Eigenheimen oder neuerdings Wohnungseigentum können so den Vorstellungen vom "modernen Wohnen" angemessen werden.

Zwischen den Stadtteilen Ludwigshafen Süd und Mundenheim liegt, durch die Saarlandstraße getrennt, Schwerpunkt 2 des GEWOGE-Wohnungsbaus. Im sogenannten "Dichterviertel" und Teilen des angrenzenden "Musikerviertels" konnten in den Jahren 1956 bis 1966 über 100 Häuser mit 1.008 Wohnungen errichtet werden.¹⁸⁶

Schwerpunkt 3 liegt im Stadtteil Gartenstadt-Hochfeld. Hier wurden von seiten der Werksleitung der Versuch unternommen, das Siedlungseinfamilienhaus auf Grund bestimmter Verträge zum Eigenheim werden zu lassen. Zwischen 1957 und 1961 wurden 166 Eigenheime neben 232 Wohnungen und insgesamt 102 Garagen errichtet, und die Eigenheime entsprechend veräußert.¹⁸⁷

In unmittelbarer Werksnähe liegen 104 Wohnungen (gebaut 1957) am Alwin-Mittasch-Platz (Schwerpunkt 4) und diejenigen des Schwerpunktes 5, von denen bereits vor dem 2. Weltkrieg zwischen 1935 und 1939 46 Häuser mit 252 Wohnungen gebaut wurden. Rund 330 Wohnungen in 56 Häusern und 47 Garagen konnten im Wiederaufbauprogramm zwischen 1950 und 1952 neu errichtet werden.¹⁸⁸

Ein weiterer Eigenheimbauschwerpunkt (Schwerpunkt 6) befindet sich in Friesenheim mit 131 Eigenheimen,

¹⁸⁵ Eigene Berechnung nach GEWOGE-Baugruppenverzeichnis

¹⁸⁶ Eigene Berechnung nach GEWOGE-Baugruppenverzeichnis

¹⁸⁷ Eigene Berechnungen nach GEWOGE-Baugruppenverzeichnis

¹⁸⁸ Eigene Berechnungen nach GEWOGE-Baugruppenverzeichnis

Ein moderner und neuer Stil im GEWOG- Wohnungsbau prägt die vier Hochhäuser an der sogenannten Froschlache. An der Einschnürungsstelle der "Grünen Acht", dem künftigen großen Naherholungsgebiet innerhalb der Stadt, stehen diese Häuser am Rande des Stadtteils Oggersheim auf dem alten Überschwemmungsgebiet des Rheins. Die jeweils 70 Meter hohen, schlanken Häuser stehen in weiten Abständen voneinander und lassen den Blick bis zu den Höhen des Pfälzer Waldes zu. Jedes Haus hat 21 Wohn-, 2 Kellergeschosse und ein Dachgeschoß. Der Grundriß eines Stockwerkes (siehe Abb. 39) zeigt die eigenwillige Aufteilung der Wohnungen. Bemerkenswert sind die rund um die Etage laufenden Balkone und die große Halle, von der die einzelnen Wohnungen zu erreichen sind. Die beiden äußeren Hochhäuser haben je Stockw. vier, also je Haus 84 Wohnungen, die inneren Häuser je Etage fünf Wohnungen, also 105 Wohnungen pro Haus. Zusammen sind 378 Wohnungen mit Flächen zwischen 37 qm (1-Zimmer-Wohnung) und 126 qm (5-Zimmer-Wohnung) vorhanden. ¹⁹⁰ Der Wohnkomfort ist hoch. Die kleineren Wohnungen haben mit Einbaumöbeln eingerichtete Küchen, alle 3-, 4- und 5-Zimmer-Wohnungen sind mit einem zweiten WC ausgestattet. Keller und Abstellraum gehören zu jeder Wohnung. Unterstellräume für Fahrräder, Kinderwagen und Abstellflächen für Autos sind in genügend großer Zahl vorhanden. Elektrische Boiler und Durchlauferhitzer liefern unabhängig von der zentralen Heizungsanlage das warme Wasser. Ein Personenfahrstuhl und ein kombinierter Personen-/Lastenaufzug sorgen für einen schnellen und bequemen Vertikalverkehr. Am Rande des Grüngeländes wurde damit (1966) eine neue städtebauliche Dominante geschaffen (Abb. 38), die zusammen mit den

¹⁸⁹ Eigene Berechnungen nach GEWOG-Baugruppenverzeichnis

¹⁹⁰ GEWOG-Angabe (Herr Massar)

173 Wohnungen , 12 Eigenheimen und 46 Garagen in Oggersheim am Schloßkanal Schwerpunkt 7 bildet. ¹⁹¹

Im Norden der Stadt, in Edigheim, entstand 1961/62 unter Leitung der bekannten Architekten Tiedje (Stuttgart) und Lehmbrock (Düsseldorf) auf einer Fläche von etwa 17 ha eine Siedlung, die den Charakter eines geschlossenen Stadtteils trägt. 118 Eigenheime und 499 Wohnungen in 5 Hochhäusern bilden den Schwerpunkt 8. ¹⁹² Drei Stichstraßen erschließen das Wohngebiet in Ost-West-Richtung; von ihnen geht ein kreuzungsfreies Fußgängernetz aus, über das alle öffentlichen Einrichtungen z.B. Kirche, Kindergarten, Ladenzentrum etc. innerhalb des Wohngebietes erreicht werden können (Abb. 40). Der künstliche See am tiefsten Punkt des Geländes dient heute der Entwässerung und bietet einen reizvollen landschaftlichen Anziehungspunkt. Sein Aushub lieferte das Aufschüttungsmaterial für Straßen und Wege. Früher bildete die Skyline von Edigheim den markanten Abschluß der Stadt Ludwigshafen im Norden gegen die Gemarkung der Stadt Frankenthal. Heute liegt jenseits der Hochhäuser das neue Bauprojekt der GEWOGE und der städtischen Baugesellschaft GAG, die "Pfingstweide". Einen Überblick über die acht großen Schwerpunkte des Wohnungsbaus gibt Karte 3.

Außerhalb des Stadtgebietes von Ludwigshafen ist als großes Bauprojekt die Carl-Bosch-Siedlung in Frankenthal zu nennen. 1961/63 wurden hier 236 Wohnungen in 9 Häusern errichtet, die 1966 auf insgesamt 378 Wohnungen und 144 Einfamilienhäuser erweitert wurden. ¹⁹³

Der Eigenheimbau ist auf den Stadt- bzw. Landkreis Ludwigshafen konzentriert und wurde mit seinen Schwerpunkten bereits genannt: 14 Eigenheime in Neuhofen, 21 in Böhl und 2 bereits vor dem Kriege gebaute in Ruchheim

¹⁹¹ GEWOGE-Angabe

¹⁹² Eigene Berechnung nach GEWOGE-Baugruppenverzeichnis

¹⁹³ BASF-Nachrichten 3/1966, S. 14

gehören dazu. Die außerhalb der oben genannten Verwaltungseinheiten gelegenen, von der GEWOG gebauten Eigenheime sind unbedeutend. Auch im Siedlungsstellenbau können nennenswerte Veränderungen nicht angeführt werden. Sie verteilen sich in ihrer Mehrheit über das Gebiet der Vorderpfalz, wobei auffällt, daß ein Umkreis von 25 km Entfernung vom Werk nicht überschritten wird.

444. Sonderformen der betrieblichen Wohnungsfürsorge: Jugenddörfer und Erholungsheime

Als Sonderform der betrieblichen Wohnungsfürsorge sollen hier die Jugenddörfer und das Erholungswerk der BASF betrachtet werden.

Das große Werk wurde durch seinen hohen Personalbedarf ab Mitte der fünfziger Jahre veranlaßt, besonderen Wert auf die Einstellung jugendlicher Arbeitskräfte zu legen, die nicht nur aus dem unmittelbaren Einzugsgebiet, dem Rhein-Neckar-Raum, angeworben werden konnten. Zur Unterbringung gründete die BASF Jugenddörfer und Jungarbeiterwohnheime.

Um die Gesundheit des großen Mitarbeiterstabes zu erhalten und zu fördern, errichtete oder kaufte das Werk im Laufe der Jahre Erholungs- und Pflegeheime.

Die zeitweise angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt ließ es nicht immer zu, die Nachwuchsquote von rund 1.200 Jugendlichen jährlich nur aus dem engeren Einzugsgebiet der BASF und dem der vorderpfälzischen Arbeitsämter, für das Werk zu gewinnen. Es war notwendig, in anderen Bundesländern durch gezielte Werbeaktionen die erforderlichen Lehrlinge zu bekommen, vor allem, als sich die Nachwuchsschwierigkeiten durch die zahlen-schwächeren Jahrgänge noch zu vergrößern begannen. Die Notwendigkeit, diesen Arbeitskräften auch Wohnstätten

zur Verfügung zu stellen, veranlaßte die BASF, nach sorgfältiger Planung und Vorbereitung die Errichtung von Jugenddörfern nach Vorbild der Bergmann-Jugenddörfer zu beschließen. Im Laufe der Zeit wurden fünf Jugenddörfer und drei Jungfacharbeiterwohnheime eingerichtet. Sie liegen in den Orten:

Maximiliansau,
Neustadt an der Weinstraße,
Germersheim,
Limburgerhof und
Mühlacker.

Die Jungfacharbeiterheime sind mit Hilfe der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der BASF ausnahmslos in der Stadt Ludwigshafen errichtet worden: August-Winnig-Haus, Haus Rheinpfalz und Haus Friesenheim. Zusammen stehen damit mehr als 1.200 Internatsplätze zur Verfügung, die Lehrlingen vorbehalten bleiben, die nicht in der näheren Umgebung des Werkes beheimatet sind. ¹⁹⁴

Im Zusammenhang mit dem Begriff "Jugenddorf" ist das Wort "Dorf" nicht wörtlich zu verstehen. Es soll vielmehr die auf Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit der Jugendlichen beruhende Organisation der Einrichtung charakterisieren. Nur das Jugenddorf Limburgerhof, das ab 1955 von der GEWOGE errichtet wurde, ist als "Dorf" angelegt. In 22 Wohnhäusern ist Platz für über 600 Jugendliche. ¹⁹⁵ Jeder Wohnbau besteht aus vier für sich abgeschlossenen Wohnungen, drei davon sind von Jugendlichen, die vierte jeweils von einem Jugendleiter mit seiner Familie bewohnt. Je neun Jugendliche bilden eine Wohngemeinschaft. Sie teilen eine Wohnung, die aus drei Schlafzimmern und einem Wohnzimmer (Gesellschaftszimmer) besteht. Mittelpunkt des

¹⁹⁴ BASF-Pressestelle, Information v. 15.9.1965.

An der Zahl hat sich bis 1970 nichts geändert.

¹⁹⁵ BASF-Sozialstatistisches Büro

Jugenddorfes ist das Gemeinschaftshaus, in dem mit Ausnahme des Mittagessens - dieses wird in der BASF eingenommen - alle Mahlzeiten aus einer jugendheim-eigenen Küche eingenommen werden können.

Die Bewohner der Jugenddörfer kommen aus Bereichen des Saärlandes und der Westpfalz, die verkehrsmäßig sehr schlecht erschlossen sind, aus dem Bodenseeraum, der Umgebung von Koblenz und teilweise, in Zusammenhang mit der Stilllegung von Zechen, aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Besondere Werbekampagnen wurden in Schleswig-Holstein und der Oberpfalz geführt. Die Arbeitsämter Cham und Schwandorf im Bayerischen Wald stehen an der Spitze in der Werbung jugendlicher Arbeitskräfte in industriearmen Gegenden Deutschlands.

Hat der Jugendliche seine Lehrzeit mit der Abschlußprüfung beendet und will er weiter für die BASF arbeiten, so kann er in einem der drei modernen Jungfacharbeiterwohnheime in Ludwigshafen wohnen, bis er eine Wohnung sein Eigen nennen kann.

Die Führung dieser Art Industrie-Jugendheime wird nicht von der Firma selbst wahrgenommen, sondern von einem Aufsichtsgremium, das sich paritätisch aus Vertretern des Werkes, des Betriebsrates und des Christlichen Jugendwerkes Deutschland e. V. Stuttgart zusammensetzt.

Die gesundheitssichernden Maßnahmen der BASF für ihre Mitarbeiter nehmen einen besonderen und großen Raum ein. Bereits 1866, also ein Jahr nach der Gründung, wurde ein Werkarzt tätig.

Um lungenkranken Arbeitern Heilung unter besten Voraussetzungen gewährleisten zu können, erwarb das Werk 1891 ein schön gelegenes Gelände bei Dannenfels am Donnersberg in der Nordpfalz und errichtete in 400 m Höhe eine Lungenheilstätte, die erste ihrer Art in

Deutschland und zugleich Europas älteste Volksheil-
stätte. Die Errichtung dieses Krankenhauses gilt noch
heute als bedeutende Pionierleistung auf medizinischem
und sozialem Gebiet. Das heute noch existierende
Sanatorium verfügt über 78 Betten in Ein- und Zwei-
bettzimmern und steht seit 1961 auch Kranken aus ande-
ren Betrieben und Unternehmen offen, die über die So-
zialversicherungen eingewiesen werden können. 196

1903/04 wurde das Erholungsheim Kirchheimbolanden
errichtet, das inmitten eines 14.500 qm großen Parkes
liegt und mit anfangs 28, später mit 52 Betten den
BASF-Angehörigen zur Verfügung steht. 197

In St. Johann bei Albersweiler/Pfalz erwarb das Werk
1913 das ehemalige Schloß des Fürsten Thomas von Löwen-
stein, baute es um und benutzt es seither als Rekonva-
leszenzzentrum. 198

Kur- und Erholungsheime an der See und im Schwarzwald
runden die sozialen Einrichtungen des Erholungswerkes
der BASF ab. Haus Brandenburg in Westerland auf Sylt
steht besonders erholungsbedürftigen Kindern von
Werksangehörigen offen.

Als Neubau entstand 1954/55 in einem Hochtal nördlich
des Höllentals im südlichen Schwarzwald ein weiteres
modernes Erholungsheim mit über 100 Betten. 199

45. Siedlungsprojekte des werksgeforderten Wohnungsbaus

Zum Sonderproblem für viele große Industriebetriebe in
Deutschland ist die Wohnungspolitik geworden. Die an-
gespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, vor allem in den
Ballungsräumen, hat dazu geführt, daß die Anwerbung

196 BASF information 9/1968, S. 14

197 BASF information 4/1955, S. 20

198 BASF information 4/1955, S. 21

199 BASF information 4/1955, S. 22

von neuen Arbeitskräften nicht mehr möglich ist, wenn damit nicht gleichzeitig die Vermittlung einer Wohnung verbunden ist. Im besonderen gilt das für qualifizierte Mitarbeiter, vor allem für Akademiker.

Der Raum Ludwigshafen bietet auch heute noch nicht genügend Wohnraum mit guter Ausstattung zu angemessenen Mietpreisen. Deshalb müssen weitere Wohnungen gebaut werden. Die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der BASF, die GEWOGE und neuerdings ihre Tochtergesellschaft, die "LUWOGE Wohnungsunternehmen GmbH" projektierten neue Siedlungen, die zum Teil bereits gebaut werden. Dabei liegt der Schwerpunkt der LUWOGE beim Mietswohnungsbau, während die GEWOGE sich künftig mehr dem Bau und der Betreuung von Wohnungseigentum zuwendet. Aufsichtsrat und Geschäftsleitung beider Gesellschaften sind personengleich, um die Kontinuität der Tätigkeit beider Gesellschaften zu sichern.

Grundbesitz und -erwerbungen im Einzugsgebiet der BASF, vor allem in zahlreichen Gemeinden der Vorderpfalz, geben auch in Zukunft Möglichkeiten, Siedlungen zu bauen oder Bauwilligen Gelände zur Verfügung zu stellen.

451. Siedlungsvorhaben "Pfingstweide"

Eine merkliche Entspannung der immer noch prekären Wohnungsmarktlage im Ludwigshafener Raum soll die Bebauung der nördlich des Stadtteils Edigheim gelegenen "Pfingstweide" bringen, siehe Karte 3 und 5.

In den nächsten Jahren sollen dort 2.710 Wohneinheiten für rund 9.500 Bewohner entstehen, die die BASF mit Hilfe der GEWOGE/LUWOGE zusammen mit der GAG (Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau) der Stadt Ludwigshafen bauen wird. 200

200 BASF information 4/1968, S. A

Auf einem rund 60 ha großen Gelände entsteht im Anschluß an den Stadtteil Edigheim das neue Wohngebiet. Es erstreckt sich bis fast zur Autobahn Mannheim-Saarbrücken im Norden; die Ostgrenze ergibt sich durch den noch zu bauenden Autobahnzubringer. Im Westen reicht es bis zur Gemarkungsgrenze Ludwigshafen/Frankenthal an das Stadtrandgebiet Frankenthals.

Noch 1959 wurde das Planungsgebiet der "Pfingstweide" als Gewerbegebiet ausgewiesen; es sollte zur Ansiedlung der durch den Bahnhofsbau aus Ludwigshafen ausgewiesenen Firmen dienen. Eine Änderung des Flächennutzungsplanes ergab 1964 auch eine Änderung für dieses Gebiet; es wurde nun als Wohnungsbebauungsland klassifiziert, das die Stadt Ludwigshafen für ihre Wohnungssuchenden bebauen wollte.²⁰¹ Nach einer stürmischen Aussprache zwischen SPD und CDU in einer Stadtratssitzung Mitte März 1966 bot die Stadt einen Teil des Geländes der BASF bzw. deren Baugesellschaft zur Bebauung an. Diese "Good-Will"-Aktion sollte die BASF veranlassen, ihre Konzernspitze komplett in Ludwigshafen anzusiedeln.²⁰² Bereits im April konnte das Beteiligungsverhältnis festgelegt und dem Stadtrat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Da der BASF der Schwerpunkt der Bebauung übertragen wurde, übernahm sie Planungsführung und alle bereits angefallenen und weiter entstehenden Planungs- und Erschließungskosten.²⁰³ Der bis dahin vorliegende Bebauungsplan wurde überprüft und im Einverständnis mit der Stadt und den beteiligten Baugesellschaften GAG, GEWOGE/LUWOGE und dem neuen Planer, Architekt Dipl.-Ing. Albert Speer, den Notwendigkeiten der gemeinsamen Bauträgerschaft angepaßt. Ende 1966 lag der neue Bebauungsplan vor (siehe Karte 5). Im Herbst 1967 begann die Erschließung des Gebietes.

201 Auskunft Stadtpresseamt Ludwigshafen (Dr. Schneider)

202 Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 11/1966, S. 1

203 Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 14/1966, S. 1

Damals rechnete man mit etwa 10 Millionen DM Kosten; rund 4 Millionen DM für Kanäle, Pumpwerk und Regenrückhaltebecken, 6 Mio. DM für 8 km Straßen und Wohnwege. ²⁰⁴ Wie die Übersichtskarte über das Stadtgebiet Ludwigshafen zeigt (Karte 3), wird das Planungsgebiet durch den gegenwärtigen Autobahnzubringer zerschnitten. Dieser wird im Zuge des Straßenneubaus und durch die Umgestaltung der Verkehrsführung im Raum Ludwigshafen-Frankenthal während des 2. Bauabschnitts an den östlichen Rand des neuen Siedlungsprojektes verlegt. Ein Sichtschutz- und Schallwall soll das künftige Wohngebiet vor Lärmbelästigung schützen. Außerdem wird eine Verlegung der Isenach notwendig; der Frankenthaler Kanal wird zugeschüttet. Der ursprüngliche Plan, eine kreuzungsfreie Schnellstraße auf dem zugeschütteten Kanal zu bauen, wurde verworfen. Man befürchtete, eine Schnellstraße würde das Gebiet in zwei für sich lebendige Stadtteile gliedern. ²⁰⁵

Tabelle 13: Siedlungsprojekt "Pfingstweide in Zahlen" ²⁰⁶

Bruttobauland	58,94 ha
Nettobauland	45,27 ha
Nettowohnbauland	37,02 ha
Straßen	4,03 ha
Fußwege	4,20 ha
Öffentliche Parkplätze	1,14 ha
Öffentliche Flächen	8,25 ha
Straßenbahn	0,90 ha

In sechs großen Bauabschnitten sollen 2.710 Wohneinheiten, davon 256 Einfamilienhäuser, entstehen; außer-

²⁰⁴ Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 36/1967, S. 1

²⁰⁵ Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen der Stadt Ludwigshafen, Herr Hieb

²⁰⁶ Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 36/1967, S.1 und BASF information 4/1968, S. B

dem 3.657 Garagen und Abstellplätze für Pkws. 207
 Der Anteil der BASF gegenüber der GAG beträgt etwa
 60 : 40.

BASF	GAG
1.400 Wohneinheiten,	1.310 Wohneinheiten,
davon 160 Einfamilien-	davon 96 Einfamilien-
häuser 208	häuser 209

Der Übersichtsplan über das Wohngebiet "Pfingstweide" (Karte 5) zeigt die Lage und Verteilung der von den verschiedenen Gesellschaften gebauten Wohneinheiten. Die in Gruppen gegliederten Einfamilienhäuser umschließen an drei Seiten eine sich zum Zentrum hin staffelnde Hochbebauung. Mittelpunkt bilden die 7- bis 17-geschossigen Kettenhäuser. Quadratische Punkthäuser mit jeweils 9 Geschossen sind in drei Gruppen zu je fünf Häusern kreisförmig so zueinander geordnet, daß ein direktes Gegenüber vermieden wird. Viergeschossige, aneinandergereihte Häuser bilden den Kontrast zu den niedrigen Einfamilienhäusern. Im Interesse der Eingliederung in die Geschlossenheit des Bauvorhabens sind den Bauformen, der Bauweise und Anlage gewisse Beschränkungen auferlegt worden. Ein Optimum an wirtschaftlichem Grundriß und hohem Wohnwert wird angestrebt. Es wird u.a. dadurch erzielt, daß der Baukörper zweckmäßig um ein halbes Geschoß versetzt wird, so daß sich im sogenannten "Schlafteil" des Hauses die Möglichkeit ergibt, den Hochkeller oder das Souterrain für Wohnzwecke zu gestalten. Zwei Hausgrundtypen werden gebaut:

1. Gruppeneinfamilienhaus auf 200 und 300 qm durch-

207 Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 36/1967, S.1 und
 BASF information 4/1968, S. B

208 Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 36/1967, S. 1

209 Eigene Berechnung

schnittlicher Grundstücksgröße mit 100 und 162 qm Wohnfläche, 55 und 79 qm zusätzlicher Nutzfläche bei einem Gesamtherstellungspreis von 99.000 und 149.000 DM (Juli 1968) und

2. Gartenhofhaus auf einer durchschnittlichen Grundfläche von 220 bzw. 400 qm bei einer Wohnfläche von 105 bzw. 161 qm und einer zusätzlichen Nutzfläche von 66 bzw. 87 qm. Die geschätzten Gesamtherstellungskosten im Juli 1968 betrugen etwa 107.000 DM bzw. 158.000 DM. 210

Die Baukörper sind grundsätzlich kubisch gehalten und haben Flachdächer. Von vornherein werden Anschluß an die Fernheizung und die Gemeinschaftsantenne vertraglich vereinbart. Die Auswahl und endgültige Zahl der verschiedenen Typen hängt vom Bedarf ab, denn innerhalb der im Serienbau möglichen Einschnitte können nach Wunsch der späteren Erwerber Änderungen, besonders solche im Innenausbau, vorgenommen werden. Mit den Erwerbern wird ein Kaufanwärter-Vertrag geschlossen. Als Eigenkapital sind 25 % des Erwerbspreises aufzubringen, Finanzierungsbeihilfen können in Form von Hypothekendarlehen der selbständigen Altersversorgungseinrichtungen der BASF in Anspruch genommen werden. Einfamilienhaus- und mehrgeschossige Bebauung müssen möglichst koordiniert werden. Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich aus den bei der Stadt Ludwigshafen verbleibenden Einfamilienhausparzellen, die direkt an die Bewerber weitergegeben werden. Diese Bauherren, die vorläufig nur den Erwerb eines Bauplatzes wünschen, sind durch den Bebauungsplan, die Baugestaltungsverordnung und die Gestaltungsrichtlinien an bestimmte Bauformen gebunden. Durch sie wird jedoch eine termingerechte Bebauung in allen Bauabschnitten kaum möglich sein.

Karte 5

Gesamtplan

Wohngebiet Pfingstweide
(Stand 1968)

Eigenheime GEWOGE

Miethäuser LUWOGE

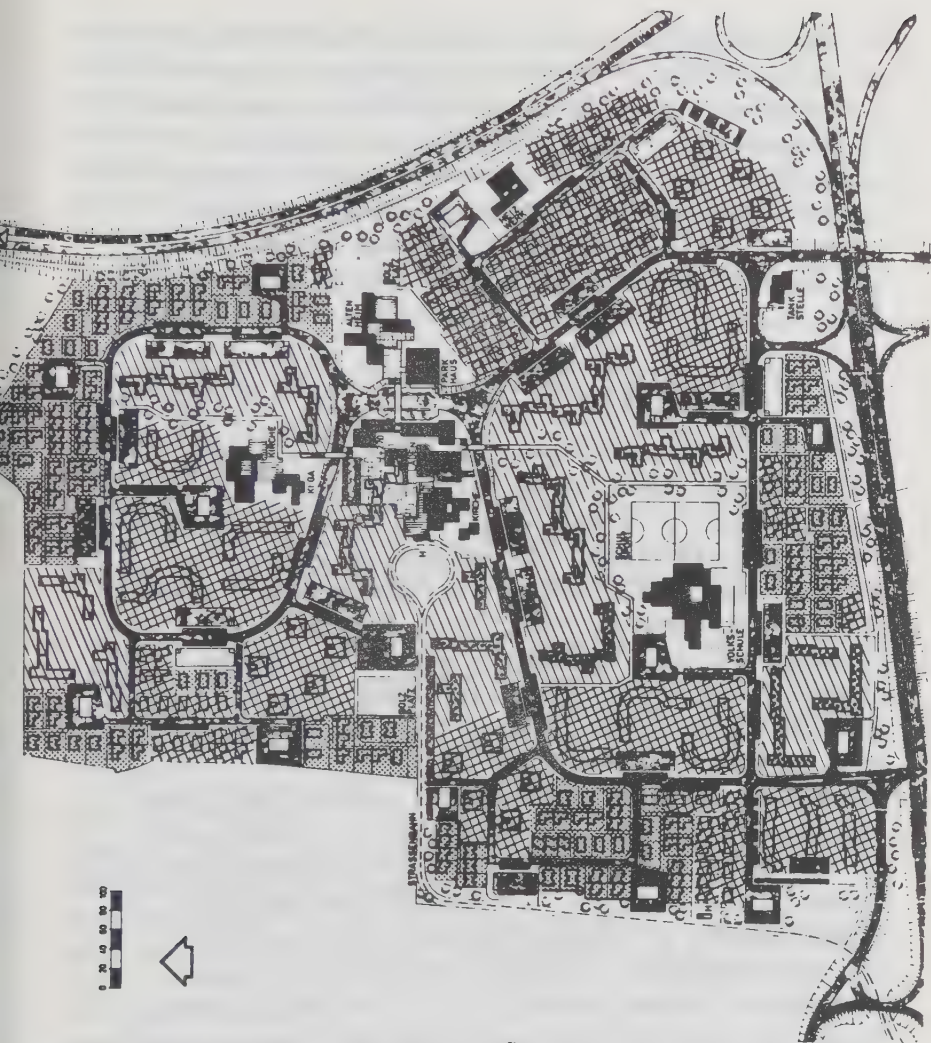
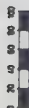
Wohnbauten GAG

Öffentliche Gebäude

Straßen

1. Bauabschnitt

Quelle: LUWOGE/GEWOGE
BASP information 4/1968
Entwurf: S. Hölzner



Das gesamte Wohngebiet wird durch eine große Hauptstraße erschlossen. In zwei Ringen, einer versetzten Acht vergleichbar, wird sie die Siedlung durchziehen. Stichstraßen und Wohnwege besorgen die innere Erschließung. Der Anschluß an das örtliche und überregionale Straßennetz erfolgt kreuzungsfrei im Süden. Eine Straßenbahnlinie soll später eine direkte Verbindung mit dem Stadtkern Ludwigshafen bringen. Bis zu ihrer Anlage übernimmt diese Funktion eine Omnibuslinie.

Für jede Wohnung ist eine Garage oder ein Pkw-Abstellplatz vorgesehen; für je zwei Wohnungen ein zusätzlicher Parkplatz (also 1,5 Autoabstellplätze pro Wohnung), das entspricht den Wünschen einer modernen Stadtplanung. Sammelgaragen oder solche auf dem eigenen Grundstück (bei Einfamilienhäusern) überwiegen. An öffentlichen Einrichtungen sind geplant: Einkaufszentren mit allen lebensnotwendigen, üblichen Läden, Kirchen beider Konfessionen, eine Volksschule mit 24 Klassen und einer eigenen Turnhalle und Sportanlage, ein Altenzentrum. Ein zentrales Heizwerk wird die Eigenversorgung mit Wärme und Warmwasser vornehmen. ²¹¹

Mit dem ersten Bauabschnitt dieses größten geschlossenen Siedlungsgeländes der Pfalz hat die GEWOGE im Juni 1968 im südwestlichen Gebiet der Pfingstweide begonnen (siehe Karte 5). ²⁹² LUWOGE-Wohnungen, 172 Mietwohnungen in viergeschossigen Zeilenbauten und 120 Mietwohnungen in sieben- bis elfgeschossigen Kettenbauten werden erstellt. ²¹² Ein Teil dieser Wohnungen konnte bereits bezogen werden. Außerdem wird die GAG im gleichen Gebiet 420 Wohnungen, 180 in neungeschossigen Punkthäusern und 240 in viergeschossigen Zeilenhäusern bauen. ²¹³ Der Prozentsatz an großen

²¹¹ Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 36/1967 S. 1 und BASF information 4/1968, S. B

²¹² BASF information 4/1968, S. E

²¹³ BASF information 4/1968, S. E

Wohnungen ist hoch. Überwiegend 3- bis 5-Zimmer-Wohnungen mit 90 - 112 qm Wohnfläche werden errichtet. Die Grundmiete bei den LUWOG-wohnungen wird bei monatlich zwischen 3,00 DM und 3,50 DM pro Quadratmeter liegen, wobei Heizungs- und Warmwasserkosten gesondert anfallen.²¹⁴ Die Mieten der GAG-Wohnungen werden mit ihrem Mietspreis zwischen den sozial geförderten und den freifinanzierten Wohnungen liegen und etwa 3,70 DM pro Quadratmeter kosten.²¹⁵

Mit dem zur Zeit im Bau befindlichen Projekt "Pfingstweide" wird das Werk Ludwigshafen der BASF einen Bestand von rund 20.000 Wohnungen besitzen. Jeder dritte Werksangehörige und Pensionär wird in einer von der BASF gebauten oder mit ihrer Hilfe finanzierten Wohnung leben.²¹⁶ Diese Entwicklung kennzeichnet wohl am besten die Bedeutung des von der BASF geförderten Wohnungsbaus.

Das Statistische Büro und die Personalabteilung der BASF haben eine Erhebung über den heutigen Wohnungsbedarf ihrer Mitarbeiter und die Zahl der Wohnungen für künftige Neueinstellungen durchgeführt. 1967 suchten 3.100 Mitarbeiter eine Wohnung, davon waren 2.116 Arbeiter, 915 Tarifangestellte und 169 außertarifliche Angestellte. Etwa 1.000 Wohnungswünsche können davon als nicht vordringlich abgezogen werden. Weitere 500 Mitarbeiter waren am Kauf eines Bauplatzes für ein Eigenheim oder direkt an einem Kaufeigenheim interessiert.²¹⁷

²¹⁴ Stadt-Anzeiger Ludwigshafen Nr. 36/1967, S. 5

²¹⁵ GEWOG-Askunft (Herr Lindemann)

²¹⁶ BASF information 5/1968, S. 9

²¹⁷ GEWOG-Aktennotiz vom 27.6. 1967 (BASF-Firmenarchiv)

Der künftige Bedarf für die erwarteten Neueinstellungen in den Jahren 1968 bis 1973 ergibt folgende Zahlen:

Tabelle 14: Zu^{erwartende} Neueinstellungen 1968 bis 1973 ²¹⁸

Mitarbeiter	pro Jahr	1968-73 insges.
Arbeiter	800	4.800
Tarifangestellte	500	3.000
außertarifliche Angestellte	140	840
Insgesamt		8.640

Tabelle 15: Benötigte Wohnungen 1968 bis 1973 ²¹⁹

Mitarbeiter	Wohnungen pro Jahr	1968-73 insges.
Arbeiter	20	120
Tarifangestellte	60	360
außertarifliche Angestellte	100	600
Insgesamt		1.080

Bei 2.100 Wohnungen für den heutigen Bedarf und 1.080 Wohnungen für den künftigen Bedarf ergibt sich ein Gesamtbedarf von 3.180 Wohnungen. Diese Zahl muß jedoch noch einer kritischen Betrachtung unterzogen werden! Viele der bereits bestehenden GEWOG- und Neubauwohnungen werden durch die Fluktuation der Mieter wieder zur Verfügung gestellt, so daß immer die Möglichkeit besteht, den Wohnungssuchenden aus dem bereits vorhandenen Bestand Wohnraum zu beschaffen. Es kann etwa ein Prozent-

²¹⁸ GEWOG-Aktennotiz vom 27.6. 1967 (BASF-Firmenarchiv)

²¹⁹ GEWOG-Aktennotiz vom 27.6. 1967 (BASF-Firmenarchiv)

satz von 25 angenommen werden, ²²⁰ folglich würden bis 1973 etwa 2.400 Neubauwohnungen benötigt werden. ²²¹ Hinzu kommt allerdings noch der Bedarf an Einfamilienhäusern. Es ist bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt, daß im Laufe der Zeit die Wohnungsansprüche höher werden (Wunsch nach mehr Räumen) und sich z.B. durch Veränderungen des Familienstandes weitere Wohnungswünsche ergeben. ²²²

Nach diesen Zahlen zu urteilen, wäre das Wohngebiet "Pfingstweide" bereits ausgebucht, wobei jedoch bis heute niemand sagen kann, ob die neue Siedlung als Wohnstätte begehrt sein wird. Die einzelnen Abteilungen in der BASF sind unterschiedlicher Meinung. Gewöhnlich will die Mehrzahl der BASF-Mitglieder nicht mehr als 16 % ihres monatlichen Einkommens für Miete ausgeben. Positiv für alle BASF-Mitarbeiter wird sich zweifellos die Nähe der "Pfingstweide" zum Werk auswirken; ob sie allerdings attraktiv genug für Akademiker und andere Führungskräfte der BASF sein wird, für die es seit Jahren zu wenig Wohnraum in Werksnähe gibt, ist fraglich. Der Trend, "im Grünen" im eigenen Bungalow zu wohnen, hält an und nimmt sogar zu, wobei die Motorisierung mit einem Zweitwagen entscheidend beiträgt. Bevorzugte Wohngegenden sind die Haardt und der Odenwald. Lange Anfahrtswege werden in Kauf genommen. Unerfreulich für das Pfingstweide-Wohngebiet könnte sich der Bau des neuen Zuchthauses Frankenthal in unmittelbarer Nachbarschaft auswirken.

Die Stadtverwaltung Ludwigshafens zeigt sich in der Beurteilung des Wohnprojektes wesentlich zuversichtlicher. Durch eine Repräsentativ-Erhebung aus dem Jahre 1966 fühlt sie sich bestätigt. Damals wurden von der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen e.V. (GEWOS) Ham-

220 Erfahrungswert der GEWOG

221 Eigene Berechnung

222 GEWOG-Aktennotiz vom 27.6.1967

burg insgesamt 15.827 Haushalte befragt: 8.074 in Ludwigshafen und 7.753 in 49 Umlandgemeinden, in denen insgesamt 65 % der nach Ludwigshafen pendelnden Erwerbstätigen ansässig waren. ²²³ 61 % der befragten Haushalte wollen künftig in Ludwigshafen wohnen. Innerhalb des Stadtgebietes werden vor allem die Außenbezirke Oggersheim, Edigheim, die Gartenstadt, der Stadtrand und die Innenstadt als Wohngegenden bevorzugt. Am häufigsten wird eine günstige Lage zur Arbeitsstätte angegeben (43%), d.h., daß die Grenzen des Wohnungsteilmarktes entscheidend von der räumlichen Zuordnung der Funktion Wohnen und Arbeiten bestimmt werden. Landschaftlich reizvolle Gegenden (16 %) und nicht so dicht bevölkerte Wohngegenden (14 %), die am Stadtrand liegen sollen, werden ebenfalls bevorzugt. Neubauwohnungen des sozial-geförderten Wohnungsbaus bestimmen maßgeblich den Zuzug. 80 % bevorzugen ein Wohnungsunternehmen als Vermieter. Größere Sicherheit, Billigkeit, weniger Ärger und Zuverlässigkeit werden als Vorteile gegenüber dem privaten Hauseigentümer angegeben. Zentralbeheizte Wohnungen, normale Küchen (keine Kochnischen) und gekachelte Bäder in Mehrfamilienhäusern bis zu vier Geschossen (79 %) und Hochhaus-Wohnungen (14 %) werden verlangt. Als Motive für einen Wohnungswechsel ergeben sich Beengtheit, unzureichende Qualität und Streben nach einer eigenen Wohnung oder nach eigenem Haushalt. ²²⁴

Da der Wohnungsbedarf in Ludwigshafen auf absehbare Zeit weniger von der Bevölkerungsentwicklung abhängt - z.Z. stagniert die Bevölkerungszahl - als umgekehrt die Bevölkerungsentwicklung von der Wohnraumbeschaffung abhängig zu sein scheint, glaubt die Stadtverwaltung, die Wohnungen im "Pfingstweide-Gebiet" binnen kürzester Zeit vermieten zu können.

²²³ GEWOS-Bericht, 1966

²²⁴ GEWOS-Bericht, 1966

Ein weiteres Projekt der BASF-eigenen Wohnungsbaugesellschaft GEWOGE ist in der Gemarkung Birkenheide geplant. Auf einem 130 ha großen Gelände im Landkreis Neustadt, westlich von Ludwigshafen sollten in der Isenach-Niederung etwa 3.500 Wohnungen für 12.000 Menschen entstehen.²²⁵ Unmittelbar nördlich der schon vorhandenen Bebauung war eine "differenzierte Gestaltung der neuen Siedlung mit Wohnformen und Wohnungsgrößen vorgesehen, wie sie dem zu erwartenden vielfältigen sozialen Querschnitt der künftigen Bevölkerung und deren Wohnbedürfnisse entsprechen."²²⁶ Abbildung 41 zeigt in einer Übersicht die Lage des Planungsgebietes. Als erster Preisträger des Wettbewerbs ging der Architekt Dipl.-Ing Albert Speer hervor, dessen Entwürfe jedoch bis auf weiteres zurückgestellt wurden, da der Ausbau der "Pfungstweide" für die BASF aus verkehrstechnischen und volkswirtschaftlichen Gründen günstiger erschien. Das Projekt "Birkenheide" vor den Toren der Chemiestadt wird jedoch weiterhin interessant bleiben und erneut an Bedeutung gewinnen, wenn das Schnellstraßensystem in der Netzplanung Vorderpfalz voll ausgebaut sein wird. Das Zusammenwirken der Städte mittlerer Größe und Bedeutung (Worms, Frankenthal, Bad Dürkheim, Neustadt, Speyer), die in verhältnismäßig geringen Abständen im Umkreis Ludwigshafens liegen und mit ihrer "Zentralstadt" vielfältig verbunden sind, wird durch bereits begonnen Ausbau des Straßensystems immermehr zu der für diesen Raum vorausgesagten Regionalstadt Rheinhardt führen. Durch die moderne Verkehrstechnik verringert sich die Zeitspanne in der Überwindung von Räumen zunehmend, dadurch entstehen für viele Orte neue Lagewerte. Solche Räume, die früher für Industrie, Gewerbe und

225 GEWOGE, 1965, S. 7

226 GEWOGE, 1965, S. 7

Wohnen als abgelegen galten, werden beim Endausbau durch autobahnmäßige Fahrbedingungen erreichbar sein. Das Projekt Birkenheide kann außerdem an das östlich der Gemeinde Maxdorf verlaufende Schienennetz der Rhein-Haardt-Bahn angeschlossen werden. Es ist vorgesehen, die elektrische Überlandstraßenbahn durch eine Stichlinie bis in das Planungsgebiet zu führen, denn erst wenn eine schnelle Verkehrsverbindung nach Ludwigshafen und Mannheim geschaffen ist, wird die vom zusammenhängenden Siedlungsraum getrennte Siedlung wirklich lebensfähig.

433. Vorratsgelände

Im Laufe der Zeit haben die BASF und die GEWOGE in zahlreichen Gemeinden der Pfalz Grundbesitz erworben. Im April 1968 befanden sich rund 200 ha unbebaute Grundstücke mit einem Wert von etwa 20 Mio. DM im Besitz der GEWOGE.²²⁷ Tabelle 16 und Abbildung 42 geben einen Überblick über die Größenordnung und die Lage des Grundbesitzes.

Tabelle 16: Unbebaute Grundstücke (Vorratsgelände) der GEWOGE in der Pfalz (1968)²²⁸

ORT	Hektar
Ruppertsberg	0,99
Frankenthal	1,10
Fußgönheim	1,47
Hambach	2,08
Mutterstadt	2,07
Ellerstadt	5,56
Limburgerhof	9,57
Ruchheim	48,60
Ludwigshafen	51,37
Birkenheide	76,13

²²⁷ GEWOGE-Angabe (Dr. Lindemann)

²²⁸ Eigene Schätzung nach GEWOGE-Angabe

Auf dem Vorratsgelände der GEWOGE in Limburgerhof ist ein Bauvorhaben geplant. Da es innerhalb des Ortes keine nennenswerte Landwirtschaft mehr gibt, sieht die GEWOGE dem Ankauf der noch fehlenden Ackerstreifen zuversichtlich entgegen. Die unmittelbare Bahnverbindung der Gemeinde zum Werksgelände der BASF und die Versuchsanstalt der BASF in den Gemeindegrenzen begünstigen dieses Projekt. Innerhalb des Stadtgebietes Ludwigshafen (Karte 3) besitzt die GEWOGE 51 ha Vorratsgelände. Es verteilt sich folgendermaßen:

Friesenheim	3,03 ha;	Edigheim	2,36 ha;	
Oggersheim	8,02 ha;	Oppau	37,95 ha.	229

Interessant erscheint hier das unbebaute 37-ha-große Willersinngbiet südlich Oppau. Obwohl das Gelände heute noch eine starke Zersplitterung zeigt und teilweise versumpft ist, so könnte man sich hier durchaus eine zukünftige Großsiedlung vorstellen, die die Verbindung zwischen Oppau und Friesenheim herstellt.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Untersuchung hatte sich zum Ziel gesetzt, einige der Ansprüche aufzuzeigen, die ein großes und spezialisiertes Werk wie es die BASF darstellt, an den umgebenden Raum hat.

Die Gründung eines Großunternehmens kann nur dann erfolgreich sein, wenn viele Voraussetzungen von Anfang an erfüllt werden, wie zum Beispiel guter Baugrund, Arbeitskräfte, Energie- und Wasserversorgung, Verkehrswege. Eine der wichtigsten ist das Vorhandensein von ausreichend Gelände, um Ansprüchen zur Erweiterung der Werksanlagen zu genügen. Unter Inwertsetzung der Lagepotenzen in Ludwigshafen entwickelte sich die BASF von 1865 bis heute von einem kleinen, Farben herstellenden Betrieb zu einem multinationalen Unternehmen von internationalem Ruf mit breitem Sortiment der verschiedensten chemischen Produkte.

Die Geländeansprüche des Werkes während der über hundertjährigen Entwicklung wurden immer größer und führten schließlich zu einer Flächenausdehnung von über 650 ha. Als monolithischer Block, der nur im westlichsten Abschnitt des nördlichen Werksteils etwas aufgelockert ist, nimmt die Fabrik etwa ein Zehntel der Ludwigshafener Stadtfläche ein, die vom Stadtvermessungsamt mit 6.805 ha (1969) angegeben wird.

Die Befriedigung des Raumbedarfs für die Werksanlagen bedingten Eingriffe in die Landschaft und führten zu einer Überformung der physisch vorgegebenen feuchten Rheinniederung. Das Gelände mußte besonders im Oppauer Bereich aufgeschüttet werden. Um das Aufschüttungsmaterial zu gewinnen, wurden Hohlformen geschaffen, die noch heute im Ludwigshafener Stadtteil Friesenheim als wassergefüllte Gruben oder Badeseen vorhanden sind.

Auch das Äußere der Werksanlagen verwandelt die Physiognomie der Landschaft. Das Aufrißbild beeindruckt besonders durch die unterschiedlichen Dimensionen der Ge-

bäude, der Apparaturen und der durch Rohrleitungen verbundenen Systeme, wobei Vertikalität und horizontale Erstreckung miteinander abwechseln.

Neben den Ansprüchen für die Erweiterung des Werksgeländes entstanden im Laufe der Zeit zunehmend solche für die Abfallbeseitigung. Konnten früher die anfallenden Rückstände auf dem Werksgelände verbrannt oder in Müllhalden der Stadt Ludwigshafen mit eingebracht werden, so ist das seit Mitte der fünfziger Jahre unmöglich geworden. In Werksnähe erwarb die BASF am Feuerberg in der Nähe Bad Dürkheims durch Aushub von Baumaterial entstandene Gruben und füllt sie unter Verwendung groben Mülls auf. Physiognomisch wirkt die Fabrik hier flächenausgleichend und gliedert die gestörten Landschaftsteile wieder in das natürliche Landschaftsgefüge ein.

Da die Flächen am Feuerberg dem laufend steigenden Bedarf für die Abfallbeseitigung nicht ausreichen, kaufte die BASF ein 84 ha großes Gelände auf der Rheininsel Flotzgrün, südlich Speyer. Mit dem Aufschütten einer im Endstadium 1,4 km langen, 600 m breiten und 35 m hohen Müllhalde ist begonnen worden. Zur landschaftlichen Eingliederung erfolgt eine Bepflanzung des Müllberges. Dieses Gelände soll die Ansprüche decken, die die Abfallbeseitigung in den kommenden 60 Jahren stellt.

Von der BASF gehen über die in ihr beschäftigten Arbeitskräfte unmittelbare Einflüsse bedeutenden Umfanges auf das Siedlungswesen im umliegenden Raum aus. Neben dem Bedarf an Grund und Boden für die Erweiterung des Werkterrains bestanden von Beginn der Fabrikgründung Geländeansprüche für den werksgeförderten Wohnungsbau und andere freiwillige Sozialleistungen.

Maßgebend für die Wohnungsfürsorge sind: die Schaffung und Erhaltung eines treuen Mitarbeiterstammes, die Steigerung der Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche Notwendigkeit, da der allgemeine Wohnungsmarkt oft die Ansprüche nicht decken kann.

Waren es in den Jahren nach der Gründung nur geringe Flächen, auf denen in unmittelbarer Nähe der Fabrik-tore Werkswohnungen gebaut wurden, so hat die BASF in der nachfolgenden Zeit sowohl innerhalb des Stadtge-bietes als auch in einem Umkreis von bis zu 60 km punkt- und flächenhaft gewirkt.

Innerhalb vieler vorderpfälzischer Gemeinden hat das Werk Gelände erworben, um der Belegschaft im Werks-geförderten Wohnungsbau gute Unterkünfte zur Verfügung stellen zu können. Finanzielle und zeitliche Belastun-gen werden von der Belegschaft als durchaus tragbar ange-sehen, wenn gesunde, ruhige und landschaftlich anspre-chende Wohnverhältnisse den Gegenwert bilden. Die BASF kommt mit den Geländekäufen einerseits dem Wunsch nach dem "Wohnen im Grünen" und ähnlichen Argumenten des Mitarbeiterstammes nach, andererseits umgeht sie die hohen Baulandpreise im Stadtbereich. Zum Teil beruhen die Geländekäufe auch in der aus sozialpolitischen Über-legungen geförderten Politik der Eigentumsbildung durch Eigenheimbau.

Die einheitliche Gestaltung großer Wohnbaugruppen unter einer Planführung ist das hervorstechendste Merkmal des BASF-Wohnungsbaus. Bei aller durch Rationalisierung bedingten Typisierung der Häuser erlaubt sich doch eine freiere Gestaltung größerer Teile des Siedlungsraumes. Vielfach kommt es zur Planung (Birkenheide) oder zum Ausbau neuerer Zentren mit Kirche, Schule, Einkaufs-möglichkeiten und anderen Dienstleistungen (Pfingst-weide, Edigheim). Durch die Bautätigkeit der BASF-Woh-nungsbaugesellschaften wird die Struktur der Siedlungen beeinflusst, oft tritt eine wohltuende Differenzierung im Bild der Dörfer auf. Während sich in manchen Gemein-den der betrieblich geförderte Wohnungsbau direkt an den alten Siedlungskern anschließt (Birkenheide) und städtisch anmutende Eigenheime neben ländliche Haustypen treten, kommt es auch zu Streusiedlungen. Das Werk hat den Siedlungsgedanken durch kräftige Unterstützung bei der Errichtung von Kleinsiedlerstellen gefördert.

Auch in Zukunft werden der BASF Geländeansprüche für den Wohnungsbau erwachsen, da bei der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt die Anwerbung neuer Arbeitskräfte ohne gleichzeitige Vermittlung einer Wohnung kaum möglich ist.

Mitentscheidend für die Verteilung der Wohnplätze über das Gebiet der Vorderpfalz und einen Umkreis, der bis zu 60 km reicht, war die umfassende Motorisierung breiter Bevölkerungsschichten. Erst sie ermöglichte die arbeitstägliche Interkommunikation im jetzigen Umfang. Durch den lebhaften Verkehr zwischen dem Werk und den Wohngemeinden erhöht sich der Flächenbedarf der BASF sowohl für den fließenden als auch für den ruhenden Verkehr. Um das Werk, besonders vor den Toren entstanden Raumansprüche für Parkplatzanlagen.

Die Badische Anilin- und Soda-Fabrik AG, die früher oft der "Rohstoffladen der deutschen Chemie" genannt wurde, hat die nationalen Grenzen übersprungen und sich zu einem multinationalen Konzern entwickelt. Er betreibt Chemie in großem Maßstab und gleichzeitig in wohlüberlegter Auswahl, teils in großer Vielfalt, wie bei den Farbstoffen, den Vitaminen und den Pharmazeutika, teils in großer Breite, wie bei den Kunststoffen oder den Produkten für die Landwirtschaft.

Die Leitung des Weltunternehmens, das einen wesentlichen Beitrag zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung in aller Welt leistet, erfolgt durch das Stammwerk in Ludwigshafen. Dieses Werk übt nicht nur auf den gesamten umliegenden Raum landschaftsgestaltende Wirkung aus und beeinflusst durch seine organisch gewachsene Eigenständigkeit dessen Sozialstruktur, sondern ist über die Grenzen der Stadt hinaus wirksam, denn es betreibt Chemie für die Welt und in aller Welt.

6. LITERATUR- UND QUELLENNACHWEIS

61. Bücher und Zeitschriften

Die BASF	Werkzeitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Hrsg. von der Badischen Anilin- und Sodafabrik AG, Ludwigshafen am Rhein. 1 (1951) ff.
BASF information	Hrsg.: Badische Anilin- und Sodafabrik AG, Abt. Öffentlichkeitsarbeit. Ludwigshafen am Rhein. 1 (1968) ff.
BASF-Nachrichten	Zeitschrift für Werksangehörige. Hrsg.: Badische Anilin- und Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen am Rhein. 1955 ff.
BASF (Hrsg.), 1953:	BASF - Bericht über die Neugründung 1952-1953. Ludwigshafen am Rhein.
BASF (Hrsg.)	BASF - Badische Anilin-& Soda-Fabrik AG. Geschäftsberichte. Ludwigshafen am Rhein. 1952 ff.
BASF (Hrsg.), 1951:	BASF - Badische Anilin-& Soda-Fabrik AG. 25 Jahre gemeinsütziger Wohnungsbau der GEWOGE 1926-1951. Ludwigshafen am Rhein.
BASF (Hrsg.), 1968:	BASF-Taschenkalender 1968. Ludwigshafen am Rhein.

- Beck, O., 1963: Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Vorderpfalz und ihre Auswirkungen auf das Landschaftsbild seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Speyer.
- Becker-Marx, K., 1956: Der Landkreis Ludwigshafen am Rhein. Speyer.
- Böhm, G., 1948: Ludwigshafen, eine junge Großstadt am Oberrhein, ihr Lebensraum und ihr Erscheinungsbild.
Diss. Mainz 1948. (Unveröffentlichtes Manuskript)
- Büschendorf, H., 1958: Höchst - Die Stadt der Farbwerke. Zur Frage der Auswirkung von Eingemeindungen auf das Funktionsgefüge der betroffenen Städte. Frankfurt am Main. (Rhein-Mainische Forschungen. H. 45.)
- Fachheft für Müllverbrennung, 1962: In: Brennstoff, Wärme, Kraft. 14 (1962). S. 213-260.
- Frank, B., 1962: Die Industrie-Müllverbrennungsanlage der BASF in Ludwigshafen am Rhein.
In: Chemie-Ingenieur-Technik. 34 (1962). S. 801-807.
- Frank, B., 1964: Erfahrungen mit der Verbrennung von Industrieabfällen in der BASF.
In: Chemie-Ingenieur-Technik. 36 (1964). S. 1098-1103.

- Frey, O., 1939: Die industrielle Arbeiterwohnungsfrage und ihre Lösung unter besonderer Berücksichtigung der I.G. Farbenindustrie Ludwigshafen. Diss. Heidelberg 1939.
- Fünfzig Jahre..... Fünfzig Jahre Rhein-Haardt-bahn 1913-1963. Mannheim 1963.
- Georgii, P., 1954: Möglichkeiten und Probleme betrieblicher Wohnungsfürsorge. Diss. München 1954.
- GESIEGE (Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft I.G.), (Hrsg.), 1936: Die Stamarbeitersiedlung der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Werke Ludwigshafen a. Rh. und Oppau 1933-1936. Ludwigshafen a. Rh.
- GEWOG (Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen GmbH, Ludwigshafen am Rhein), (Hrsg.), 1965: Städtebaulicher Ideenwettbewerb Birkenheide/Pfalz. Ludwigshafen am Rhein.
- GEWOG (Hrsg.), 1966: Wohnen durch GEWOG. 40 Jahre im Dienste der Mitarbeiter der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG. Ludwigshafen.
- GEWOG (Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen GmbH, Ludwigshafen am Rhein), (Hrsg.), 1967: Bericht über das Geschäftsjahr 1966. Ludwigshafen am Rhein.
- GEWOG (Hrsg.), 1968: Bericht über das Geschäftsjahr 1967. Ludwigshafen am Rhein.

- GEWOS (Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.), (Hrsg.), 1966/67:
- Die Wohnungsnachfrage in Ludwigshafen. Vertraulicher Arbeitsbericht. Hamburg.
- Handrick, G., 1965:
- Ludwigshafen am Rhein. Zur Sozialgeschichte und Soziographie einer modernen Industriegroßstadt. Diss. Mainz 1965.
- Jacob, G., 1959:
- Friedrich Engelhorn. Der Gründer der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik. Mannheim.
- Karl, H., 1966:
- Vergessenes Dorf - Großsiedlung von morgen. Eine neue Wohnstadt entsteht auf dem Reißbrett (Birkenheide). In: Pfälzisches Industrie- und Handelsblatt. Jg. 41 (1966), Nr. 19.
- Klöpper, R., 1957:
- Landkreis und Stadt Ludwigshafen a.Rh. Regierungsbezirk Pfalz. In: Die deutschen Landkreise. Die Landkreise in Rheinland-Pfalz. Band 2. Speyer.
- Klöpper, R., 1959:
- Junge Industrie-Großstädte: Ludwigshafen - Leverkusen - Höchst. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde. 23 (1959). S. 201 - 214.

- Klöpper, R. und
C. Rathjens, 1960: Die wirtschaftsräumlichen
Einheiten im Raume Saar -
Nahe - Rhein.
In: Berichte zur Deutschen
Landeskunde. 25 (1960).
S. 30 - 69.
- Klöpper, R. und
J. Körber, 1957: Rheinland-Pfalz in seiner
Gliederung nach zentralört-
lichen Bereichen. Remagen.
(Forschungen zur deutschen
Landeskunde. 100.)
- Koebe, O., 1926: Zur Frage der Arbeiterwoh-
nungen in der Industrie.
Diss. Berlin 1926.
- Kommunale Arbeits-
gemeinschaft Rhein-
Neckar (Hrsg.), 1967: Regionaler Verkehrsplan
Rhein-Neckar. Der regionale
Strassenverkehr. Mannheim.
- Leib, H., 1962: Betriebserfahrungen mit der
Müllverbrennungsanlage der
BASF, Ludwigshafen (Rhein).
In: Mitteilungen der Ver-
einigung der Großkessel-
besitzer. 1962. S. 3-11.
- Leib, H., 1964: Entstaubung und Zusammen-
setzung der Abgase bei der
Industrie-Müllverbrennungs-
anlage der BASF.
In: Mitteilungen der Ver-
einigung der Großkessel-
besitzer. 1964. S. 434-437.
- Leib, H., 1966: Technische Anforderungen an
Anlagen zur Beseitigung nicht
fäulnisfähiger fester Indu-
strieabfälle.

- In: Wasser und Luft in der Raumplanung. Bericht über die internationale Vortragstagung "Pro Aqua" 1965 in Basel. München. S. 282-304.
- Lindemann, W., 1966: 40 Jahre im Dienste der BASF-Mitarbeiter. Ludwigs-hafen a. Rh.
- Mach, E., 1963: Die Entwicklung in der Ge-staltung chemischer Werke seit 1865 am Beispiel der BASF.
In: Chemie-Ingenieur-Technik. 35 (1963). S. 133-142.
- Maihöfer, A., 1963: Weitere Betriebserfahrungen mit der Müllverbrennungsan-lage der BASF.
In: Mitteilungen der Ver-einigung der Großkessel-besitzer. 1963. S. 262-267.
- Mauersberg, H., 1966: Deutsche Industrie im Zeit-geschehen eines Jahrhun-derts. Stuttgart.
- Metzner, A., 1955: Die chemische Industrie der Welt. Bd 1.2. Düsseldorf.
- Müll- und Abfall-beseitigung Handbuch über die Sammlung, Beseitigung und Verwertung von Abfällen aus Haushaltungen, Gemeinden und Wirtschaft. Berlin, Bielefeld, München 1964 ff. (Loseblattsammlung)

- Münke, S., 1967: Die mobile Gesellschaft. Einführung in die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart.
- Nagel, A.v., 1968: Fuchsin, Alizarin, Indigo. Ludwigshafen am Rhein. (Schriftenreihe des Firmenarchivs der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG. 1.)
- Nebelung, H., 1966: Koordinierung des öffentlichen Personenregionalverkehrs im Ballungsraum Rhein-Neckar. (Gutachten des Verkehrswissenschaftlichen Instituts der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen) Aachen.
- Pfeifer, G.; H. Graul und H. Overbeck (Hrsg.), 1963: Heidelberg und die Rhein-Neckar-Lande. Festschrift zum 34. Deutschen Geographentag vom 4.-7. Juni 1963 in Heidelberg. Heidelberg. München.
- Quidde, F., 1965: Das Problem der Müllablagerungsflächen.
In: Institut für Raumforschung. Informationen.
15 (1965). S. 233-242.
- Rall, H., 1954: Die Eigentumsmaßnahmen des werkgeforderten Wohnungsbaus unter besonderer Berücksichtigung des Eigenheims und der Kleinsiedlungen.
Diss. Heidelberg 1954.

- Regionaler Raum-
ordnungsplan Rhein-
Neckar, 1962:
- Ausgearbeitet im Auftrage der
Kommunalen Arbeitsgemeinschaft
Rhein-Neckar GmbH von Wilhelm
Wortmann, Professor an der
Technischen Hochschule Hanno-
ver. Mannheim 1962.
- Ris, K.M., 1958:
- Leverkusen. Großgemeinde-
Agglomeration - Stadt. Rema-
gen.
(Forschungen zur deutschen
Landeskunde. 99.)
- Schall, H., 1959:
- Die chemische Industrie Deutsch-
lands unter besonderer Berück-
sichtigung der Standortfrage.
Nürnberg.
(Nürnberger Wirtschafts- und
Sozialgeographische Arbei-
ten. 2.)
- Schöllner, F., 1956:
- Die Pendelwanderung als geo-
graphisches Problem.
In: Berichte zur Deutschen
Landeskunde. 17 (1956).
S. 253-264.
- Schultze, J.H., 1955:
- Jena. Werden, Wachstum und
Entwicklungsmöglichkeiten der
Universitäts- und Industrie-
stadt. Jena.
- Schultze, J.H., 1957:
- Stadt und Umland.
In: Die Erde (1957).
S. 138-141
- Schultze, J.H., 1957:
- Die wissenschaftliche Erfassung
und Bewertung von Erdräumen
als Problem der Geographie.
In: Die Erde.(1957)
S. 193-223.

- Schultze, J. H., 1967: Die geographische Struktur des Modellgebietes in den Rhein-Neckar-Landen.
In: Die Ansprüche der modernen Industriegesellschaft an den Raum. T. 1. (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. 33.) Hannover.
- Stadt-Anzeiger
Stadt-Anzeiger Ludwigshafen am Rhein mit den amtlichen Bekanntmachungen der Stadtverwaltung. Ludwigshafen am Rhein. 1964 ff.
- Tanner, R., 1960: Versuche über die Verbrennung von chemischen Abfällen der BASF zusammen mit Berner Kehrlicht in der Kehrlichtverbrennungsanstalt Bern.
In: Plan (Schweiz). 17 (1960). S. 167-170.
- Voigtländer-Tetzner, W., o.J.: Die äußeren Grundlagen. Ludwigshafen am Rhein.
(Unveröffentlichtes Manuskript)
- Voigtländer-Tetzner, W., o.J.: Chronik der BASF 1865-1940. Bd 1-5. Ludwigshafen.
(Unveröffentlichtes Manuskript)
- Voigtländer-Tetzner, W., o.J.: Geschichte der BASF. Ludwigshafen am Rhein.
(Unveröffentlichtes Manuskript)
- Voigtländer-Tetzner, W., o.J.: Der Mensch in der BASF 1865-1939. Ludwigshafen.
(Unveröffentlichtes Manuskript)

- | | |
|-----------------------------------|---|
| Wandersleb, H.,
(Hrsg.), 1959: | Handwörterbuch des Städte-
baues, Wohnungs- und Sied-
lungswesens. Bd 1-3. Stutt-
gart. |
| Weigand, K., 1956: | Rüsselsheim und die Funktion
der Stadt im Rhein-Main-Ge-
biet (mit besonderer Berück-
sichtigung der Pendelwanderung)
Frankfurt am Main.
(Rhein-Mainische Forschungen.
44.) |
| Winnacker, K., 1964: | Beseitigung von Industrieab-
fällen als technologische Auf-
gabe.
In: Chemie-Ingenieur-Technik.
36 (1964). S. 1-8. |

62. Statistiken, Karten, Atlanten

- | | |
|--|--|
| Deutscher Wetter-
dienst (Hrsg.), 1957: | Klimaatlas von Rheinland-
Pfalz. Bad Kissingen. |
| Gemeindestatistik
Rheinland-Pfalz 1958 | Hrsg.: Statistisches Landes-
amt Rheinland-Pfalz. Bad Ems
1958.
(Statistik von Rheinland-
Pfalz. 63.) |
| Ludwigshafener
Jahrbuch | Verwaltungsbericht und Sta-
tistisches Jahrbuch für das
Berichtsjahr 1966. Bearbeitet
und herausgegeben vom Amt für
Stadtforschung, Statistik und
Wahlen der Stadt Ludwigshafen
am Rhein. Ludwigshafen 1967. |

Statistische Informationen	Hrsg. vom Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen der Stadt Ludwigshafen am Rhein. Ludwigshafen am Rhein. Jg 1965.
GEWOGE (Hrsg.), 1967:	GEWOGE-Baugruppenverzeichnis. 1. Mietshäuser. 2. Eigenheime. Ludwigshafen. (Unveröffentlichtes Manuskript.)
Rheinland-Pfalz	Rheinland-Pfalz. Hannover. 1965. (Deutscher Planungsatlas. 7.)
RV-Touristen- und Straßenkarte 1:200.000	Nr. 52: 60 km um Mannheim-Ludwigshafen. Stuttgart. o.J.
Stadtplan Mannheim-Ludwigshafen	Stadtplan Mannheim-Ludwigshafen 1: 16.500 - 1:33.000. 10. Aufl. Hamburg o.J. (Falk-Plan.)
Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.)	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1954. Stuttgart/Köln 1954.
Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.)	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Stuttgart und Mainz 1960.
Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.)	Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1965. Stuttgart und Mainz 1965.

Statistisches Bundes-
amt Wiesbaden (Hrsg.)

Statistisches Jahrbuch für
die Bundesrepublik Deutsch-
land 1967. Stuttgart und
Mainz. 1967.

Topographische Karte
1 : 25 000

6515 Bad Dürkheim - Ost.
Ausgabe 1962.
(Landesvermessungsamt Rhein-
land-Pfalz)

Topographische Karte
1 : 25 000

6516 Mannheim Süd.
Ausgabe 1957.
(Landesvermessungsamt Rhein-
land-Pfalz)

Topographische Karte
1 : 25 000

6716 Germersheim.
Ausgabe 1966.
(Landesvermessungsamt Rhein-
land-Pfalz)

Topographische Karte
1 : 50 000

L 6514 Bad Dürkheim.
(Landesvermessungsamt
Rheinland-Pfalz 1962)

Topographische Karte
1 : 50 000

L 6516 Mannheim.
(Landesvermessungsamt
Baden-Württemberg
1960)

7. ABBILDUNGEN

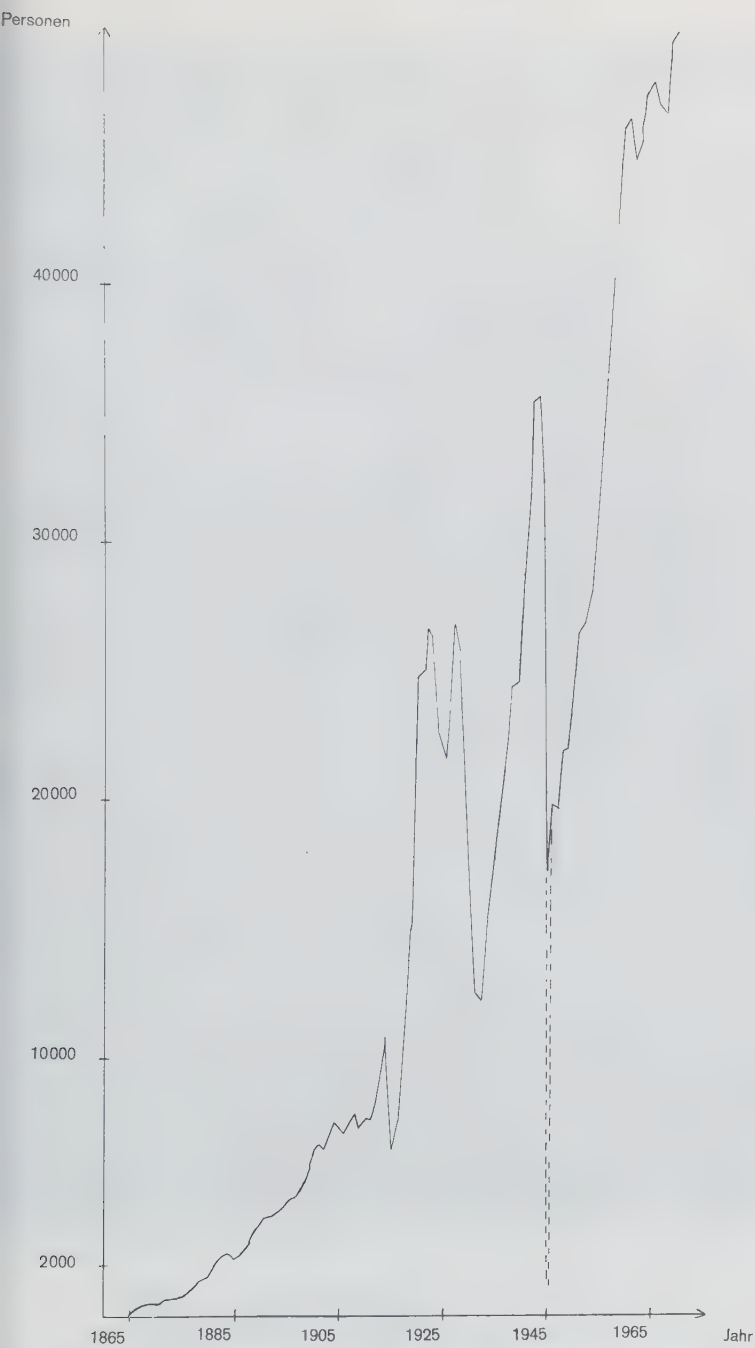


Abb. 1: Belegschaft der BASF von 1865 bis 1970





Abb. 3: Luftaufnahme der BASF (1964)

Die Anordnung der Blöcke parallel zum Rhein im südlichen Werksteil ist gut gegenüber dem in SW-NO-Richtung angelegten Nordteil zu erkennen. 160

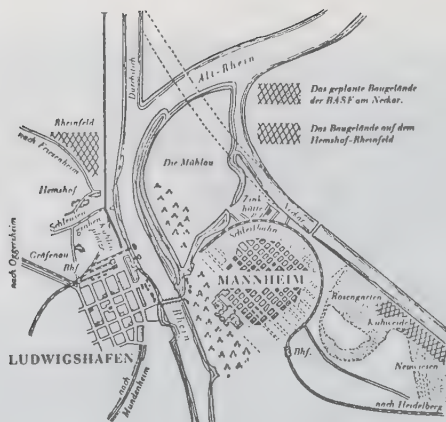


Abb. 4: Der geplante Standort in Mannheim und der endgültige Standort in Ludwigshafen.



Abb. 5: Der Raum der Stadt Ludwigshafen 1869
Links liegt die Stadt, rechts die neue Fabrik

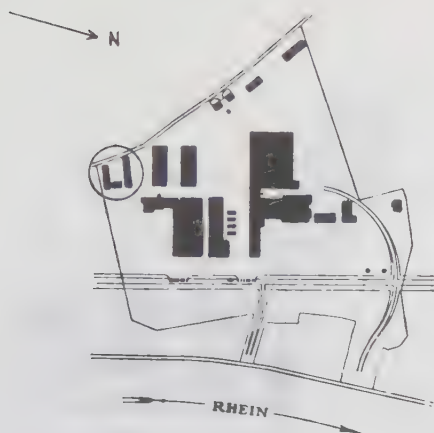


Abb. 6: Lageplan der Fabrik 1866



Abb. 7: Fabrikansicht 1866.

Links die ersten Arbeiterwohnhäuser, der große Komplex im Vordergrund diente der Schwefelsäure- und Sulfatherstellung. Rechts der Straße die Fabrikationsstätten zur Soda- und Farbstoffherstellung.



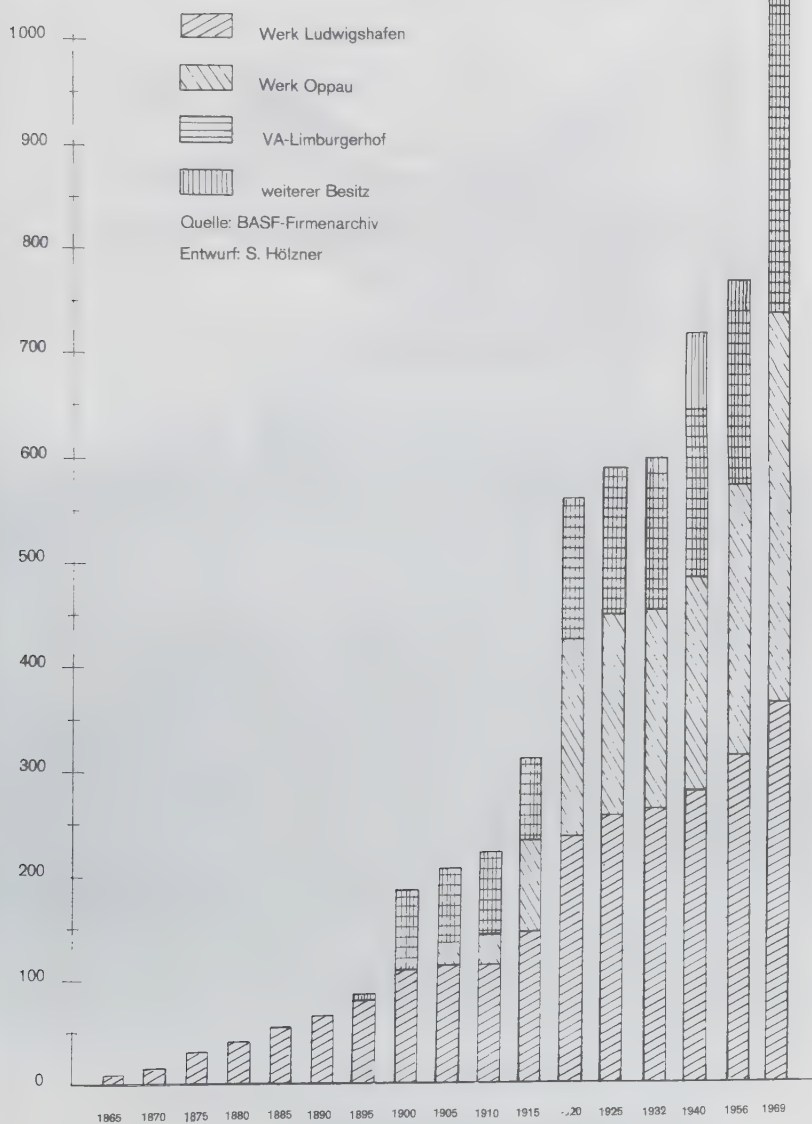
Abb. 8: Lageplan der Fabrik 1873



Abb. 9: Fabrikansicht 1873

ha ↑

Abb. 10: Grundbesitz der BASF von 1865 bis 1969 in Hektar



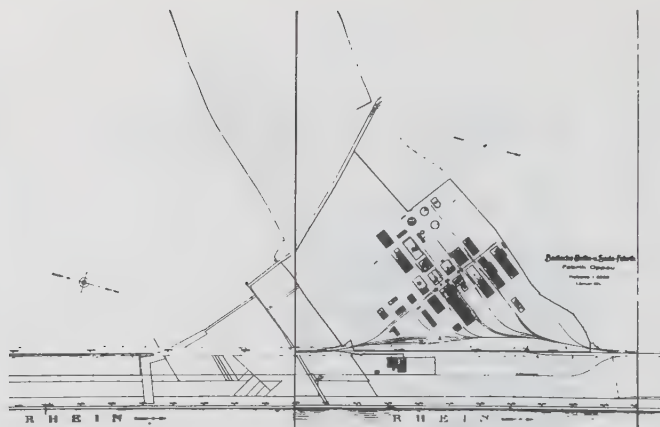


Abb. 11: Lageplan des Werkes Oppau 1914



Abb. 12: Fabrikansicht 1914.
Beide Werke sind dargestellt, außerdem die
2. Wohnkolonie in Limburgerhof.



Abb. 13: Lageplan des Werkes Ludwigshafen 1914



Abb. 14: Fabrikansicht Ludwigshafen 1924.



Abb. 15: Fabrikansicht Oppau 1924.



Abb. 16: Lage der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt und des Gutsbetriebes Limburgerhof. Ausschnitt aus der topographischen Karte 1:50.000 Blatt L 6516 Mannheim - Ausgabe 1960.

-  Versuchsanstalt Limburgerhof
-  Gutsbetrieb Limburgerhof
-  BASF - Ludwigshafen



Abb. 17: Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Limburgerhof (1964).

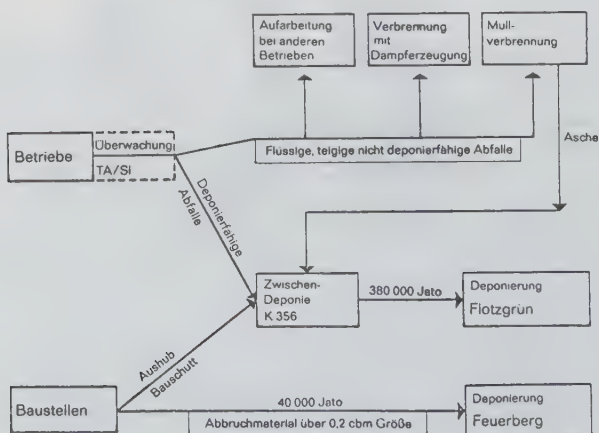


Abb. 18: Schema der Abfallbeseitigung.
Aus: BASF information 4/1970, S. 21.



Abb. 19: Müllablagerungsflächen am Feuerberg.
Ausschnitt aus der topograph. Karte 1 : 25.000
Blatt 6515 Bad Dürkheim-Ost - Ausgabe 1962.



Ablagerungsflächen 1969



Abb. 20: Müllinsel Flotzgrün.
 Ausschnitt aus der topograph. Karte 1 : 25.000
 Blatt 6716 Germersheim - Ausgabe 1966.



Gelände in BASF - Besitz



Ablagerungsflächen 1969



Anlandestelle

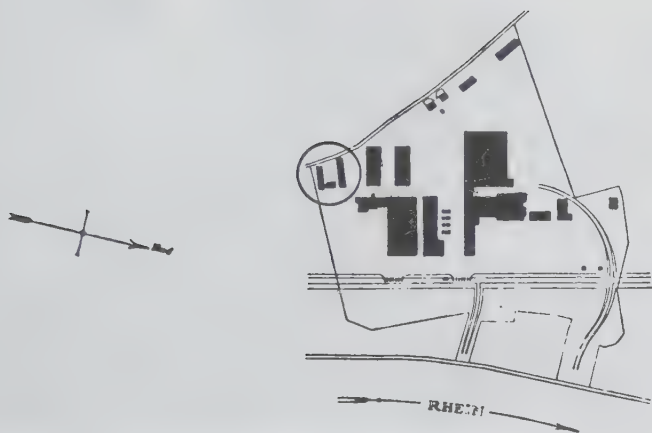


Abb. 21: Lage der ersten Werkswohnungen (Kreis)
im Fabrikplan von 1866.

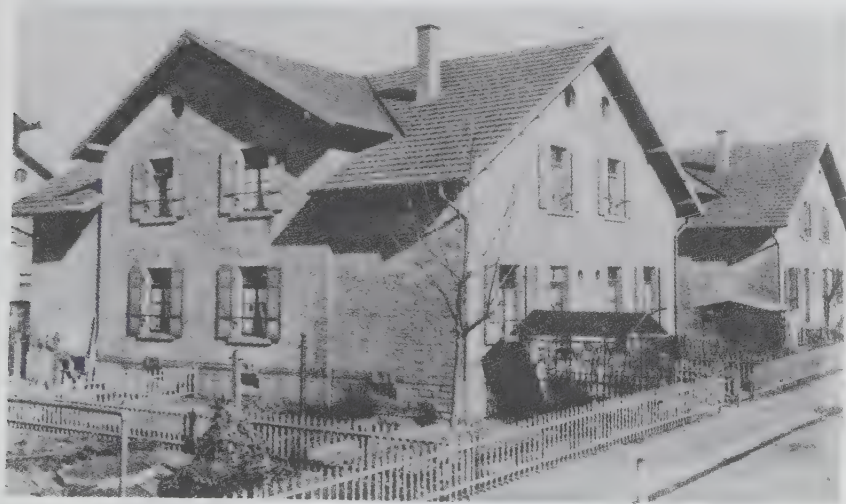


Abb. 22: Arbeiterwohnhaus (Backsteinausführung)
mit Werkswohnungen in der Kolonie Hemshof um 1906.



Abb. 23: Beamtenwohnhäuser mit Tennisplatz in der Wöhlerstraße um 1913. Im Hintergrund die Schloten und Fabrikgebäude der BASF.



Abb. 24: Kolonie Hemshof gegen die BASF (1934).
Blick von Westen nach Osten.



Abb. 25: Luftaufnahme der Kolonie Hemshof (1929). Deutlich lassen sich die größeren Beamtenhäuser (Mitte links) von den kleineren Arbeiterhäusern unterscheiden und die Grenzen der Kolonie gegen den unregelmäßig bebauten Ludwigshafener Stadtteil Nord (Mitte rechts) festlegen. Am oberen linken Rand die Gebäude der BASF, vorn rechts der sog. Wislicenus-Block (Arbeiter- und Beamtenwohnungen).



Abb. 26: Arbeiterwohnblock an der Rupprechtstrasse mit dem Hof als "Stätte der Begegnung" (1914).



Abb. 27: Sogenannter "Intelligenzblock" in der heutigen Leuschnerstraße (1931).



Abb. 28: "Beamtenwohnungen" im sogenannten
"Aschantidorf" - Wolframstraße (1926).



Abb. 29: "Beamtenwohnungen im sogenannten
"Aschantidorf" - Wolframstraße (1926).



Abb. 30: "Hohenzollernblock" (1928).
Arbeiterwohnungen in der Hohenzollernstraße.



Abb. 31: Arbeiterwohnhaus in Limburgerhof
(Haueisen - 1904).

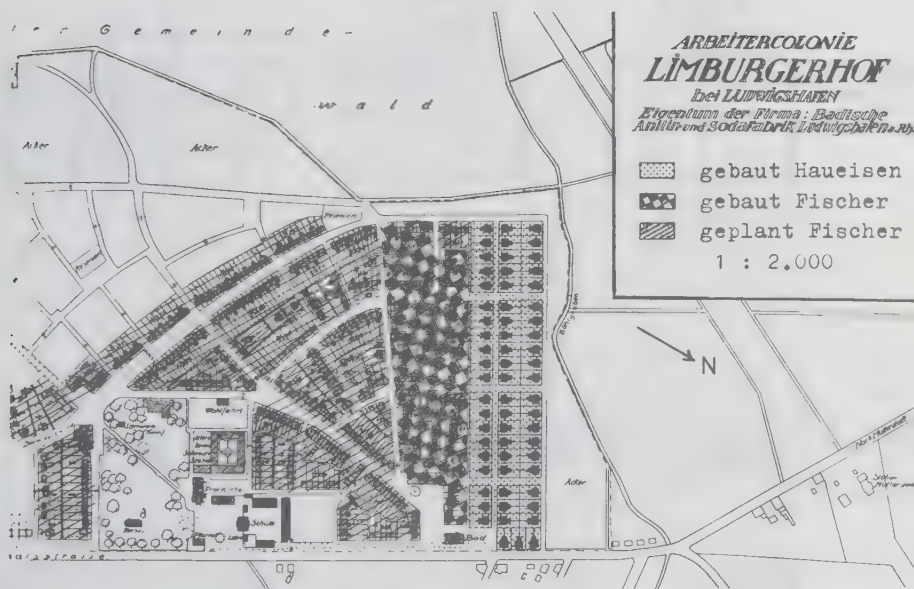


Abb. 32: Übersichtsplan der Arbeiterkolonie
in Limburgerhof

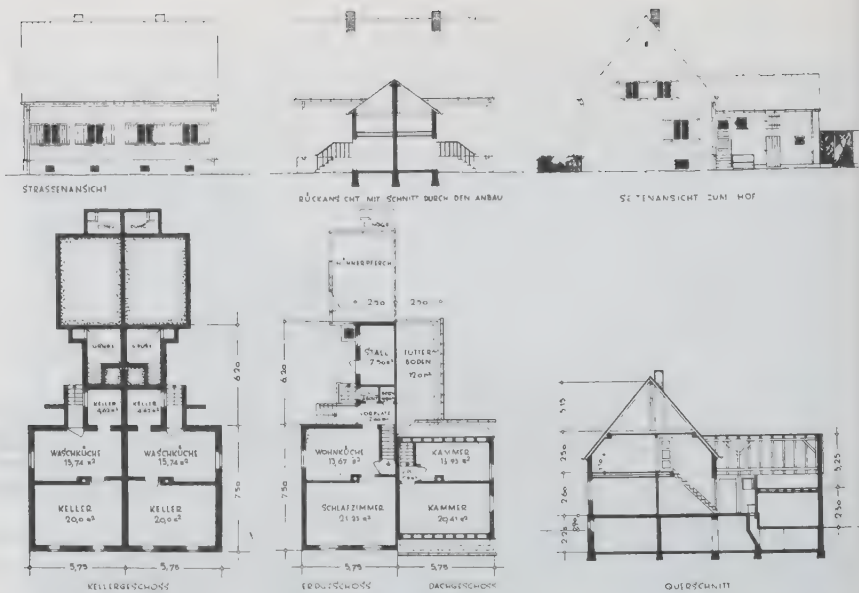


Abb. 33: Siedlungshaus Form 1:
Doppelhaus mit Stall im Anbau



Abb 34: Siedlungshaus Form 2:
Einzelhaus mit Stall im Anbau.



Abb. 37: Luftaufnahme eines Teils der Gemeinde Limburgerhof (1964). Deutlich lassen sich die mehrgeschossigen Bauten des Jugenddorfes (Mitte) von der niedrigen Eigenheimbebauung abgrenzen.



Abb. 38: GEWOGE-Hochhäuser an der Froschlache gegen Silhouette des Ludwigshafener Stadtteils Oggersheim.

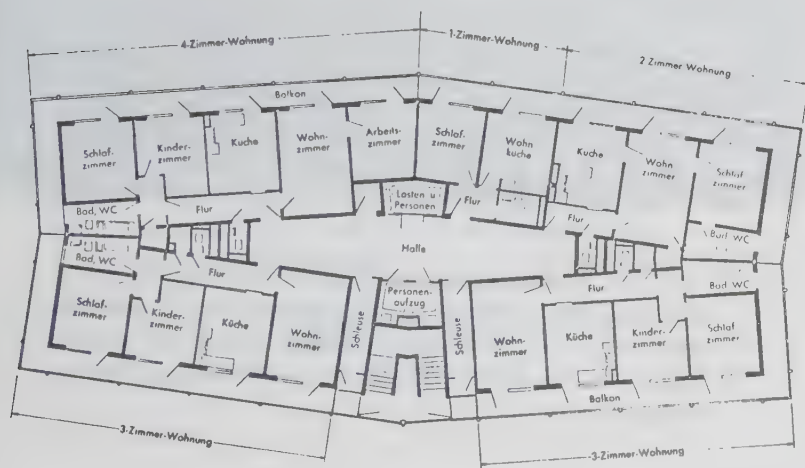


Abb. 39: Grundriß eines Stockwerkes in einem der mittleren GEWOGE-Hochhäuser an der Froschlache.



Abb. 40: Luftaufnahme der Siedlung Edigheim in Ludwigshafen (1964). Im Vordergrund die Eigenheime, dahinter die 5 Hochhäuser, vorne links der künstliche See. Am oberen Bildrand das Neubaugebiet "Pfingstweide".

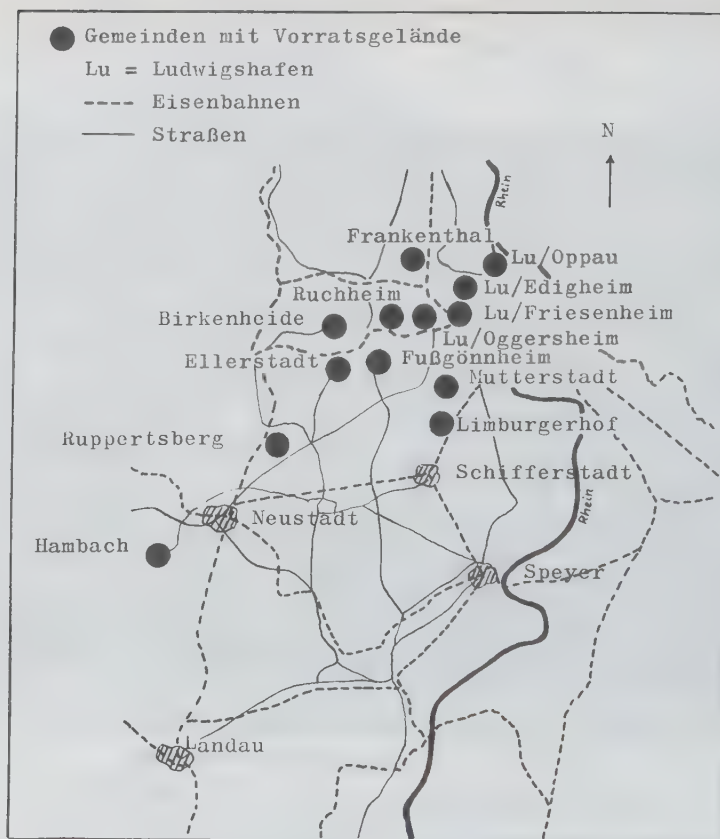


Abb. 42: Vorratsgelände der GEWOGE in den Gemeinden der Vorderpfalz (1968).

L e b e n s l a u f

Am 17. Januar 1940 wurde ich als Tochter des Tierarztes Dr. Fritz Hölzner und seiner Ehefrau Lieselotte, geb. Valtink, in Berlin geboren. Meine Schulzeit begann 1946 und endete mit dem Abitur 1959 in Berlin. Vom Sommersemester 1959 bis zum Sommersemester 1967 studierte ich an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin und der Universität Innsbruck (Sommersemester 1962) die Fächer Geographie, Biologie und Chemie. Im Wintersemester 1967 legte ich die Erste (Wissenschaftliche) Staatsprüfung für das Amt des Studienrats ab. Seit dem 7. November 1968 bin ich im Berliner Schuldienst tätig; zuerst als Studienreferendar (1968-1970) und ab 1.1.1971 als Studienassessor.

Sigwin Hölzner

